

**Schweizerische
Nationalbank
1974**

**67. Geschäftsbericht
der Schweizerischen Nationalbank
1974**

Inhaltsverzeichnis

Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1974	
A. Zur Politik der Nationalbank im Jahre 1974	
Die Notenbankpolitik im Rahmen des Konjunkturverlaufs	5
Absorption der Überschussliquidität	6
Dämpfung der wachsenden Spannungen am Kapitalmarkt	7
Behutsame Anpassung der Geldmenge	9
Neue Abwehrmassnahmen gegen das rasche Ansteigen des Frankenkurses am Jahresende	11
B. Entwicklung der Weltwirtschaft	
Internationale Konjunktorentwicklung	14
Internationale Währungsentwicklung	15
Die Entwicklung an den Devisenmärkten	18
Unruhige Finanzmärkte nach Devisenverlusten	20
Einstellung der Arbeiten zu einer Reform des internationalen Währungssystems	21
Reaktivierung der «Zehner-Gruppe»	22
C. Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft	
Verlangsamtes Wirtschaftswachstum	23
Anhaltende Preissteigerungen	27
Geld- und Kapitalmarkt	29
Geldmarkt zwischen Anspannung und Lockerung	31
Bewegliche Kreditpolitik	36
Veränderungen im mittelfristigen und langfristigen Bereich	37
Ereignisreicher Devisenmarkt	37
Massnahmen zum Schutze der Währung	40
Hohe Mittelnachfrage am Kapitalmarkt	40
Einschränkungen beim Kapitalexport	43
Geld- und währungspolitische Massnahmen im Jahre 1974	47
D. Bankbehörden, Direktorium und Direktion	53
Jahresrechnung	
Allgemeine Erläuterungen	59
Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1974	62
Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1974	64

Erläuterungen zur Jahresrechnung	
Aktiven der Bilanz	66
Passiven der Bilanz	70
Dienstleistungen für den Bund	76
Gewinnverteilung	78
Anträge	78
Bericht der Revisionskommission	81
Beilagen	
Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise	86
Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten	88
Nr. 3 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen	90
Nr. 4 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank	
Tabelle I: Bestände am Jahresende	92
Tabelle II: Jahresdurchschnitte	96
Tabelle III: Umsätze	100
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse	104
Nr. 5 Graphische Darstellung	
Schweizerische Nationalbank 1969–1974	108
Nr. 6 Diskontosatz und Lombardzinsfuss seit Eröffnung der Bank	109
Nr. 7 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane	110

Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1974

A. Zur Politik der Nationalbank im Jahre 1974

Die Notenbankpolitik im Rahmen des Konjunkturverlaufes

Konjunkturelle Beruhigung

Die konjunkturellen Aufschwungstendenzen beruhigten sich im Laufe des Jahres allmählich. Ab Mitte 1974 bahnte sich zunächst eine Abschwächung der bisher überaus hektischen Bautätigkeit an. Insbesondere der Wohnungsbau liess im Laufe des Sommers deutliche Sättigungserscheinungen erkennen. Der Leerwohnungsbestand begann kräftig anzusteigen. Wachsende Tresorerieschwierigkeiten der öffentlichen Haushalte beeinflussten in den letzten Monaten des Jahres auch die Bautätigkeit im öffentlichen Bereich. Die Exportnachfrage entwickelte sich während des ersten Semesters zunächst in kaum vermindertem Rhythmus. In der zweiten Jahreshälfte zeichnete sich dann aber eine allmähliche Verlangsamung ab, die gegen das Jahresende ausgeprägter wurde. Trotz der fortschreitenden Normalisierung der Nachfrageentwicklung, die gegen Schluss des Jahres auch von einer Entspannung am Arbeitsmarkt gefolgt war, dauerte der inflatorische Preisauftrieb während des ganzen Jahres an. Bei den Baukosten hingegen liessen die Teuerungsimpulse gegen Jahresende nach.

Priorität der
Teuerungsbekämpfung

Die Politik der Nationalbank blieb im Berichtsjahr in erster Linie auf die Bekämpfung der Teuerung ausgerichtet. Das Direktorium strebte eine Geld-, Kredit- und Kapitalversorgung an, welche eine Eindämmung der im Gange befindlichen Inflationstendenzen begünstigte, ohne dadurch jedoch den normalen Gang der Wirtschaft einzuengen. Während der ersten Monate des Jahres galt es, zu diesem Zweck zunächst den aus den Jahren 1971 und 1972 verbliebenen Liquiditätsüberhang zu absorbieren und die Geldmenge solange stabil zu halten, bis die Wirtschaft in das in den Vorjahren allzu stark ausgeweitete «Geldkleid» hineingewachsen war.

Dieses Hineinwachsen kam im Laufe der ersten Jahreshälfte im wesentlichen zum Abschluss. Die zunehmende Verknappung des Geldmarktes in dieser Zeit zeigte an, dass die im Vorjahr eingeleiteten Massnahmen zur Abschöpfung der übermässigen Geldexpansion zu wirken begannen und eine weitere Stilllegung von Geldern durch die Notenbank nicht mehr nötig war. Dieser Prozess übertrug sich bald vom kurzfristigen Bereich auf den Kapitalmarkt. Auch hier machte die bisher leichte Marktverfassung einer zunehmenden Anspannung bei rasch anziehenden Zinssätzen Platz.

Anpassung der
Liquiditätsversorgung

Nach der Sommerpause näherte sich die Entwicklung allmählich dem Punkte, an dem eine vorsichtige Ausweitung der Geldmenge ins Auge gefasst werden musste, um den normalen Gang der Wirtschaft nicht von der Geldseite zu behindern. Dabei galt es zu berücksichtigen, dass wegen der ausserordentlichen Verteuerung von Rohstoff- und Energieimporten wie auch als Folge bedeutender Devisenverluste und eines grösseren

Bankenzusammenbruches im Ausland der Liquiditätsbedarf von Wirtschaft und Bankensystem stärker als üblich zugenommen hatte.

Erstmals in der Geschichte der Nachkriegszeit sah sich die Nationalbank damit vor die Aufgabe gestellt, die Geldversorgung des Landes gezielt und im Einklang mit den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung auszuweiten. Bisher hatte sich das Wachstum der Geldversorgung stets selbsttätig über den Zuwachs der Währungsreserven vollzogen. Die Notenbank musste sich in der Regel darauf beschränken, gegen ein Übermass der daraus resultierenden Geldschöpfung einzuschreiten. Das Direktorium leitete im zweiten Semester eine behutsame Erhöhung der Notenbankgeldmenge ein und setzte zu diesem Zweck die im Vorjahr eingeforderten Mindestguthaben schrittweise herab.

Die entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Weiterführung einer Politik zur Steuerung einer angemessenen Geld- und Kreditversorgung bildete die Unabhängigkeit der Nationalbank vom Geschehen an den Devisenmärkten. Die Freigabe des Wechselkurses im Januar 1973 schien auch im Berichtsjahr unser Land vor dem traditionellen Zielkonflikt der Nachkriegszeit zwischen der Sicherung der binnenwirtschaftlichen Geldwertstabilität und der Erhaltung tragbarer Aussenwirtschaftsbeziehungen zu bewahren. Die Kursgestaltung an den Devisenmärkten, auf welche die Nationalbank im Unterschied zu den Währungsbehörden anderer Länder keinerlei Einfluss nahm, stellte die schweizerische Aussenwirtschaft bis zum späteren Herbst 1974 vor keine akuten Probleme. Dies änderte sich jedoch, als im November einmal mehr eine starke Tendenz zu Mittelzuflüssen nach der Schweiz einsetzte und die daraus resultierende hohe Frankennachfrage den Kurs des Schweizerfrankens nicht nur, wie schon im Vorjahr, im Verhältnis zum US-Dollar, sondern auch zu anderen wichtigen Währungen in ungewöhnlichem Masse ansteigen liess. Die Nationalbank sah sich damit am Jahresende erneut und angesichts des weltweiten Konjunkturrückganges mit erhöhter Dringlichkeit vor die Aufgabe gestellt, zwischen den Erfordernissen der inländischen Geldpolitik und jenen der äusseren Währungspolitik einen Mittelweg zu finden.

Die hiervordem Hintergrund des Konjunkturverlaufes skizzierte Politik der Nationalbank wies im wesentlichen vier Schwerpunkte auf, die anschliessend näher dargelegt werden.

Absorption der Überschussliquidität

Der aus den Vorjahren verbliebene Liquiditätsüberhang in Wirtschaft und Bankensystem wurde während der ersten Monate des Jahres rascher als vorausgesehen absorbiert. Die ausserordentliche Verteuerung zahlreicher Rohstoffe an den Weltmärkten, insbesondere aber des Erdöls, liess den Mittelbedarf der Wirtschaft für die Finanzierung der

Importe und der Lager stark ansteigen. Dadurch wurden nicht nur ihre flüssigen Mittel in hohem Masse beansprucht, sondern es wurde auch die Nachfrage nach Bankkrediten erheblich verstärkt, was wiederum den Liquiditätsbedarf des Bankensystems vergrösserte.

Diese im wesentlichen durch internationale Ereignisse bedingte Entwicklung entzog sich weitgehend einer Beeinflussung durch wirtschaftspolitische Massnahmen im Inland. Weder konnte die direkte Übertragung der inflatorischen Importpreisteigerung auf das inländische Preisniveau verhindert werden, soweit sie nicht durch den Wechselkurs aufgefangen wurde, noch wäre es möglich oder volkswirtschaftlich sinnvoll gewesen, die dadurch ausgelöste Erhöhung der Geld- und Kreditnachfrage zu vernachlässigen. Die Nationalbank entschloss sich vielmehr, der Entwicklung in ihrer Geld- und Kreditpolitik soweit Rechnung zu tragen, als dies mit der angestrebten Eindämmung der Inflationstendenzen vereinbar war. So sah sie von der Weiterführung eigentlicher Abschöpfungsmassnahmen ab. In den ersten Monaten des Jahres wurde auf die Wiedereinforderung der über das Jahresende freigegebenen Mindestguthaben verzichtet. Ferner wurde ein Liquiditätsentzug, der sich aus der Rückzahlung ausstehender amerikanischer Swap-Verrichtungen ergab, durch eine entsprechende Herabsetzung der Mindestguthaben ausgeglichen. Die amerikanischen Währungsbehörden erwarben im Januar angesichts des kräftigen Anstiegs des Dollarkurses im Einverständnis mit der Nationalbank Schweizerfranken am Markt, um damit ihre noch ausstehenden Währungs-Swap-Verbindlichkeiten bei der Nationalbank zu verringern. Die gleichen Überlegungen veranlassten das Direktorium, nur einen Teil der per Ende Februar festgestellten Überschreitungen der Kreditbegrenzung als Sanktion einzufordern und dem Bundesrat Ende April eine Aufstockung der für die am 31. Juli 1974 endende Periode geltenden Kreditwachstumsrate von 6% auf 7% zu beantragen. Die auf 7% erhöhte Kreditwachstumsrate wurde vom Bundesrat auch für die nachfolgende Periode vom 1. August 1974 bis 31. Juli 1975 festgesetzt, wobei den grösseren Kreditbedürfnissen zusätzlich durch ein erhöhtes Härtekontingent Rechnung getragen wurde. Eine Lockerung der Kreditbegrenzung, welche über die durch die Importverteuerung bedingte Zunahme der Kreditbedürfnisse hinausging, oder gar ihre Aufhebung liess sich wegen der nach wie vor anhaltenden inflatorischen Tendenzen und der die realen Wachstumsmöglichkeiten übersteigenden Kreditnachfrage nicht rechtfertigen.

Ende der
Abschöpfungspolitik

Anpassung der
Kreditpolitik

Dämpfung der wachsenden Spannungen am Kapitalmarkt

Der fortschreitende Abbau der vorhandenen Überschussliquiditäten während der ersten Monate des Jahres spiegelte sich in der Verknappung des Geldmarktes und ent-

sprechend anziehenden kurzfristigen Zinssätzen wider. Der Markt begann zu realisieren, dass Mittelzuflüsse aus dem Ausland oder die Repatriierung von Auslandsanlagen die inländische Geldversorgung nicht auszuweiten vermochten, sondern nur noch den Wechselkurs beeinflussten, seit sich die Notenbank vom Devisenmarkt fernhielt. Das Anwachsen der Liquiditätsbedürfnisse namentlich der Banken liess als Folge der unverändert bleibenden Notenbankgeldmenge vor allem auch am Eurofranken-Markt, dem gewichtigen Pendant des inländischen Geldmarktes, die Zinssätze ansteigen. Diese übertrafen zeitweise die entsprechenden Eurodollar-Sätze. Vor allem aber lagen sie erheblich über den Zinskonditionen am schweizerischen Kapitalmarkt.

Erhöhung des
Zinssatzniveaus

Dieses Zinsgefälle begann sich im Laufe des Frühjahrs auszuwirken. Der steigende Zinstrend veranlasste die Anleger, mit dem Erwerb langfristiger Papiere zuzuwarten. Die wesentlich günstigeren Ertragsmöglichkeiten auf kurzfristigen Eurofranken-Anlagen förderten die abwartende Haltung der Anleger am Kapitalmarkt. Trotz laufender Anpassung der Zinskonditionen endeten neue Anleihsmissionen im April und Anfang Mai immer öfter mit Misserfolgen. Die Tatsache, dass die vorbörslichen Kurse wiederholt unter dem Emissionskurs lagen und die Titel unmittelbar nach der Zeichnung billiger zu erwerben waren, verstimmte die Investoren und verstärkte ihre Zurückhaltung.

Erfolgreiche Stabilisierungs-
massnahmen am Kapitalmarkt

Als eine grössere Anleihsmission des Bundes im Mai teilweise mit einem Misserfolg endete, hielt das Direktorium den Zeitpunkt für gekommen, um den Prozess der sich selbst bestätigenden und dadurch die Zinskonditionen immer höher steigenden Erwartungen zu unterbrechen. Die Anleihsrenditen hatten inzwischen ein Niveau erreicht, das als unter den gegebenen Verhältnissen angemessen und bis auf weiteres haltbar betrachtet werden konnte. Die Nationalbank erklärte sich deshalb bereit, einen Teil der nicht voll gezeichneten kürzerfristigen Tranche der Anleihsmission des Bundes zu übernehmen. Ferner begann sie sich am Anleihsmarkt einzuschalten, um einen Kurszerfall der neuen Anleihe, der die Zeichner benachteiligt hätte, durch dosierte Kurspflege zu vermeiden. Die Kurspflege, die zeitweise auch auf andere Titel ausgedehnt wurde, erwies sich als erfolgreich. Mit verhältnismässig bescheidenen Beträgen gelang es, die Kursentwicklung zu beruhigen und zu stabilisieren. Zur Abkühlung der hektisch gewordenen Entwicklung wurde sodann eine Pause für die Emission von Auslandsanleihen und Privatplazierungen ausländischer mittelfristiger Schuldverschreibungen in Schweizerfranken (Notes) eingelegt und das Emissionsprogramm für inländische Anleihen im dritten Quartal stark reduziert. Die weitere Entwicklung gestattete es, den genehmigungspflichtigen Kapitalexpert nach der Sommerpause in leicht reduziertem Umfang wieder aufzunehmen und die Kurspflegeoperationen allmählich einzustellen, ja einen Teil der erworbenen Titel bis zum Jahresende wieder an den Markt abzutreten.

Der kräftige Aufwärtstrend der kurz- sowie der langfristigen Zinssätze hatte zur

Folge, dass sich das Angebot an mittelfristigen Geldern spürbar abschwächte. Die Erwartung ansteigender Zinssätze, verbunden mit der zunehmenden Beunruhigung über die fortschreitende hohe Geldentwertung, bewirkte eine deutliche Abschwächung des Zuflusses von Spareinlagen und Kassenobligationengeldern bei den Banken. Um der Gefahr eines Auftretens akuter Engpässe bei der Befriedigung der hohen mittelfristigen Finanzierungsbedürfnisse, insbesondere im Bereiche des Wohnungsbaues und der Exportwirtschaft, zu begegnen und unerwünschte Verzerrungen in der Fristenstruktur der Bankbilanzen zu vermeiden, war eine Anpassung der mittelfristigen Zinssätze unvermeidlich. Die Nationalbank gab deshalb in mehreren Schritten ihre Zustimmung zur Heraufsetzung der Kassenobligationensätze.

Behutsame Anpassung der Geldmenge

Geldüberhang verschwunden

Nach den Sommerferien begannen sich die Anzeichen dafür zu mehren, dass der bisherige Geldüberhang weitgehend verschwunden war. Das andauernde Wachstum der Wirtschaft, insbesondere aber das fortschreitende Ansteigen der Preise hatten ihn aufgezehrt. Dazu kam, dass als Folge der verschiedenen bedeutenden Verluste, welche Banken im Devisengeschäft erlitten hatten, die erhöhten Risiken im internationalen Zahlungsverkehr bei flottierenden Wechselkursen zutage traten. Der Zusammenbruch der deutschen Herstatt-Bank Mitte Juni löste international eine eigentliche Schockwirkung aus. Die grössere Vorsicht und die damit zusammenhängenden Umdispositionen der Banken schlugen sich in einer deutlichen Zunahme des Liquiditätsbedarfes nieder.

Übergang zu einer vorsichtigen
Erweiterung der Notenbank-
geldmenge

Sorgfältige Analysen der schweizerischen Geldversorgung und ihrer Entwicklung bestätigten den Eindruck, dass der Geldüberhang aus den Vorjahren im Laufe des ersten Semesters von der wirtschaftlichen Entwicklung absorbiert worden war. Sollte die weitere Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit nicht durch einen akuten Mangel an Finanzierungsmitteln eingeengt und behindert werden, so musste an eine allmähliche Ergänzung gedacht werden. Eine übermässige Verknappung hätte zweifellos nicht einfach der inflatorischen Preissteigerung ein rasches Ende bereitet, sondern den Ablauf des im Gange befindlichen Anpassungsprozesses der Wirtschaft stark gestört. Bereits eingetretene Kosten- und Preiserhöhungen in einer Volkswirtschaft lassen sich erfahrungsgemäss nicht kurzfristig rückgängig machen. Die davon betroffenen Unternehmen und Wirtschaftszweige müssen sie wenigstens teilweise weitergeben können, wenn eine Kettenreaktion krisenhafter Zusammenbrüche und ein rascher Beschäftigungsabbau vermieden werden sollen. Die Eindämmung einer inflatorischen Entwicklung nimmt deshalb zwangsläufig Zeit in Anspruch und muss allmählich und dosiert herbeigeführt werden.

Faktoren der
Geldmengenbeeinflussung

Das Direktorium leitete daher gegen den Herbst eine Erweiterung der Notenbankgeldmenge ein, indem es in zwei Schritten die Mindestguthaben reduzierte. Damit wurde dem Bankensystem sukzessive ein Teil der Liquidität zurückgegeben, die ihm im Vorjahr entzogen und als überschüssig stillgelegt worden war. Die Mindestguthaben auf den inländischen und ausländischen Verbindlichkeiten wurden im Oktober zunächst linear auf 20% des ursprünglichen Sollbestandes abgebaut und in einem nächsten Schritt auf den inländischen Verbindlichkeiten Ende November völlig aufgehoben.

Bei der Durchführung der Geldmengenerweiterung waren alle Faktoren, welche die Notenbankgeldmenge (Notenumlauf und Giroguthaben bei der Nationalbank) und damit die Liquiditätsbasis des Bankensystems beeinflussen, in Rechnung zu stellen, also neben dem Abbau der Mindestguthaben auch die als Sanktion für Kreditüberschreitungen stillgelegten Beträge, die Beanspruchung des Notenbankkredits durch die Banken, sei es auf dem Wege des Diskont- und Lombardkredits oder in Form von Devisen-Swaps, Veränderungen der Devisenreserven, soweit sie die Notenbankgeldmenge beeinflussten, sowie die Entwicklung der Bundestresorerie. Dadurch war dem Noteninstitut auch die Möglichkeit gegeben, die Geldmengenspolitik, insbesondere im zeitlichen Ablauf, flexibel zu gestalten. So konnten namentlich die technisch bedingten Intervalle, welche sich bei der Anpassung von Mindestguthaben oder eingeforderten Kreditüberschreibungsbeträgen nicht vermeiden lassen, durch entsprechende Devisen-Swap-Transaktionen überbrückt werden.

Probleme der
Bundestresorerie

Einige Sorgen bereitete der Notenbankleitung im Blick auf die Verwirklichung ihrer geldpolitischen Zielsetzungen zunächst vor allem die Entwicklung der Bundestresorerie, begann doch die Finanzrechnung der Eidgenossenschaft in der zweiten Jahreshälfte eine beängstigende Zunahme ihres Defizites aufzuweisen. Bei dieser Entwicklung musste der Mittelbedarf des Bundes die Leistungsfähigkeit des Marktes beträchtlich übersteigen. Eine direkte Beanspruchung des Notenbankkredits hätte eine Inflationierung klassischen Stils bedeutet und war deshalb mit Rücksicht auf die fundamentale Zielsetzung der Notenbankpolitik grundsätzlich auszuschliessen. Eine Unterstützung seitens der Nationalbank kam höchstens in Frage, soweit sich eine solche in den geldmengenspolitischen Gesamtrahmen einfügen liess. Eine Gelegenheit, die Tresorerieprobleme des Bundes etwas zu erleichtern, bot sich im Zusammenhang mit den Zahlungen, die der Bund in fremder Währung an das Ausland zu leisten hatte. Diese Zahlungen waren bisher von der Nationalbank aus ihrem Devisenbestand bestritten worden und hatten, bei entsprechender Belastung der Guthaben des Bundes, jeweils zu einer Verminderung der Notenbankgeldmenge geführt. Das Direktorium erklärte sich deshalb im Laufe des Herbstes bereit, dem Bunde, nachdem dieser seine letzten Auslandsanlagen in Gestalt von Roosa-Bonds liquidiert hatte, Kredite im Ausmass seiner fällig werdenden Zahlungen in

ausländischer Währung einzuräumen. Eine erste derartige Kredittranche in der Höhe von 50 Mio Dollar wurde dem Bunde vor Ende des Jahres gegen eine auf Dollars lautende Reskription für seine in nächster Zeit fällig werdenden Auslandszahlungen zur Verfügung gestellt.

Neue Abwehrmassnahmen gegen das rasche Ansteigen des Frankenkurses am Jahresende

Seit die Nationalbank ihre Interventionen am Devisenmarkt im Januar 1973 eingestellt hatte, bewegte sich der Kurs des Schweizerfrankens trotz beträchtlicher Schwankungen in einem Rahmen, der die aussenwirtschaftlichen Beziehungen unseres Landes nicht ernsthaft beeinträchtigte. Die Fluktuationen beschränkten sich dabei im wesentlichen auf die Kursrelationen zum US-Dollar sowie zu vereinzelt ausgesprochen schwachen Währungen. Die Wechselkurse des Frankens gegenüber anderen starken Währungen, insbesondere der D-Mark, bewegten sich dagegen in einem verhältnismässig engen Schwankungsbereich. Die Nationalbank konnte daher ihre Geld- und Kreditpolitik in dieser Zeit unbehelligt von Rücksichten auf die äusseren Währungsverhältnisse und ihre allfälligen Einflüsse verfolgen. Nach einem kurzfristigen Versuch im Februar 1973, die Kursentwicklung zu beeinflussen, hatte sie sich vom Devisenmarkt völlig ferngehalten. Das freie Flottieren des Wechselkurses schien das langjährige Problem der Schweiz, die Gefährdung einer angemessenen Entwicklung der inländischen Geldversorgung durch übersetzte und unerwünschte Kapitalzuflüsse aus dem Ausland, weitgehend gelöst zu haben.

Beschleunigte Frankenaufwertung gegen Jahresende

Dies änderte sich jedoch gegen Mitte November schlagartig. Die Zuspitzung der politischen Lage im Nahen Osten bewirkte, dass die Tendenz zur Verlagerung von Geldern aus dem Ausland in die Schweiz und damit zur Umwandlung fremder Währungen in Schweizerfranken sprunghaft zunahm. Die im Gang befindliche Kapitalflucht aus Ländern, die sich gerade in einer Phase politischen Umbruchs befanden, fiel zusammen mit dem Bestreben von Erdölländern, bei der Anlage ihrer in Dollars oder Pfund anfallenden enormen Einnahmenüberschüsse eine gewisse Risikostreuung auf verschiedene Währungen, darunter auch Schweizerfranken, vorzunehmen. Bei der Enge des schweizerischen Marktes im Verhältnis zu den Grössenordnungen, um die es sich bei diesen Erdölzahlungen handelte, führte dies zu einem ausserordentlich starken Ansteigen des Frankenkurses und damit zu einer empfindlichen Verzerrung der Kosten- und Preisverhältnisse gegenüber dem Ausland. Entscheidend war dabei, dass der Kurs des Frankens dieses Mal, im Unterschied zu bisherigen grösseren Kursausschlägen, gegenüber sämtlichen ausländischen Währungen, und nicht nur gegenüber dem Dollar, in die Höhe getrieben wurde.

Dies galt besonders auch für das Verhältnis zur Währung der Bundesrepublik Deutschland, dem wichtigsten Absatzmarkt und zugleich auch bedeutendsten Konkurrenten unserer Exportwirtschaft. So fiel der Kurs der D-Mark, der zu Beginn des Jahres vorübergehend bis auf 123 Franken gestiegen war und sich bis zur Jahresmitte um 118 herum bewegt hatte, von rund 113 Mitte Oktober bis am 19. November auf annähernd 106 Franken.

Diese unerwartete Aufwärtsbewegung des Schweizerfrankens begann die internationale Wettbewerbsstellung der schweizerischen Exportwirtschaft ernstlich zu beeinträchtigen. Sie erschien um so bedrohlicher, als keinerlei Gewähr dafür bestand, dass die Marktkräfte selbst die angelaufene Entwicklung rechtzeitig zum Stehen brächten, wurden doch die Kursbewegungen von Faktoren bestimmt, die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen unseres Landes in keinem Zusammenhang standen.

Abwehr von
Kapitalzuflüssen

Das Direktorium war in Übereinstimmung mit dem Bundesrat entschlossen, rasch und energisch einzugreifen, um soweit als möglich einen weiteren Kursanstieg des Frankens zu verhindern. In Anbetracht der für die Kursentwicklung massgeblichen Haupttriebkkräfte drängten sich in erster Linie Massnahmen zur Abwehr ausländischer Gelder auf, die eine Anlage in Schweizerfranken suchten. Die im Sommer 1972 in Kraft gesetzten Vorkehrungen zum Schutze der Währung waren im Laufe des Jahres im wesentlichen aufgehoben worden – Anlageverbot Anfang Februar, Verzinsungsverbot Mitte Oktober 1974. Der flottierende Wechselkurs hatte, so schien es, im wesentlichen ihre Funktion übernommen. Auf Empfehlung des Direktoriums unterstellte der Bundesrat am 20. November die seit Ende Oktober 1974 neu entstandenen ausländischen Frankenguthaben einem Verzinsungsverbot und einer Kommissionsbelastung. Die Nationalbank setzte den zulässigen Plafond von Frankenverkäufen auf Termin an Ausländer herab, um Umgehungen dieser Massnahmen zu verhindern. Die Belastung mit Mindestguthaben auf dem Zuwachs der ausländischen Verbindlichkeiten seit Ende Oktober wurde auf das vorgesehene Maximum erhöht.

Von Devisenkäufen am Markt sah das Direktorium ab. Nach vorliegenden Indikationen wäre mit gewaltigen Beträgen zu rechnen gewesen, welche bei Interventionen hätten übernommen werden müssen, womit die von der Nationalbank verfolgte Geldmengenpolitik durchkreuzt worden wäre.

Begrenzte Wirkung
der Massnahmen

Die erlassenen Massnahmen erwiesen sich als von begrenzter Wirkung. Der Kurs des Frankens bildete sich nur kurze Zeit zurück, doch wurde wenigstens ein weiteres Ansteigen bis zum Jahresende vermieden. Da auch die Liquiditätsvorbereitungen der Banken auf das Jahresende die Kursentwicklung in der Richtung einer Höherbewertung beeinflussten, war die Nationalbank bereit, den Banken ihre Kredithilfe über Ende Dezember vor allem in Gestalt von Devisen-Swaps in grosszügiger Weise zur Verfügung zu stellen.

War es im Laufe des Jahres gelungen, die Geld-, Kredit- und Kapitalversorgung des Landes in einer Weise auf die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten abzustimmen, die eine fortschreitende Beruhigung und Normalisierung der inflatorischen Tendenzen erhoffen liess, so sah sich die Nationalbank als Folge der Entwicklung der Währungsbeziehungen mit dem Ausland auf das Jahresende hin einmal mehr neuen schwierigen Problemen gegenüber.

B. Entwicklung der Weltwirtschaft

Internationale Konjunktorentwicklung

Weiteres Nachlassen
der Auftriebskräfte

Der konjunkturelle Aufschwung, der Ende 1972 erstmals seit dem letzten Krieg alle wichtigen Industrieländer gleichzeitig erfasst hatte, erreichte seinen Höhepunkt im Spätsommer 1973. Von diesem Zeitpunkt an begannen sich die Auftriebskräfte zusehends abzuschwächen. Das Berichtsjahr war geprägt von einer fortschreitenden Verlangsamung der realen Wachstumsraten, die im Laufe des Jahres in mehreren Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten und Japan, sogar negativ wurden. Im Gegensatz zu früheren Konjunkturzyklen, die jeweils eine gegenläufige Entwicklung in den Vereinigten Staaten auf der einen und in Europa auf der anderen Seite aufwiesen, trat der Konjunkturrückgang wie bereits die vorangegangene Aufschwungsphase in allen wirtschaftlich führenden Nationen gleichzeitig ein. Diese Gleichläufigkeit der Bewegung dürfte die Rezessionstendenzen beschleunigt haben. Dämpfend wirkten sich auch die durch die Preissteigerung für Erdöl gestörten Zahlungsbilanzverhältnisse, der unvermindert anhaltende Inflationsschub und die restriktiven Massnahmen, die in den meisten Ländern im Berichtsjahr zunächst noch fortgesetzt wurden, aus.

Die konjunkturelle Abschwächung erfasste die einzelnen Wirtschaftszweige in unterschiedlichem Masse. Am stärksten betroffen wurden in fast allen Ländern die Bauwirtschaft und die Automobilindustrie, weil hier konjunkturelle und strukturelle Dämpfungserscheinungen zusammentrafen. Im Baubereich wurde die Anpassung des Produktionsrhythmus an die längerfristigen Bedürfnisse, die nach dem inflationsbedingten Boom der letzten Jahre notwendig geworden war, durch Verknappungstendenzen am Geld- und Kapitalmarkt beschleunigt. Bei der Automobilindustrie bewirkten in erster Linie die massive Verteuerung des Erdöls und die Energiesparmassnahmen einen ungewöhnlich starken Nachfragerückgang. Die Beunruhigung über die unsicher gewordenen Aussichten bezüglich der künftigen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung und die fortschreitende Geldentwertung schlugen sich auch in einer zunehmenden Zurückhaltung der Nachfrage nach Konsumgütern nieder.

Auslandsnachfrage und Investitionstätigkeit entwickelten sich demgegenüber im allgemeinen bis in das zweite Semester hinein weiterhin lebhaft. Gegen Jahresende setzte aber in den meisten Ländern auch in diesen beiden Bereichen eine merkliche Abkühlung ein.

Zunehmende Geldentwertung

Die Geldentwertung nahm während des Berichtsjahres in praktisch allen Ländern weiter zu. Allerdings zeichneten sich zwischen verschiedenen Ländergruppen vermehrte Unterschiede ab. Während Länder wie die Bundesrepublik Deutschland, die

Schweiz, Österreich und die Niederlande Preissteigerungsraten zwischen 5,9% und 10,8% aufwiesen, wurden in den Vereinigten Staaten, Frankreich und Belgien Sätze zwischen 12,2% und 15,6% und in Italien, Grossbritannien und Japan sogar zwischen 19,1% und 25,3% festgestellt.

Wenn sich Produktion und Beschäftigung sukzessive zurückbildeten, ohne dass zugleich auch eine wahrnehmbare Verminderung des Preisauftriebs zu verzeichnen war, so dürfte dies darauf zurückzuführen sein, dass 1974 wichtige Nahrungsmittel als Folge ungünstiger Ernten empfindlich teurer wurden, dass überdies der enorme Preisanstieg des Vorjahres bei zahlreichen Rohstoffen und beim Erdöl sich nunmehr in den Preisen der verarbeiteten Produkte niederschlug und dass schliesslich auch die Lohnkosten im Zusammenhang mit dem Teuerungsausgleich zu weiteren Preisanpassungen Anlass gaben. In früheren Abschwächungsperioden dauerte es in den meisten Industrieländern in der Regel ein bis zwei Jahre, bis sich der Konjunkturückgang auf die Entwicklung der Konsumentenpreise auswirkte.

Die Preise für Erdölprodukte stabilisierten sich nach dem ausserordentlichen Anstieg des Vorjahres weitgehend. Die Preishausse bei den übrigen Rohstoffen dauerte zu Beginn des Jahres zunächst noch fort; sie erreichte ihren Höhepunkt im Frühjahr. Die fortschreitende Abkühlung der konjunkturellen Expansion und das Ende des Lageraufbaus führten in der Folge bei zahlreichen Rohstoffen zu einem deutlichen Preisrückgang.

Die überraschend deutliche Konjunkturabschwächung, die in zahlreichen Ländern in der zweiten Jahreshälfte von rasch ansteigenden Arbeitslosenziffern begleitet war und damit zu wachsenden sozialen Spannungen führte, stellte die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Behörden vor schwierige Aufgaben. Einerseits galt es, die unvermindert anhaltenden, ja sich noch beschleunigenden Inflationstendenzen einzudämmen. Auf der anderen Seite wuchs der Druck, dem sich anbahnenden Beschäftigungsrückgang durch Preisgabe der Teuerungsbekämpfung und Übergang zu expansiven Massnahmen entgegenzuwirken. In der Mehrzahl der grösseren Industrieländer wurde gegen Jahresende die restriktive Geldpolitik spürbar gelockert. Dies führte zu einer deutlichen Entspannung an den Geldmärkten und zu einem raschen Rückgang der kurzfristigen Zinssätze in diesen Ländern wie auch an den internationalen Märkten.

Internationale Währungsentwicklung

Das internationale Währungsgeschehen stand während des Berichtsjahres im Zeichen der Auswirkungen der massiven Preiserhöhungen beim Erdöl und – in geringe-

rem Masse – auch bei zahlreichen anderen Rohstoffen auf die Zahlungsbilanzverhältnisse sowie der intensiven Bemühungen, Lösungen für die dadurch entstandenen Währungsprobleme zu finden.

Schwere
Ertragsbilanzstörungen

Bereits vor der Erhöhung der Erdölpreise im Oktober 1973 hatten sich die Ertragsbilanzen einiger Industrieländer erheblich verschlechtert. Die zusätzliche Belastung, welche die Verteuerung der Erdölimporte mit sich brachte, liess ihre Defizite auf bisher noch nie erreichte Ausmasse ansteigen. Grossbritannien und Italien wiesen in ihren Ertragsbilanzen Fehlbeträge von rund 9 Mrd Dollar aus, wovon jeweils rund 5 Mrd Dollar durch die Verteuerung der Erdölimporte bedingt waren. Die Vereinigten Staaten und Japan, die ohne die Erhöhung der Erdölpreise Einnahmenüberschüsse verzeichnet hätten, und Frankreich, das sich unter den gleichen Voraussetzungen im Gleichgewicht gehalten hätte, wiesen Passivsaldo von rund 4, 5,5 und 6 Mrd Dollar auf. Belgien und Schweden zeigten anstelle von Einnahmenüberschüssen annähernd ausgeglichene Bilanzen. Nur in der Bundesrepublik Deutschland (+ 9,3 Mrd Dollar), in den Niederlanden (+ 1,5 Mrd Dollar) sowie in der Schweiz wurde der Überschuss von der zusätzlichen Erdölbelastung nicht aufgezehrt. Die Bundesrepublik Deutschland hätte ohne Erdölverteuerung einen Rekordüberschuss erzielt. Insgesamt hätten die der OECD angehörenden Industrieländer im Jahre 1974 bei früheren Erdölpreisen einen Ertragsbilanzüberschuss aufgewiesen, der auf ungefähr 20 Mrd Dollar geschätzt wurde. Tatsächlich verzeichneten diese Länder zusammen ein Defizit von 39 Mrd Dollar.

Verschiedene Wege
der Defizitfinanzierung

Die entstandenen Fehlbeträge wurden auf verschiedenen Wegen gedeckt. So wurden grosse Beträge an den internationalen und nationalen Geldmärkten aufgenommen. Vor allem Grossbritannien, Frankreich, Japan und Italien beschafften sich auf diese Weise Devisen. Nach vorliegenden Schätzungen wurde etwas mehr als die Hälfte davon durch Vermittlung des privaten Bankensystems aufgebracht, der grössere Teil am Eurogeldmarkt, der kleinere in den Vereinigten Staaten. Diese Finanzquellen flossen indessen in der zweiten Jahreshälfte nur noch spärlich. Grossbritannien profitierte davon, dass ein Teil der fälligen Erdölzahlungen von den Ölgesellschaften in Pfund Sterling entrichtet und diese Beträge grösstenteils wieder in Pfunden angelegt wurden. Im weiteren stellten der Internationale Währungsfonds (IWF) wie auch die Weltbank zusätzliche Kredite zur Verfügung. Der Internationale Währungsfonds war in der Lage, durch die Schaffung einer besonderen Ölfazilität Gelder bei erdölproduzierenden Ländern aufzunehmen und sie an Öl-Importländer mit besonders akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten weiterzuleiten. Mit der Ausnahme Italiens kamen diese Kredite Entwicklungsländern ohne eigene Ölvorkommen zugute. Schliesslich trugen Direktinvestitionen, Wertschriftenkäufe und bilaterale Kredite der Öl-Exportländer dazu bei, die entstandenen Lücken zu füllen. Bemerkenswerterweise fanden praktisch keine Übertragungen von sogenannten Primärreserven –

Begrenzte Leistungsfähigkeit
der Finanzmärkte

Gold, Sonderziehungsrechte und automatische Ziehungsrechte beim Währungsfonds – zum Ausgleich der entstandenen Öldefizite statt.

Am Beginn des Jahres, als die Möglichkeiten einer Überbrückung der zu erwartenden Erdöldefizite geprüft wurden, herrschte in breiten Kreisen die Auffassung vor, die internationalen und nationalen Finanzmärkte und damit die privaten Bankinstitute würden in der Lage sein, die entstehenden Einnahmenüberschüsse der Erdölländer grossenteils aufzunehmen und sie den Öl-Importländern zum Ausgleich ihrer Defizite zuzuleiten. Durch solches «Recycling» sollten Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen weitgehend ausgeglichen werden. Man hoffte damit zu vermeiden, dass die Defizitländer zu drastischen Einfuhrbeschränkungen und Exportförderungsmassnahmen gezwungen würden. Bereits im Laufe des Frühjahrs begannen sich jedoch die Grenzen der bestehenden Märkte zu zeigen. Die stark divergierenden Wünsche und Bedürfnisse bezüglich der zu gewährenden Kredite bei Anlegern einerseits und Kreditnehmern andererseits setzten der Vermittlung durch private Finanzinstitute Schranken. Die ölproduzierenden Länder bekundeten eine starke Präferenz für möglichst kurzfristige und hochverzinsliche Anlagen in starken Währungen. Bei den Kreditnehmern bestand angesichts der Unmöglichkeit, die eingetretenen Defizite innert kurzer Zeit abzutragen, vor allem ein Bedarf an mittel- und langfristigen Geldern. Dazu kam, dass vornehmlich Länder mit schwachen Währungen eine grosse Nachfrage nach Überbrückungskrediten entwickelten. Ein Ausgleich solcher Divergenzen zwischen Angebot und Nachfrage durch Fristen- und Währungstransformationen barg Risiken, welche die Möglichkeiten privater Institute sehr rasch zu übersteigen drohten.

Grössere Devisenverluste von Bankinstituten und vor allem der durch solche Verluste bedingte Zusammenbruch der deutschen Herstatt-Bank hatten überdies zur Folge, dass sich die anlagesuchenden Gelder bei einer verhältnismässig kleinen Zahl von Instituten konzentrierten, die im Hinblick auf ihre Grösse und ihr Ansehen als besonders zuverlässig eingeschätzt wurden. Diese Institute hatten jedoch ihrerseits auf eine angemessene Risikoverteilung zu achten und stiessen von dieser Seite her auf Grenzen ihrer Vermittlungstätigkeit.

Einschaltung internationaler
Organisationen

Nachdem sich im Laufe des Jahres deutlich zeigte, dass die Finanzmärkte und die privaten Bankinstitute allein nicht in der Lage waren, das Problem der Rückleitung und Plazierung von Ölgeldern zu lösen, suchte man nach anderen Wegen, um eine tragbare Verteilung der Risiken durch die Mitwirkung internationaler Organisationen oder durch staatliche Garantieübernahmen zu erreichen. Neben direkten bilateralen Abkommen zwischen erdölexportierenden und -importierenden Ländern wurde die bereits erwähnte Ölfazilität beim Internationalen Währungsfonds in der Höhe von 3,1 Mrd Sonderziehungsrechten (SZR) geschaffen, die aus Beiträgen von Erdölländern sowie von Kanada und

den Niederlanden finanziert wurde. Im Unterschied zur Dauer seiner üblichen Kredite von 3–5 Jahren stellte der Währungsfonds aus diesem Spezialfonds Darlehen mit Laufzeiten bis zu 7 Jahren zur Verfügung. Am Jahresende waren die Mittel dieses Fonds weitgehend ausgeschöpft. Deshalb wurden Vorbereitungen für die Bildung einer zweiten, grösseren Ölfazilität für 1975 getroffen.

Sodann nahmen die an der EG beteiligten neun Länder in Aussicht, durch die Platzierung gemeinsamer EG-Anleihen bei Erdölländern Mittel zur Deckung von Ertragsbilanzdefiziten bis zu einem Betrag von 3 Mrd Dollar zu beschaffen. Dieses Vorhaben stellt insofern ein Novum dar, als die EG bei der Vermittlung der Gelder an einzelne Mitgliedsländer zwar als Schuldnerin auftritt, die anderen Mitgliedsländer aber eine Garantie für die Rückzahlung der Kredite bis zum doppelten Betrage ihrer Quoten übernehmen.

Für Entwicklungsländer ohne eigene Erdölproduktion, die von der Erdölverteuerung besonders hart betroffen wurden, waren am Jahresende Projekte für die Gewährung von Beiträgen zur Senkung der Zinskosten in Vorbereitung. Auf Vorschlag der Vereinigten Staaten wurden sodann im Dezember im Rahmen der «Zehner-Gruppe» Verhandlungen über die Errichtung eines Fonds aufgenommen, der den Mitgliedstaaten der OECD bei extremen Zahlungsbilanzschwierigkeiten als letzte Finanzquelle zu Hilfe kommen soll.

Spektakuläre
Direktinvestitionen

In einem gewissen Umfang fanden im Berichtsjahr Ölgelder ihren Weg auch über Kapitalbeteiligungen und andere Arten von Direktinvestitionen in die Industrieländer zurück. Einige spektakuläre Fälle, bei denen es zur Übernahme grösserer Aktienpakete bekannter Grossunternehmen kam, gaben Anlass zu wachsender Besorgnis im Hinblick auf eine unerwünschte Überfremdung. Zu erwähnen ist schliesslich, dass die Verkäufe von Gütern und Dienstleistungen an die wichtigsten Erdölproduktionsländer schon im Berichtsjahr über Erwarten stark zunahmen.

Die Entwicklung an den Devisenmärkten

Rückgang der
Dollarnotierung

Das Geschehen an den internationalen Devisenmärkten war vor allem durch wiederholte Schwächetendenzen des amerikanischen Dollars gegenüber den «starken» europäischen Währungen gekennzeichnet. Die Erholung des Dollarkurses, die gegen Ende des Jahres 1973 eingesetzt hatte, brach bereits im Februar 1974 wieder ab. Die Aufhebung der langjährigen amerikanischen Kapitalexportbeschränkungen zu Beginn jenes Monats, der sich die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und die Schweiz mit einer Lockerung ihrer Massnahmen gegen unerwünschte Kapitalzuflüsse anschlossen, dürfte

Ausweitung zur
Dollarschwäche

massgebend zu dieser Entwicklung beigetragen haben. In der gleichen Richtung wirkte sich auch die Verringerung des Zinsgefälles zugunsten der Vereinigten Staaten aus. Ein grösserer Einbruch des Dollarkurses in der ersten Maihälfte konnte durch die von den Notenbanken der USA, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz erklärte Bereitschaft zu koordinierten Kursstützungsinterventionen an den Devisenmärkten aufgefangen werden. Bis Ende Oktober war der Dollar annähernd stabil. Die amerikanischen Währungsbehörden schalteten sich nur gelegentlich und mit verhältnismässig kleinen Beträgen am Markt ein, um die Kursentwicklung zu glätten. Mitte November geriet der Dollar gegenüber dem Schweizerfranken unter starken Druck. Den Anstoss zu dieser Entwicklung gab zunächst die wachsende Verschärfung der politischen Lage im Nahen Osten, welche die Tendenz zur Konversion von Erdöldollars in andere Währungen, insbesondere aber in Schweizerfranken, verstärkte. Der Druck auf den Dollar weitete sich, gefördert durch ungünstige Faktoren, wie die enttäuschende Konjunktur- und Zahlungsbilanzentwicklung und der Rückgang der kurzfristigen Zinssätze in den Vereinigten Staaten, in der Folge zu einer eigentlichen Dollarschwäche aus. Das Dollarproblem, welches das internationale Währungsgeschehen als Folge des chronischen Zahlungsbilanzdefizites der Vereinigten Staaten schon seit Jahren belastet hatte, trat damit gegen Ende des Berichtsjahres erneut in Erscheinung. Dieses Problem wurde nun zusätzlich erschwert durch die grossen Dollarbeträge, welche die Erdölländer aus den umfangreichen, ihnen vorwiegend in Dollars zufließenden Zahlungen ansammelten und die bei der Suche nach Anlagen in anderen Währungen auf den Wechselkurs des Dollars gegenüber diesen Währungen drückten.

Sowohl das englische Pfund als auch die italienische Lira mussten angesichts der ausserordentlich ungünstigen Entwicklung der Ertragsbilanzen von den Währungsbehörden im Laufe des Jahres wiederholt gestützt werden. Der Kursrückgang drohte den im Gang befindlichen inflatorischen Preisauftrieb durch die zusätzliche Verteuerung der Importe allzu stark anzuheizen.

«Währungsschlange»
verkleinert

Frankreich sah sich angesichts des anhaltenden Druckes auf den Franc-Kurs veranlasst, die feste Kursbindung zu den im Rahmen der «Währungsschlange» gemeinsam flottierenden europäischen Währungen am 19. Januar aufzugeben. Im März wurde auch die bisherige Zweiteilung des französischen Devisenmarktes fallengelassen. Damit verschwand die Differenz zwischen kontrolliertem und freiem Kurs. Der Franc bewegte sich in der Folge mehr oder weniger parallel zu den Kursen der in der «Währungsschlange» verbliebenen Währungen, d.h. zur D-Mark, zum holländischen Gulden, zum belgischen Franc sowie zur dänischen, schwedischen und norwegischen Krone. Die Kursentwicklung dieser «Minischlange» wurde eindeutig von der D-Mark dominiert.

Unruhige Finanzmärkte nach Devisenverlusten

Die ungewöhnlich grossen Schwankungen der Wechselkurse seit dem Übergang zum Floating erhöhten zwangsläufig auch das Risiko von Kursverlusten. Tatsächlich sahen sich verschiedene Bankinstitute sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten während des Berichtsjahres veranlasst, bedeutende Verluste auf eingegangenen Devisenengagements bekanntzugeben. In einzelnen Fällen hatten die Verluste die Liquidation der betreffenden Banken zur Folge. Besonderes Aufsehen erweckte wegen des ausserordentlichen Umfanges der in Mitleidenschaft gezogenen Forderungen und der grossen Zahl der davon im In- und Ausland betroffenen Gläubiger der Zusammenbruch der Herstatt-Bank in der Bundesrepublik Deutschland. Die Schliessung dieser Bank am 26. Juni erschütterte weltweit das Vertrauen in die Stabilität der internationalen Finanzmärkte und löste allgemein Bestrebungen aus, Devisengeschäfte vor allem auf Termin besser zu überwachen und auf ein tragbares Ausmass zu begrenzen. In New York beschlossen die Banken, Zahlungsaufträge ausländischer Banken im internationalen Bankenclearing nur noch mit der Auflage auszuführen, dass diese bei fehlender Deckung am Tage nach der Abwicklung wieder rückgängig gemacht werden konnten. Die allgemeine Beunruhigung kam auch darin zum Ausdruck, dass zahlreiche Depositen von kleineren oder mittleren zu grösseren und als besonders finanzstark betrachteten Bankinstituten verlagert wurden. Solche Tendenzen waren nicht nur bei sogenannten Euro-Banken, sondern auch bei lokalen Instituten festzustellen. Sie verstärkten noch das ohnehin zunehmende Bestreben nach erhöhter Liquidität. Die Währungsbehörden mehrerer Länder führten zusätzliche Kontrollmassnahmen zur besseren Überwachung und Begrenzung von Devisentermingeschäften ein. Dies war auch in der Schweiz der Fall, wo die Banken zu monatlichen Meldungen ihrer Devisentermingeschäfte angehalten wurden.

Kontrollmassnahmen bei
Devisentermingeschäften

Die grossen Verlustrisiken im internationalen Finanzverkehr, die bei dieser Entwicklung zutage getreten waren, lenkten die Aufmerksamkeit auf die Frage, welche Instanzen im Falle von Liquiditätskrisen international tätiger Finanzinstitute helfend einspringen könnten, um das Entstehen verhängnisvoller Kettenreaktionen zu verhindern. Das Problem wurde von den Notenbankleitern der elf Industrieländer, die sich regelmässig bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel treffen, einlässlich behandelt. Die Beratungen führten zu einer grundsätzlichen Übereinstimmung hinsichtlich der Verantwortlichkeit und des Vorgehens der Zentralbanken im Falle internationaler Liquiditätskrisen. Die Notenbankleiter machten dabei klar, dass sich ihre Bereitschaft, bei Bankzusammenbrüchen von internationaler Tragweite Hilfestellung zu leisten, nicht auf Fälle erstreckt, die durch schlechte Geschäftsführung oder gar betrügerische Machenschaften bedingt sind.

Notenbanken als letzte
Kreditgeber

Einstellung der Arbeiten zu einer Reform des internationalen Währungssystems

Die Gouverneure des Internationalen Währungsfonds hatten im Herbst 1972 einen besonderen Ausschuss – die «Gruppe der Zwanzig» – beauftragt, die Arbeiten für eine umfassende Reform des internationalen Währungssystems an die Hand zu nehmen und so rasch als möglich voranzutreiben. Bereits der im Frühjahr 1973 durch die Entwicklung an den Devisenmärkten erzwungene Übergang zu flottierenden Wechselkursen hatte diese Bestrebungen in Frage gestellt, waren sie doch darauf gerichtet, ein System mit zwar anpassungsfähigen, aber grundsätzlich stabilen Wechselkursen zu schaffen. Die völlige Umwälzung der bisherigen Zahlungsbilanzverhältnisse und die Ungewissheit über die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die internationalen Währungsbeziehungen machten eine Weiterverfolgung der bisher angestrebten Reformprojekte illusorisch. Die «Gruppe der Zwanzig» stellte daher ihre Arbeiten im Juni 1974 ein, nachdem sie die Ergebnisse ihrer bisherigen Tätigkeit in einem Schlussbericht – «Outline of Reform» – zusammengefasst hatte. Sie legte in diesem Bericht angesichts der Unsicherheit über die künftige Entwicklung das Hauptgewicht auf die Formulierung von Empfehlungen für das währungspolitische Verhalten während der gegenwärtigen Übergangszeit. So wurde namentlich versucht, Spielregeln aufzustellen, welche die Währungsbehörden der Mitgliedländer in ihrer Wechselkurspolitik unter dem Regime des Floating beachten sollen. Diese Spielregeln haben allerdings lediglich den Charakter von unverbindlichen Empfehlungen. Dasselbe gilt auch für die Ermahnung an die Mitgliedländer, sich zum Verzicht auf restriktive Massnahmen zu verpflichten, die im Widerspruch zu den international vereinbarten Liberalisierungsbestimmungen stehen. Ein entsprechendes Stillhalteabkommen wurde Ende Mai 1974 auch vom Ministerrat der OECD-Länder verabschiedet. Im weiteren wurde eine neue Regelung für die Bewertung der SZR vorgeschlagen. Der Wert einer SZR-Einheit wird danach nicht mehr durch einen bestimmten Goldgehalt festgelegt, sondern durch das durchschnittliche Kursverhältnis zu einem «Korb» von 16 Währungen mit unterschiedlicher Gewichtung. Schliesslich wurde vorgeschlagen, zwei neue Gremien ins Leben zu rufen, ein sogenanntes Interims-Komitee im Währungsfonds, das dem Rat der Exekutivdirektoren bei wichtigen Entscheidungen zur Seite stehen und sich auf längere Frist der Währungsreform annehmen soll, und ein Komitee für Entwicklungsfragen, welches sowohl vom Währungsfonds als auch von der Weltbankgruppe gemeinsam getragen wird. Beide Gremien setzen sich aus Vertretern der gleichen zwanzig Länder oder Ländergruppen zusammen wie die «Gruppe der Zwanzig».

Die Vorschläge dieser Gruppe wurden von den Mitgliedstaaten von IWF und Weltbank an der Jahresversammlung im September gutgeheissen. Der Schweiz wurde dabei die Entsendung eines Beobachters in das Komitee für Entwicklungsfragen zugestanden.

Reaktivierung der «Zehner-Gruppe»

Die zehn an den Allgemeinen Kreditvereinbarungen (GAB) mit dem Währungsfonds beteiligten Länder¹ bedienten sich für die Behandlung gemeinsamer Währungsprobleme im Berichtsjahr wieder vermehrt der «Zehner-Gruppe». Bekanntlich ist die Schweiz in diesem Gremium durch einen Beobachter vertreten. Nachdem die «Gruppe der Zwanzig» im Währungsfonds mit der Behandlung der Währungsreform beauftragt worden war, hatte die «Zehner-Gruppe» ihre Tätigkeit in den vergangenen Jahren weitgehend eingestellt.

Die Lösung der Wechselkurse von den offiziellen Goldparitäten wie auch die Tatsache, dass der Marktpreis des Goldes weit über diese angestiegen war, warfen die Frage auf, wie die Währungsgoldreserven wieder mobilisierbar gemacht werden könnten. Die eingetretenen Veränderungen hatten nämlich die Verwendung der Goldreserven zu Zwecken des Zahlungsbilanzausgleichs zwischen Notenbanken weitgehend stillgelegt. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der «Zehner-Gruppe» trafen sich im Juni mit dem Bestreben, hiefür eine Lösung zu finden. Sie kamen überein, die Verwendung von Gold als Hinterlage für Währungskredite in Aussicht zu nehmen, wobei es den beteiligten Währungsbehörden überlassen bleibt, den für die Bewertung des Goldes einzusetzenden Preis zu bestimmen. Von dieser Möglichkeit wurde kurz darauf Gebrauch gemacht, indem die Bundesrepublik Deutschland Italien einen durch Gold garantierten Währungskredit einräumte.

Im September beschlossen die zehn Länder, die Allgemeinen Kreditvereinbarungen nach Beendigung ihrer Laufzeit im Oktober 1975 praktisch unverändert um weitere fünf Jahre zu erneuern. Die Schweiz erklärte sich bereit, ebenfalls eine Weiterführung ihrer Assoziationsvereinbarung vorzusehen. Hiezu bedarf es noch einer Verlängerung des Bundesbeschlusses über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen vom 4. Oktober 1963.

Die Finanzminister der zehn Länder beauftragten schliesslich im November ihre Stellvertreter, die von der amerikanischen Regierung sowie vom Generalsekretär der OECD unterbreiteten Vorschläge betreffend die Schaffung eines besonderen Währungshilfefonds für Notfälle – eines «Sicherheitsnetzes» zur Überbrückung erdölbedingter Zahlungsbilanzdefizite der Mitgliedstaaten der OECD – zu prüfen und bis zur Vertragsreife weiter zu bearbeiten.

¹ Vereinigte Staaten, Grossbritannien, Kanada, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Schweden und Japan

C. Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft

Verlangsamtes Wirtschaftswachstum

Im Berichtsjahr war die schweizerische Wirtschaft insgesamt weiterhin voll beschäftigt. Vereinzelt Sonderfälle fielen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kaum ins Gewicht und waren überdies eher struktureller als konjunktureller Natur. Der Preisauftrieb blieb stark, was nicht zuletzt auf den aus früheren Jahren stammenden Geldüberhang zurückzuführen war.

Verstärkte Struktur-
anpassungstendenzen

Starke Auftriebskräfte gingen bis zum vierten Quartal vor allem von den aussenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftszweigen aus. In der Binnenwirtschaft machten sich demgegenüber Abkühlungstendenzen schon etwas früher bemerkbar. So führten in der Bauwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte strukturelle Anpassungen sowie wachsende Finanzierungsprobleme öffentlicher und privater Auftraggeber zu einer merklichen Abkühlung des konjunkturellen Klimas. In den mit dem Tourismus verbundenen Dienstleistungszweigen wurde die starke Höherbewertung des Schweizerfrankens spürbar, deren dämpfender Einfluss nur teilweise durch eine gewisse Belebung der inländischen Nachfrage kompensiert wurde. Auch in diesem Bereich wird die Entwicklung nicht zuletzt durch Anpassungsprobleme struktureller Natur beeinflusst.

Zunehmende Beruhigung
der Konjunktur

Mit der zunehmend gleichgerichteten Entwicklung in der Binnen- und in der Aussenwirtschaft wurden die Anzeichen einer Beruhigung im Spätherbst etwas deutlicher, ohne dass jedoch das Gesamtbild bereits entsprechend verändert worden wäre. Vor allem zeichnete sich in bezug auf die Geldentwertung erst gegen Jahresende eine Wende ab. Trotz einer gewissen Entlastung bei Einfuhrgütern als Folge der Höherbewertung des Frankens hielt sich die am Index der Konsumentenpreise gemessene Teuerung über dem Stand des Vorjahres. Ohne eine Rückbildung der Preise für Erdölprodukte wäre der Indexanstieg noch ausgeprägter ausgefallen.

Insgesamt erschien unter diesen Umständen die Fortführung der in Kraft stehenden Dämpfungsmassnahmen als unerlässlich, was indessen einzelne Lockerungen zur Anpassung an die sich verändernden Verhältnisse nicht ausschloss.

Das Wachstum des schweizerischen Bruttosozialproduktes, das 1973 nominal 11,4% und real 3,5% betragen hatte, schwächte sich im Berichtsjahr aufgrund der vorliegenden Schätzungen auf nominal 7,8% und real 0,2% ab.

Dabei bewirkte die konjunkturelle Abkühlung eine um rund zwei Drittel verminderte Zuwachsrates der industriellen Produktion auf etwa 1,5% im Berichtsjahr. Während die Papier-, die chemische und die Uhrenindustrie in dieser abnehmenden Reihenfolge in den ersten neun Monaten noch überdurchschnittlich gute Ergebnisse aufzuweisen

hatten, veränderte sich dieses günstige Bild im letzten Quartal vor allem für die chemische und die Uhrenindustrie sehr deutlich. Von den dreizehn statistisch erfassten Industriezweigen steigerte lediglich die Maschinen- und Apparateindustrie über das ganze Jahr hinweg die Produktion. Demgegenüber stellten sich in der Nahrungs- und Genussmittel-, der Leder-, Kautschuk- und Kunststoff- sowie in der Industrie der Steine und Erden in allen vier Quartalen Produktionsrückgänge ein. In den Bereichen Textil und Bekleidung blieben jeweils drei Quartalsresultate unter den Vergleichswerten des Vorjahres. Der Konjunkturverlauf spiegelte sich auch in der Metallindustrie wider, die im ersten Quartal noch eine Produktionssteigerung von 6%, in den letzten drei Monaten jedoch eine Abnahme von 12% gegenüber dem Vorjahr meldete.

Unvermindert hohe
Beschäftigung

Bei einer insgesamt praktisch unveränderten Zahl der in der schweizerischen Wirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer setzte sich die Abwanderung vom industriellen Bereich in den Dienstleistungssektor im Vergleich zum Vorjahr in vermindertem Masse fort. Innerhalb des industriellen Bereiches vollzogen sich im Zusammenhang mit strukturellen Anpassungen bemerkenswerte Verschiebungen. So reduzierten sowohl die Leder-, Bekleidungs-, Textil- und Tabakindustrie als auch die Industrie der Steine und Erden die Zahl der Arbeitnehmer teilweise erheblich, währenddem sich in der Uhrenindustrie, der Metall- und Maschinenindustrie, der Papierindustrie und der chemischen Industrie die Zahl der Beschäftigten erhöhte. Im Dienstleistungssektor war die Expansion im Gesundheitswesen und im Finanzsektor weiterhin am deutlichsten, wenn auch wesentlich weniger ausgeprägt als im Vorjahr. Wie bereits in den beiden vorangehenden Jahren war die Zahl der im Gastgewerbe Beschäftigten rückläufig.

Der Ende August verzeichnete Stand von rund 861 000 erwerbstätigen Ausländern war um 4,1% geringer als vor Jahresfrist. Der Bestand der kontrollpflichtigen Arbeitskräfte bildete sich in der gleichen Zeitspanne um 11,2% auf 551 000 zurück. Die Zahl der niedergelassenen Arbeitnehmer und der Jahresaufenthalter blieb gesamthaft stabil, da die Zunahme von rund 30 000 bei der erstgenannten Gruppe durch eine Abnahme gleichen Ausmasses bei den Jahresaufenthaltern kompensiert wurde. Der Bestand der Saisonarbeiter war im Vergleich zum Vorjahr um rund 42 000 oder 21,6% geringer, währenddem die Zahl der Grenzgänger um rund 6 000 oder 5,9% anstieg.

Starker Lohnauftrieb

Der seit 1972 verzeichnete starke nominelle Lohnanstieg hat sich im Zuge der erhöhten Teuerungsrate im Berichtsjahr insgesamt weiter akzentuiert, obwohl sich im Baugewerbe eine Wende abzeichnete. Im vierten Quartal lagen die Lohnsätze in der Industrie um 10,7% und im Baugewerbe um 7,8% höher als vor Jahresfrist (Vorjahr: 9,2% bzw. 8,2%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich diese Angaben auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter beschränken. Sodann entsprechen die Lohnsätze in der Regel nicht den tatsächlichen Einkommen, welche vielfach merklich höher liegen. Die Tariflöhne der Ar-

Verlangsamung
der Bautätigkeit

beiter waren in den fünf Grossstädten im vierten Quartal in der Privatwirtschaft um rund 14% und bei den öffentlichen Diensten um etwas mehr als 10% höher als ein Jahr zuvor.

Bereits im ersten Halbjahr wurde im Tiefbau eine Beruhigung des Geschäftsganges verzeichnet. In der zweiten Jahreshälfte dehnte sich diese Tendenz auf den Hochbau aus, so dass sich die Bautätigkeit im Berichtsjahr gesamthaft spürbar abschwächte.

Im vergangenen Jahr wurden in den 92 Städten rund 28000 Wohnungen erstellt, d. h. 8,5% weniger als vor Jahresfrist. Währenddem die Wohnungsproduktion in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahr um 1% bis 6% unter der Vergleichsziffer von 1973 lag, trat im vierten Quartal ein erheblicher Produktionsrückgang um beinahe 19% ein. Ende Juni befanden sich in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern 13,6% weniger Wohnungen im Bau als vor Jahresfrist, währenddem die Zahl der erteilten Wohnbaubewilligungen im ersten Halbjahr gegenüber 1973 eine Abnahme um rund 25% erfuhr.

Am Jahresende wurde ein Leerwohnungsbestand von rund 31000 verzeichnet. Die Tatsache, dass erstmals in der Nachkriegszeit eine derart hohe Zahl an Wohnungen leer stand, deutet darauf hin, dass sich die für den Wohnungsbau massgebenden Bedingungen grundlegend verändert haben.

Die industriellen und gewerblichen Bauinvestitionen der ersten neun Monate waren sowohl nach der Anzahl der Projekte als auch ihrem Volumen um rund 20% niedriger als im Vorjahr.

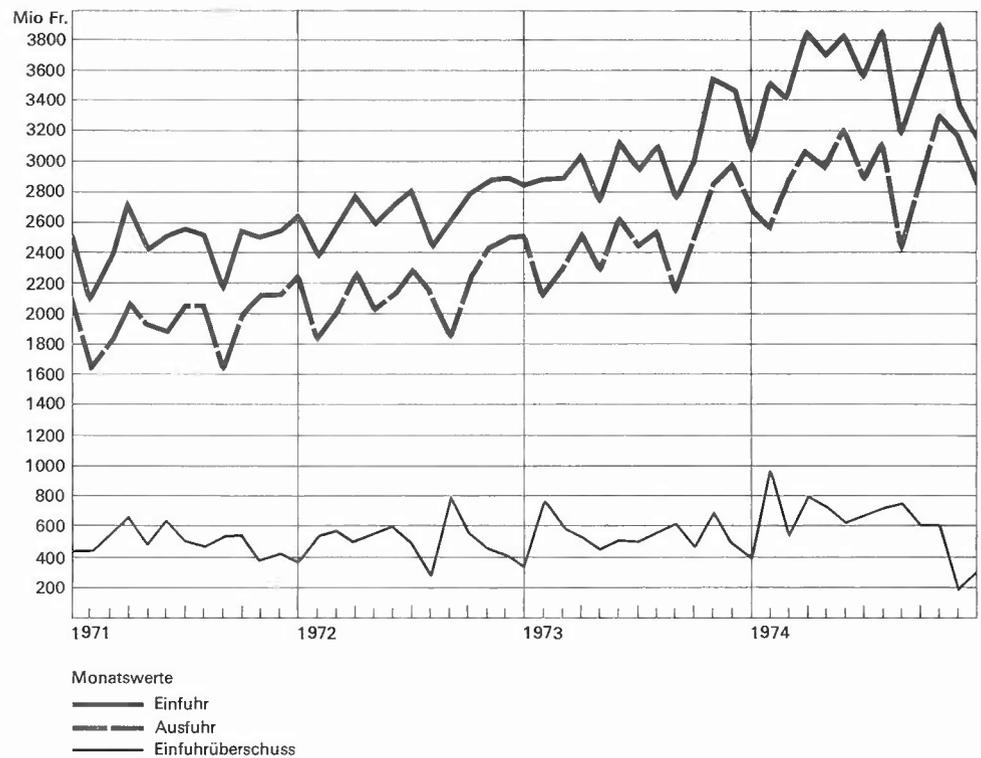
Stagnierende Einfuhren und
noch ansteigende Ausfuhren

Im Berichtsjahr wurden Güter im Wert von 42,9 Mrd Franken (+17,3%) eingeführt. Die Ausfuhr erreichte einen wertmässigen Umfang von 35,3 Mrd Franken (+18,0%), so dass das Defizit der Handelsbilanz auf 7,6 Mrd Franken (+14,1%) stieg. Der durch die Ausfuhr gedeckte Anteil der Einfuhr war mit 82,4% etwas grösser als im Vorjahr (81,9%). Da dem wesentlich höheren Handelsbilanzdefizit grössere Einnahmenüberschüsse aus dem Dienstleistungsverkehr und aus Kapitalerträgen gegenüberstanden, dürfte die Ertragsbilanz mit einem geringfügigen Aktivsaldo abgeschlossen haben.

Während die Einfuhr im Vergleich zum Vorjahr nominal noch um 6,3 Mrd Franken oder 17,3% zunahm, war real eine Abnahme von 1,4% zu verzeichnen. Seit August 1974 waren die Bezüge auf realer Basis aus dem Ausland rückläufig. Den stärksten wertmässigen Zuwachs verzeichnete im Berichtsjahr bei rückläufiger Tonnage die Einfuhr von Energieträgern mit 63,2%. Etwas mehr als die Hälfte der gesamten Importwertzunahme entfällt auf Rohstoffe und Halbfabrikate; die Steigerung betrug nominal 25,2%, real jedoch lediglich 1,3%. Die Importe von Konsumgütern waren nominal um 4,4% grösser, real hingegen um 3,3% geringer als im Vorjahr. Bei den Investitionsgütern wurden die wertmässigen Ergebnisse von 1973 nominal um 5,6% übertroffen; real ergab sich ein Rückgang um 1,8%.

Knapp zwei Drittel der wertmässigen Einfuhrzunahme von 6,3 Mrd Franken entfielen auf Bezüge aus den Ländern der EG und der EFTA, 6% auf die übrigen europäischen

Handelsbilanz



Staaten und 31% auf die restliche Welt. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der EG-Länder (66,6%) wie auch derjenige der EFTA-Staaten (9,4%) an der Gesamteinfuhr um insgesamt 2,2% gefallen. Vier Fünftel der Bezüge aus dem Ausland stammen aus europäischen Ländern und ein um 2,1% auf einen Fünftel erhöhter Anteil aus überseeischen Gebieten.

Am 1. Januar 1974 trat die zweite von fünf gleichmässigen Zollreduktionen im Austausch von Industriegütern mit den Staaten der EG in Kraft.

Im Berichtsjahr hat die Ausfuhr im Vorjahresvergleich nominal um 5,4 Mrd Franken oder 18,0% zugenommen; real betrug der Zuwachs 4,4%. Am stärksten nahm mit 24,5% der Ausfuhrwert der chemischen Produkte zu, gefolgt von den Erzeugnissen der Metallindustrie (15,7%) und der Textil- und Bekleidungsindustrie (7,5%). Demgegenüber nahm der Export der Nahrungs- und Genussmittelindustrie um 2,6% ab.

In der geographischen Absatzstruktur ergaben sich gegenüber dem Vorjahr kaum Verschiebungen; sowohl der EG-Anteil von 44,1% wie auch derjenige der EFTA von 13,3% blieben praktisch unverändert. 68,5% der Gesamtausfuhren entfielen auf europäische Staaten, währenddem der Anteil der überseeischen Länder von 31,5% mit dem Vorjahresergebnis übereinstimmte.

Erstmals seit längerer Zeit blieb der reale private Konsum hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Leicht rückläufiger
Realkonsum

Abschwächung im
Auslandtourismus

Dabei verlief die Entwicklung in den drei Hauptgruppen real zwar unterschiedlich, aber rückläufig. Auf Jahresbasis verzeichneten die Nahrungs- und Genussmittel mit 2,4% den geringsten realen Rückgang. In der Gruppe der übrigen Güter, zu der Automobile und dauerhafte Konsumgüter gehören, betrug er 5,8% und bei den Bekleidungsartikeln und Textilwaren 6,2%. Alle Quartalsergebnisse in allen drei Untergruppen waren geringer als im Vorjahr, obwohl der Trend im Zeitablauf nicht eindeutig war.

Im Berichtsjahr verzeichneten die Hotel- und Kurbetriebe 34,6 Mio Logiernächte, wovon 14,9 Mio auf Inländer und 19,7 Mio auf Ausländer entfielen. Dem nur leicht zunehmenden Binnenverkehr stand eine Abnahme der Auslandsfrequenz um knapp 8% gegenüber, so dass der inländische Anteil am Total der Logiernächte auf 43,1% (Vorjahr: 40,9%) anstieg.

Im Jahre 1974 ergaben sich Frequenzeinbussen von 15% und mehr bei den Gästen aus Frankreich, Italien, Grossbritannien und Irland und den USA. Gleichzeitig war die Anzahl der Logiernächte für Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und aus asiatischen Ländern entweder stabil oder leicht rückläufig. Stärkere Zuwachsraten wurden lediglich für Gäste aus Ländern verzeichnet, welche im schweizerischen Fremdenverkehr wenig ins Gewicht fallen.

In den einzelnen Landesgegenden verlief die Entwicklung unterschiedlich. Währenddem sich in Graubünden die Frequenzen auf dem Vorjahresstand halten konnten, ergaben sich im Mittelland und in der Ostschweiz, im Tessin und in den Waadtländer Alpen Einbussen bis zu 5%. In den übrigen Regionen lag der Rückgang zwischen 5% und 12%, wobei die Genferseegegend, die Zentralschweiz und das Wallis am stärksten betroffen wurden.

Geringe Ertragssteigerung
in der Landwirtschaft

Im Berichtsjahr stieg der Endrohertrag der landwirtschaftlichen Produktion gegenüber dem Vorjahr nominal um schätzungsweise 6,3% auf 6,3 Mrd Franken. Die reale Zunahme belief sich auf 1,8%. Bei den Betriebszweigen des Pflanzenbaus und der Tierhaltung war die Entwicklung im Gegensatz zu 1973 unterschiedlich. Im Bereich des Pflanzenbaus wurde infolge geringerer Obst- und Weinernten ein Minderertrag um 5,4% registriert, während die Tierhaltung vor allem dank erhöhter Preise bei mehreren Produkten einen um 10% höheren Ertrag verzeichnete.

Anhaltende Preissteigerungen

Der Preisauftrieb erreichte 1974 ein bisher nie gekanntes Ausmass. Währenddem die Preise 1973 durchschnittlich um 8,7% angestiegen waren, bezifferte sich der durchschnittliche Preisanstieg im Berichtsjahr auf 9,8%, wobei die Teuerungsimpulse in den Bedarfsgruppen Nahrungsmittel, Verkehr und Haushalteinrichtungen am stärksten waren.

Lediglich für Heizung und Beleuchtung verringerten sich die Kosten innert Jahresfrist merklich. Mit Ausnahme der Monate November und Dezember übertraf die Teuerungsrates in sämtlichen Monaten die entsprechenden Vorjahresziffern.

Erst im Herbst war eine Abflachung des Teuerungstrends zu verzeichnen, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein dürfte, dass es gelungen ist, die tief verwurzelten Inflationserwartungen weitgehend zu brechen. Ende Dezember lag der Index der Konsumentenpreise um 7,6% über dem Vorjahresstand.

Bei den Grosshandelspreisen erreichte die Teuerung im April 1974 gegenüber dem Vorjahresmonat den höchsten je gemessenen Stand von knapp 19%. In der Folge reduzierte sich dieser Satz ununterbrochen bis auf 10,1% im Dezember. Dennoch liegt die durchschnittliche Preissteigerung des Jahres mit 16,2% noch immer erheblich über derjenigen des Vorjahres von 10,7%. Zu dieser Entwicklung trug der massive Anstieg der Importgüterpreise um 21,6% in wesentlichem Masse bei. Sodann verteuerten sich Papier und Papierwaren, Chemikalien und Nahrungsmittel zwischen Dezember 1973 und 1974 um 20% bis 40%.

Die Entspannung in weiten Bereichen der Bauwirtschaft hatte auf die Kostenentwicklung einen mässigen Einfluss. Der Zürcher Baukostenindex lag zwar Ende Dezember noch um 7,0% höher als im Vorjahr (1973: 9,0%), doch dürfte die effektive Baukostenverteuerung geringer gewesen sein.

Im Berichtsjahr wurde das Defizit der Staatsrechnung mit 206 Mio Franken budgetiert; die Tresoreriebedürfnisse wurden – inklusive SBB und PTT – auf 700 Mio Franken geschätzt.

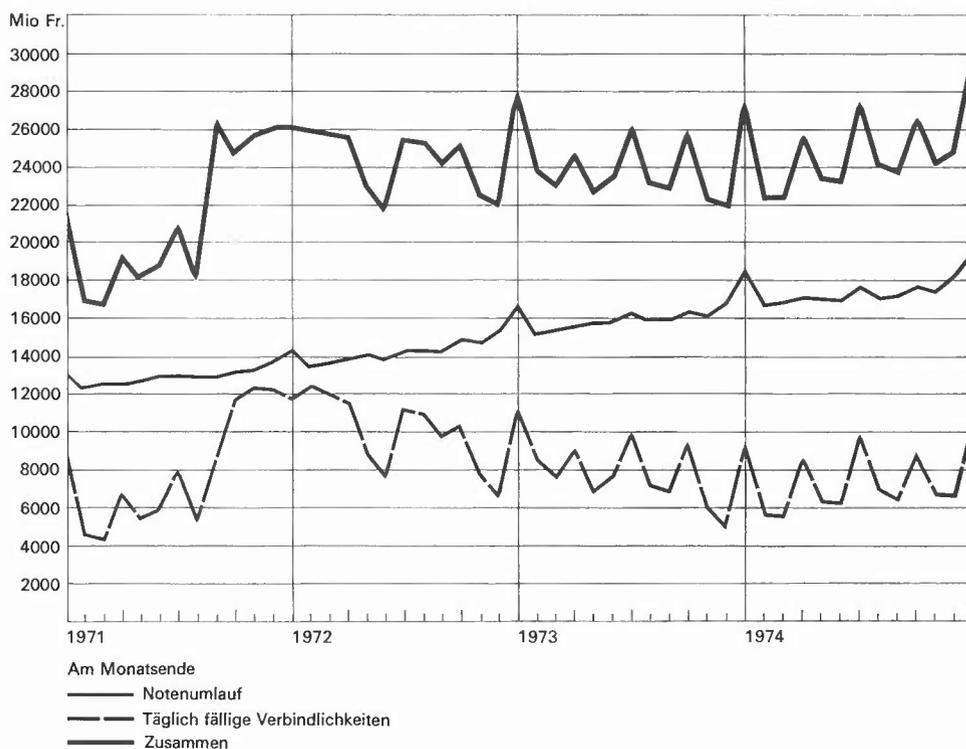
Zur Überbrückung von Tresorerieengpässen plazierte die Nationalbank in den Monaten Januar (385 Mio Franken), Oktober (300 Mio Franken) und November (300 Mio Franken) Schatzwechsel des Bundes mit Laufzeit von 3 Monaten bei den Grossbanken. Ausserdem übernahm sie in drei Etappen die im Portefeuille des Bundes befindlichen auf Schweizerfranken lautenden Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes (Januar: 180 Mio Franken, September: 60 Mio Franken, Oktober: 120 Mio Franken). Die auf diesem Wege dem Bund zur Verfügung gestellten Beträge fanden im wesentlichen zur Begleichung von Auslandzahlungen des Bundes in fremder Währung Verwendung, so dass daraus keine Neuschaffung von Notenbankgeld resultierte. Sodann erklärte sich die Nationalbank im Herbst bereit, für Fremdwährungszahlungen des Bundes Dollars zur Verfügung zu stellen, um die Bundestresorerie zu entlasten.

Geld- und Kapitalmarkt

Die Entwicklung
der Geldmenge

Mit der Freigabe des Wechselkurses hatte die Nationalbank in bezug auf die Geldpolitik vermehrten Spielraum gewonnen. Die Versorgung der Wirtschaft mit liquiden Mitteln war nunmehr von ihrer Bereitschaft abhängig, die Notenbankgeldmenge, d. h. die Summe des Notenumlaufes und der Sichteinlagen der Banken bei der Notenbank, zu erweitern.

Notenumlauf und täglich
fällige Verbindlichkeiten



Leichte Abnahme
der Geldmenge

Im Laufe der ersten Jahreshälfte wurde der aus früheren Jahren stammende Liquiditätsüberhang zusehends absorbiert. Die Geldmenge im engeren Sinne (M_1) – inländischer Bargeldumlauf im privaten Nichtbankensektor und inländische Sichteinlagen des privaten Publikums bei Banken und Postcheck –, die bereits 1973 stagniert hatte, nahm im Berichtsjahr leicht ab. Dabei spielte nicht zuletzt die Entwicklung der Zinssätze im kurzfristigen Bereich eine Rolle, indem wegen der attraktiven Bedingungen für Termingelder in grossen Beträgen Sicht- in Zeitdepositen umgewandelt wurden, was eine entsprechende Verminderung in der Statistik der Geldmenge M_1 zur Folge hatte.

Entwicklung der Geldmenge

In Millionen Franken – Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

Quartalsende	Monetäre Basis ¹		Bargeldumlauf ²		Inländische Sichteinlagen ³		Geldmenge M1 ⁴		Quasi-Geld ⁵		Geldmenge M2 ⁶	
	Mio Fr.	Zuwachs %	Mio Fr.	Zuwachs %	Mio Fr.	Zuwachs %	Mio Fr.	Zuwachs %	Mio Fr.	Zuwachs %	Mio Fr.	Zuwachs %
1972												
März	24 177	+ 30,6	12 726	+ 9,8	33 131	+ 60,4	45 857	+ 42,2	28 630	- 0,3	74 487	+ 22,2
Juni	23 501	+ 17,6	12 967	+ 9,2	33 109	+ 44,2	46 076	+ 32,3	29 907	+ 9,0	75 983	+ 22,0
September	23 622	+ 0,6	13 386	+ 11,4	32 320	+ 4,5	45 706	+ 6,4	30 790	- 7,4	76 496	+ 0,4
Dezember	25 837	+ 3,6	14 753	+ 14,2	33 347	+ 0,8	48 100	+ 4,6	31 467	- 0,7	79 567	+ 2,4
1973												
März	24 009	- 0,7	14 169	+ 11,3	31 383	- 5,3	45 552	- 0,7	31 944	+ 11,6	77 496	+ 4,0
Juni	24 072	+ 2,4	14 630	+ 12,8	32 526	- 1,8	47 156	+ 2,3	30 619	+ 2,4	77 775	+ 2,4
September	24 088	+ 2,0	14 881	+ 11,2	32 946	+ 1,9	47 827	+ 4,6	34 330	+ 11,5	82 157	+ 7,4
Dezember	26 388	+ 2,1	16 240	+ 10,1	31 871	- 4,4	48 111	+ 0,0	35 421	+ 12,6	83 532	+ 5,0
1974												
März	24 942	+ 3,9	15 645	+ 10,4	28 801	- 8,2	44 446	- 2,4	39 590	+ 23,9	84 036	+ 8,4
Juni	26 341	+ 9,4	16 062	+ 9,8	28 197	- 13,3	44 259	- 6,1	41 441	+ 35,3	85 700	+ 10,2
September	25 935	+ 7,7	16 280	+ 9,4	27 534	- 16,4	43 814	- 8,4	44 634	+ 30,0	88 448	+ 7,7
Dezember	28 749	+ 8,9	17 533	+ 8,0	28 810	- 9,6	46 343	- 3,7	42 728	+ 20,6	89 071	+ 6,6

¹ Gesamter Notenumlauf + Giro Guthaben der Banken bei der Nationalbank

² Bargeldumlauf (Noten und Münzen) beim privaten Publikum (exkl. Banken, Postchecksystem, Bund)

³ Sichteinlagen des privaten Publikums bei Banken und Postchecksystem

⁴ M1 = Bargeldumlauf + inländische Sichteinlagen

⁵ Quasi-Geld = Termineinlagen des privaten Publikums bei Banken

⁶ M2 = M1 + Quasi-Geld

Geldmarkt zwischen Anspannung und Lockerung

Anspannung im ersten Semester

Im ersten Semester des Berichtsjahres war der inländische Geld- und Kapitalmarkt spürbar angespannt. Diese Verfassung war in erster Linie eine Folge des Einflusses der hohen Zinssätze auf den ausländischen Märkten. Die für die Marktlage repräsentativen Giro Guthaben von Banken, Handel und Industrie bei der Nationalbank bewegten sich zwischen 4 und 5½ Mrd Franken; sie waren damit erheblich niedriger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Anspannung am Geldmarkt kam nicht zuletzt in einem starken Anstieg der Dreimonatssätze für Eurofranken zum Ausdruck, die im Januar bei einem Höchststand von 13% die vergleichbaren Sätze für Eurodollars überstiegen.

In Anpassung an die Marktentwicklung hob die Nationalbank Ende Januar den Diskontsatz um 1% auf 5½% und den Lombardsatz um ¾% auf 6% an. Diese Sätze waren seit einem Jahr unverändert in Kraft gewesen; im Berichtsjahr blieben sie auf diesem Niveau. Die Banken setzten den Privatdiskontsatz Ende Januar um ½% auf 6% herauf; weitere Erhöhungen gleichen Ausmasses erfolgten im April und im Juli.

Im Zusammenhang mit dem Jahresultimo waren die Mindestguthaben im Dezember 1973 vorübergehend im Umfange von 20% des Sollbestandes freigegeben worden. Im Hinblick auf die Marktlage verzichtete die Nationalbank im Januar auf eine erneute Einforderung dieses Betrages und beschloss gleichzeitig eine zusätzliche Reduktion der Mindestguthaben um weitere 20% des Sollbestandes.

Zur Erleichterung der Abwicklung des Zahlungsverkehrs an den jahreszeitlich bedingten Spitzenterminen wurde sodann der klassische Notenbankkredit in grosszügiger Weise zur Verfügung gestellt. Im gleichen Zusammenhang war die Nationalbank überdies bereit, vorübergehend Dollars gegen Franken zu übernehmen. Durch den gleichzeitigen Verkauf dieser Dollars auf Termin wurde der kurzfristige Charakter der Verflüssigung sichergestellt.

Im Bestreben, die Marktverfassung aufzulockern, beschloss die Nationalbank Anfang April auf Ende dieses Monats eine weitere Senkung der Mindestguthaben auf 45% des Sollbestandes. Bis zum Inkrafttreten dieser Massnahme schloss sie mit den Banken einmonatige Swapkontrakte ab, d. h. sie übernahm Dollars per Kasse und verkaufte sie gleichzeitig auf Termin per Ende April.

Die im Zusammenhang mit den Kreditüberschreitungen per Ende Februar im Mai fällig werdenden Sanktionsbeträge in Höhe von 2,1 Mrd Franken erschienen im Hinblick auf die Marktlage als zu hoch, so dass die Nationalbank lediglich 30% für drei Monate einforderte und überdies ihre Bereitschaft erklärte, zur Entspannung am Geldmarkt dreimonatige Swapgeschäfte abzuschliessen. Von diesem Angebot wurde vor allem im Juni Gebrauch gemacht, als eine weitere Liquiditätsverknappung eintrat und die Giro-

**Beanspruchung des Notenbankkredits (Diskont und Lombard)
Ultimo-Finanzierungshilfe der Nationalbank – in Mrd Franken**

	Notenbankkredit				Ultimo-Finanzierungshilfe ¹	
	Stand Ende Monat		Anstieg in der Woche vor Ultimo		1973	1974
	1973	1974	1973	1974		
Januar	0.12	0.89	0.02	0.65	1.70	0.65
Februar	0.12	0.97	0.01	0.73	0.86	0.73
März	0.86	1.75	0.65	1.46	2.21	3.96
April	0.12	1.05	0.00	0.52	0.00	0.52
Mai	0.09	1.83	0.00	1.11	0.00	1.11
Juni	0.81	2.40	0.72	1.76	3.44	4.82
Juli	0.77	1.62	0.67	0.79	0.67	0.79
August	0.29	1.53	0.18	0.75	0.36	0.75
September	0.77	1.99	0.66	1.17	3.39	4.04
Oktober	0.34	1.80	0.22	1.11	0.22	1.11
November	1.16	2.10	0.98	1.20	1.00	1.20
Dezember	1.66	3.39	1.30	2.39	4.96	5.31

¹ Anstieg des Notenbankkredits in der Woche vor Ultimo + Ultimo-Swaps + kurzfristige Rücknahme von Sterilisierungsreskriptionen des Bundes durch die Nationalbank

guthaben der Wirtschaft erstmals seit Januar unter 4 Mrd Franken fielen. Ende Juni wurden erneut Mindestguthaben freigegeben, so dass in der Folge noch ein Drittel des Sollbestandes zinslos bei der Nationalbank stillgelegt blieb.

Entspannung im zweiten
Halbjahr

Nach der Jahresmitte begann sich die Marktlage allmählich zu entspannen. Der Markt verfügte im zweiten Semester im wesentlichen über umfangreichere Mittel als in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Im Juli wurden die Märkte durch umfangreiche Devisenverluste und den damit zusammenhängenden Zusammenbrüchen einzelner Banken im Ausland beunruhigt. Zur Befriedigung des Bedürfnisses nach vermehrter Kassenhaltung bot die Nationalbank Hand zum Abschluss weiterer Dollar/Franken-Swaps mit einmonatiger Laufzeit.

Die im Zusammenhang mit den Kreditüberschreitungen per Ende Februar im Mai eingeforderten Sanktionsbeträge wurden nach dem Ablauf der dreimonatigen Blockierungsfrist im August freigegeben, doch mussten aufgrund der Ende Juli eingetretenen Überschreitungen (2,7 Mrd Franken) schon im September wiederum 900 Mio Franken eingefordert werden. Zur Entlastung der Geldmarktlage schloss die Nationalbank für die Hälfte des genannten Betrages mit den Banken Swapgeschäfte mit dreimonatiger Laufzeit ab.

Mindestguthaben – Sätze und Einforderungen

Mindestguthaben		Inlandgelder Zuwachs seit 31. 7. 71 ¹	Auslandgelder		
			Bestand ²	Zuwachs	
				seit 31. 7. 71 ⁴	seit 31. 10. 74 ⁵
Sollsätze in % der Einlagen	Bankenkreditoren Kreditoren auf Sicht	28	1,25 ³ × 3 = 3,75	56	24
	Kreditoren auf Zeit ¹	10	1,25 ³ × 2 = 2,50	42	18
	Spareinlagen	2,5 (bis 30. 7. 74) 0 (ab 31. 8. 74)	– –	7 0 (ab 30. 11. 74)	– –
	Kassen- obligationen	2,5 (bis 30. 7. 74) 0 (ab 31. 8. 74)	– –	– –	– –
Einfor- derung in % des Sollbe- trages ⁶	November 1973	100	100	–	–
	Dezember	80	80	–	–
	Januar 1974	60	60	–	–
	April	45	45	–	–
	Juni	33	33	–	–
	Oktober	20	20	–	–
	November	0	20	–	–
	Dezember	0	20	100	–
Stand Konto Mindest- guthaben Ende Monat in Mio Fr.	November 1973	2 112	1 588		
	Dezember	1 600	1 272		
	Januar 1974	1 237	1 034		
	April	962	893		
	Juni	571	654		
	Oktober	394	390		
	November	0	383		
	Dezember	0	348		

¹ Für die inländischen Kreditoren auf Zeit ist der Zuwachs seit dem 31. 3. 1972 massgebend

² Für Verbindlichkeiten in fremder Währung sind die Reservesätze (Sollsatze) auf dem Bestand um 50% ermässigt

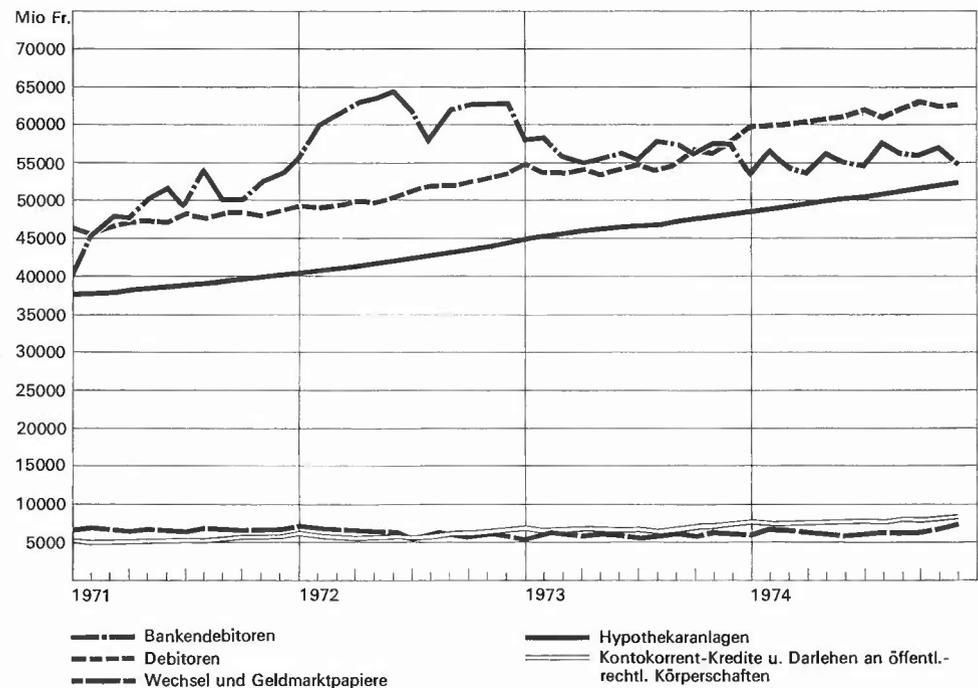
³ Die Mindestguthaben auf dem Bestand der Auslandgelder wurden Ende Oktober 1973 durch einen Zuschlag von 25% erhöhet. Die Sollsatze betragen somit 125% der ursprünglichen Reservesätze

⁴ Vom Zuwachs ausländischer Gelder in fremder Währung kann der Zuwachs der Auslandsanlagen in fremder Währung in Abzug gebracht werden

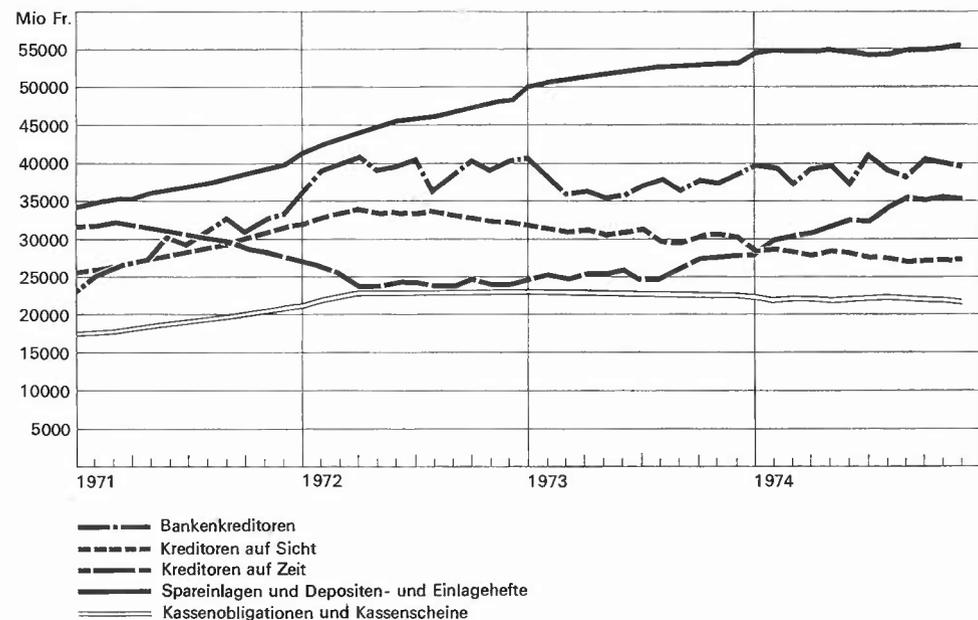
⁵ Zusatztliche Belastung, jedoch nur für auf Schweizerfranken lautende Verbindlichkeiten

⁶ Sollbetrag = Sollsatze × Stand der Einlagen im Vormonat

Bankbilanzen
72 Banken
Aktiven



Passiven



Unter Führung der Dollarzinsätze trat ab September eine allmähliche Rückbildung der Geldmarktsätze ein.

Mit dem Ziele einer leichten Erweiterung der Notenbankgeldmenge reduzierte die Nationalbank die Mindestguthaben per Ende Oktober auf 20% des Sollbestandes. Auf Ende November wurden die inländischen Verbindlichkeiten der Banken vollständig von

der Mindestguthabenbelastung befreit. Gleichzeitig wurde der Zufluss ausländischer Gelder wegen der Lage am Devisenmarkt verstärkt belastet.

Ende Dezember gab die Nationalbank nach dreimonatiger Sperrfrist Sanktionszahlungen für Kreditüberschreitungen im Betrage von 600 Mio Franken frei. Andererseits wurden die per Ende Oktober festgestellten Überschreitungen im Betrage von 660 Mio Franken in vollem Umfange eingefordert.

Im Zusammenhang mit den Ultimovorbereitungen nahmen die Banken in der letzten Dezemberwoche den Notenbankkredit mit rund 2,4 Mrd Franken in Anspruch. Sodann verschaffte sich der Markt durch die vorübergehende Rückgabe von Sterilisierungsreskriptionen an die Nationalbank rund 240 Mio Franken. Die Verpflichtungen der Inlandkorrespondenten der Nationalbank nahmen um 80 Mio Franken zu. Schliesslich tätigte die Nationalbank mit den Banken Dollar/Franken-Swapgeschäfte mit Laufzeiten von 7 bis 30 Tagen im Umfange von rund 2,7 Mrd Franken oder 1025 Mio Dollar. Ebenfalls verflüssigend wirkten Swapgeschäfte im Betrage von 317 Mio Dollar auf einen Monat bzw. 198 Mio Dollar auf drei Monate, die währungspolitisch motiviert waren. Umgekehrt gelangten derartige Geschäfte im Betrage von 155 Mio Dollar, die im September im Zu-

Dollar/Franken-Swaps der Nationalbank mit den Banken

in Milliarden Franken

	1974		Stand Ende Monat	Ultimo- Swaps 7–14 Tage	1973	
	Swaps auf 30–90 Tage neu eingegangene				Swaps total Stand Ende Monat	Ultimo- Swaps ¹ 7–14 Tage
	30 Tage	90 Tage			30–90 Tage	7–90 Tage
Januar	—	—	—	—	—	1.68
Februar	—	—	—	—	—	0.85
März	—	—	—	2.50	2.50	1.56
April	0.54	—	0.54	—	0.54	—
Mai	—	0.25	0.25	—	0.25	—
Juni	0.12	0.10	0.47	2.99	3.46	2.72
Juli	0.76	—	1.11	—	1.11	—
August	—	—	0.10	—	0.10	0.18
September	—	0.46	0.46	2.72	3.18	2.69
Oktober	—	—	0.46	—	0.46	—
November	—	—	0.46	—	0.46	—
Dezember	0.83	0.51	1.34	2.68 ²	4.02	3.36 ²

¹ 1973 ging die Nationalbank mit den Banken nur Ultimo-Swaps ein

² Im Dezember betrug die Laufzeit der Ultimo-Swaps 7–30 Tage

sammenhang mit Sanktionszahlungen für Kreditüberschreitungen abgeschlossen worden waren, zur Rückzahlung. Insgesamt erreichten die Marktmittel am Jahresende einen Stand von 9,5 Mrd Franken, verglichen mit 8,2 Mrd ein Jahr zuvor.

Bewegliche Kreditpolitik

Hohe Kreditüberschreitungen

Die Rückführung der inländischen Kreditexpansion der Banken auf ein den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechendes Mass hatte im Berichtsjahr nicht an Bedeutung verloren. Ausserdem konnte dank der Kreditzuwachsbeschränkung eine flexiblere Liquiditätspolitik geführt und damit auf die Zinsentwicklung mässigend eingewirkt werden.

Die Nationalbank trug der als Folge der ungewöhnlichen Importverteuerung stark gestiegenen Kreditnachfrage der Wirtschaft dadurch Rechnung, dass sie Ende April die Kreditzuwachsrate für die bis Ende Juli 1974 laufende Periode von 6% auf 7% erhöhte. Dadurch ermässigten sich die Kreditüberschreitungen der Banken auf einen Betrag von 2,1 Mrd Franken. Angesichts der angespannten Geldmarktlage und der längeren Anlaufzeit forderte die Nationalbank nur 30% dieses Betrages als Sanktion ein.

Ende Juli, d. h. nach dem zweiten vollen Jahr der Anwendung der Kreditbegrenzung, betrug der Umfang der Überschreitungen 2,7 Mrd Franken. Für die Ermittlung des sanktionspflichtigen Betrages wurden die per Ende Juli 1973 und Ende Februar 1974 erfolgten Sanktionszahlungen abgezogen, so dass ein Betrag von knapp 2 Mrd Franken verblieb. 50% dieses Betrages wurden per 20. September eingefordert; die restlichen 50% mussten in drei Etappen während der folgenden drei Vierteljahre stillgelegt werden.

Verlängerung der
Kreditbegrenzung

Im Einvernehmen mit der Nationalbank beschloss der Bundesrat, die Kreditbegrenzung für die Jahresperiode 1. August 1974–31. Juli 1975 zu verlängern. Gleichzeitig wurde das sogenannte Härtekontingent, d. h. der Betrag, bis zu dem Kredite zur Abwendung besonderer Härten von der Begrenzung ausgenommen werden können, auf 800 Mio Franken erhöht. Die Nationalbank setzte in der Folge die zulässige Zuwachsrate, bezogen auf den Stand vom 31. Juli 1972, erneut auf 7% fest. Überschreitungen per Ende Juli wurden auf die neue Zuwachsrate angerechnet. Es wurde vorgesehen, die Einhaltung der Zuwachsrate vierteljährlich zu überprüfen und neue Überschreitungen jeweils voll einzufordern. Diese Regelung kam erstmals per Ende Oktober zur Anwendung. Auf den 20. Dezember erhielten zwar die Banken die aufgrund der Sanktion per Ende Juli geleisteten Einzahlungen teilweise zurück, gleichzeitig aber musste der Gegenwert der neuen Überschreitungen im Betrage von 660 Mio Franken stillgelegt werden.

Veränderungen im mittelfristigen und langfristigen Bereich

Die Anpassung der Festgeldsätze der schweizerischen Grossbanken vollzog sich im Vergleich zur internationalen Entwicklung in ruhiger Art und Weise. Zu Jahresbeginn erfolgte eine Erhöhung um $\frac{1}{2}\%$ auf 6%. Die Sätze für Dreimonatsgelder blieben in der Folge bis zum Jahresende unverändert, währenddem ab Juni für Depots mit Laufzeiten von 6–11 Monaten $\frac{1}{4}\%$ und für Laufzeiten von einem Jahr $\frac{1}{2}\%$ mehr bewilligt wurden.

Die Sätze für Kassenobligationen wurden in vier Schritten nach oben angepasst. Per 1. Februar wurde die Abstufung nach Laufzeiten wieder auf drei Varianten erweitert, wobei die Sätze gleichzeitig um $\frac{1}{4}\%$ bis $\frac{1}{2}\%$ erhöht wurden. Danach wurden für die Laufzeit von 3 Jahren $5\frac{1}{2}\%$, für 4–5 Jahre $5\frac{3}{4}\%$ und für 6–8 Jahre 6% bezahlt. Ab 6. Mai wurde die Differenzierung wieder auf zwei Typen beschränkt; der Satz für Titel mit einer Laufzeit von 3–4 Jahren wurde auf $6\frac{1}{2}\%$, derjenige für Papiere mit einer Laufzeit von 5–8 Jahren auf 7% festgelegt. Eine weitere Erhöhung um $\frac{1}{4}\%$ trat mit Wirkung ab 14. Oktober in Kraft. Eine letzte Anpassung nach oben erfolgte schliesslich am 2. Dezember. Die bei Jahresschluss geltenden Bedingungen betragen $7\frac{1}{4}\%$ auf 3–4 Jahre, $7\frac{1}{2}\%$ auf 5–6 Jahre und $7\frac{3}{4}\%$ auf 7–8 Jahre. Dabei handelt es sich um die Konditionen der Grossbanken und Kantonalbanken; andere Banken sind traditionell berechtigt, um $\frac{1}{4}\%$ höhere Sätze zu bezahlen.

Die Sätze für bestehende Grundpfanddarlehen wurden auf den 1. Oktober um $\frac{1}{2}\%$, vereinzelt um $\frac{3}{4}\%$, heraufgesetzt. Eine weitergehende Anpassung an die Marktverhältnisse wurde vom Beauftragten des Bundesrates für die Überwachung von Preisen, Löhnen und Gewinnen als nicht opportun angesehen. – Die Vergütungen auf Hefteinlagen, die weitgehend der Finanzierung des Grundpfandgeschäftes dienen, wurden Mitte Jahr um 1% erhöht.

Ereignisreicher Devisenmarkt

Die Währungsreserven der Nationalbank verminderten sich im Berichtsjahr um 0,1 Mrd auf 28,9 Mrd Franken. Ohne Berücksichtigung der Swapgeschäfte betrug die Verminderung 0,8 Mrd Franken. Dabei blieb der Goldbestand mit 11,9 Mrd Franken unverändert. Der Bestand an ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken stieg um 790 Mio Franken; die Nationalbank übernahm von der Eidgenossenschaft und von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich solche Titel im Betrage von 360 Mio bzw. 430 Mio Franken. Durch den Abbau von Swap-Vpflichtungen, die von den amerikanischen Währungsbehörden vor der Dollarabwertung im August 1971 eingegangen worden waren, verminderte sich der Devisenbestand um 790 Mio Franken. Ein Zuwachs

**Die Entwicklung der Devisenkurse einiger wichtiger Industrieländer
im Jahre 1974**

	US-\$		£		FF	
	tiefst	höchst	tiefst	höchst	tiefst	höchst
Januar	3.2500	3.4540	7.3000	7.7380	63.80	69.83
Februar	3.0500	3.2860	7.0530	7.4940	62.86	65.72
März	2.9700	3.1690	7.0590	7.3160	62.51	65.24
April	2.9080	3.0870	7.0880	7.3530	59.73	63.71
Mai	2.7680	3.0200	6.7270	7.2080	58.30	61.62
Juni	2.9200	3.0570	7.0450	7.2160	53.73	62.61
Juli	2.8830	3.0280	6.9280	7.2060	61.15	63.67
August	2.9300	3.0200	6.9400	7.0700	61.77	63.22
September	2.9400	3.0320	6.8690	6.9990	62.01	62.83
Oktober	2.8390	2.9590	6.6350	6.9040	60.37	62.34
November	2.5930	2.8700	6.0320	6.7080	55.44	61.15
Dezember	2.5000	2.7580	5.8680	6.4070	56.30	59.38

	DM		Lit.		Yen	
	tiefst	höchst	tiefst	höchst	tiefst	höchst
Januar	117.75	122.11	.4950	.5430	1.1000	1.1970
Februar	115.16	118.49	.4730	.5010	1.0750	1.1000
März	116.06	119.75	.4760	.4900	1.0780	1.1030
April	119.04	120.63	.4590	.4880	1.0400	1.1100
Mai	116.49	120.80	.4490	.4700	1.0000	1.0650
Juni	117.22	119.34	.4540	.4670	1.0380	1.0700
Juli	114.54	118.86	.4530	.4660	.9830	1.0530
August	112.69	115.19	.4530	.4590	.9750	.9930
September	111.02	113.33	.4460	.4580	.9850	1.0140
Oktober	110.38	113.76	.4260	.4470	.9490	.9840
November	105.89	112.90	.3910	.4310	.8740	.9550
Dezember	103.80	110.13	.3850	.4130	.8350	.9170

der Devisenreserven resultierte aus den Erträgen auf Auslandsanlagen. Der Devisenbestand verringerte sich insgesamt um 1,6 Mrd Franken (ohne Devisen-Swaps).

Allein im Januar 1974 befestigte sich der Dollarkurs von etwa 3.25 Franken auf 3.46 Franken. Diese Entwicklung wurde vor allem auf günstige Wirtschaftsnachrichten

Exportgewichtete Aufwertungssätze des Schweizerfrankens¹

(in Prozent; 5. Mai 1971 = 0)

	1973		1974	
	%		%	
	Minimum	Maximum	Minimum	Maximum
Januar	6,3	9,5	14,4	18,0
Februar	9,7	19,1	19,6	21,5
März	14,1	14,8	20,8	22,3
April	15,0	15,2	20,5	24,0
Mai	15,0	17,9	23,7	25,6
Juni	16,1	16,6	22,8	23,8
Juli	20,8	22,2	23,2	25,9
August	16,1	20,7	24,8	25,6
September	15,5	16,8	25,3	26,3
Oktober	13,3	16,0	27,2	29,7
November	14,1	15,3	31,2	40,7
Dezember	15,8	16,3	36,7	42,5

¹ Gegenüber den 15 wichtigsten Handelspartnern der Schweiz
Die Berechnung erfolgt einmal wöchentlich

aus den Vereinigten Staaten und auf die erste Einschätzung der mutmasslichen Auswirkungen der Preissteigerungen für Erdöl zurückgeführt.

Befestigung des Frankenkurses

Eine Wende am Devisenmarkt wurde durch die Aufhebung der amerikanischen Ausfuhrkontrollen für Kapital eingeleitet. Bis Ende März sank der Dollarkurs auf etwa 3 Franken. Dabei fiel die Abschwächung gegenüber dem Franken ausgeprägter aus als gegenüber anderen wichtigen Währungen. Ende April erreichte denn auch die mit den Exporten in die 15 wichtigsten Partnerländer gewichtete Höherbewertung des Schweizerfrankens (Basis 5. Mai 1971) den damaligen Höchstwert von 24%. In der Folge war der Dollarkurs weiterhin rückläufig, bis Mitte Mai die Erklärung der Währungsbehörden der USA, der Bundesrepublik und der Schweiz, notfalls gemeinsame Interventionen auf den Devisenmärkten vornehmen zu wollen, stützend wirkten. Bis Ende August wurden Kurse zwischen 2.92 Franken und 3.04 Franken notiert. Gegen Jahresende setzte eine neue Dollarschwäche ein, die wiederum im Verhältnis zum Schweizerfranken das grösste Ausmass annahm. Verglichen mit Anfang Mai 1971 betrug die Höherbewertung des Frankens gegenüber den anderen Währungen, gewichtet nach dem Anteil der betreffenden Länder an den schweizerischen Exporten, über 40%.

Massnahmen zum Schutze der Währung

Nach der Befestigung des Dollarkurses zu Beginn des Jahres hob der Bundesrat im Einvernehmen mit der Nationalbank am 1. Februar die Verordnung über die Anlage ausländischer Gelder auf. Mit Wirkung vom 21. Oktober wurde im Hinblick auf das in den vorausgegangenen Monaten relativ ruhige Geschehen an den Devisenmärkten auch die Verordnung über die Verzinsung ausländischer Gelder ausser Kraft gesetzt. Damit war von den ursprünglichen Massnahmen zum Schutze der Währung nur noch die Verordnung über die Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Geldern im Ausland in Kraft, die nach wie vor als Ergänzung zu Kreditbegrenzung und Emissionskontrolle zu verstehen war.

Im November des Berichtsjahres drängten sich im Gefolge des rapiden Kursanstiegs des Frankens neue Abwehrmassnahmen gegen den Zufluss von Auslandsgeldern auf. So führte der Bundesrat im Einvernehmen mit der Nationalbank mit Wirkung ab 21. November erneut ein Verzinsungsverbot für seit dem 31. Oktober 1974 neu entstandene ausländische Frankenguthaben ein. Wiederum wurde die Möglichkeit einer Kommissionsbelastung vorgesehen, wobei die Nationalbank den massgebenden Satz auf das Maximum von 3% pro Quartal festsetzte. Sodann wurden die nach dem genannten Stichtag neu entstandenen ausländischen Frankenguthaben zusätzlich mit Mindestguthaben belegt. Hiefür gelangten die im Kreditbeschluss vorgesehenen Hchstsatze zur Anwendung.

Bereits im Juli war für die im Devisengeschäft tätigen Banken eine Erweiterung der monatlichen Meldepflicht für Devisentermintransaktionen eingeführt worden. Diese Meldepflicht wurde Ende Oktober auf die dem Bankengesetz unterstellten Finanzgesellschaften ausgedehnt.

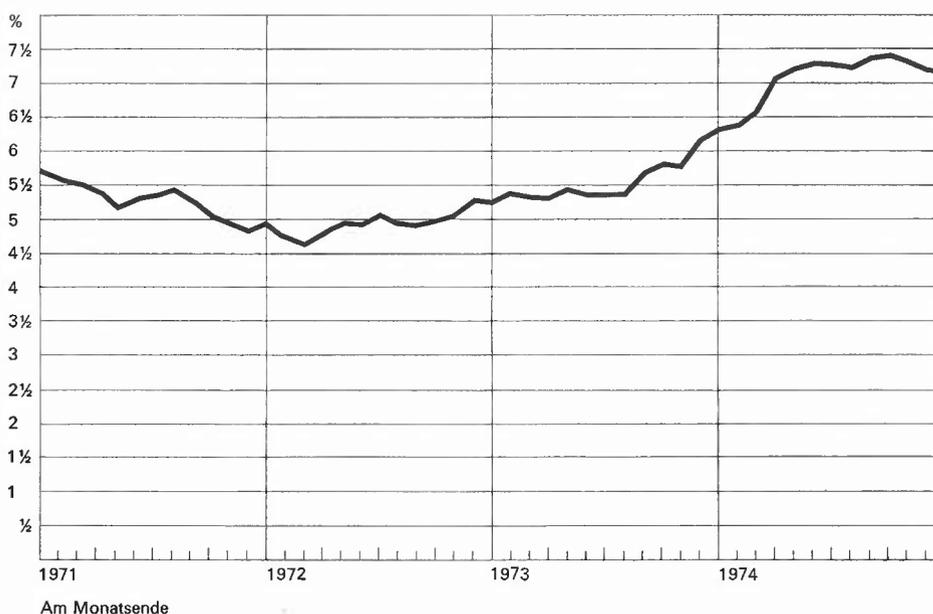
Hohe Mittelnachfrage am Kapitalmarkt

Im Berichtsjahr blieb die Emissionskontrolle weiterhin in Kraft. Sie hat die Aufgabe, die Kapitalmarktentwicklung in geordneten Bahnen zu halten. Die Nationalbank beschränkte die Neubeanspruchung des Marktes durch Emissionen inländischer Schuldner auf 3,9 Mrd Franken. Der Emissionskommission fiel die Aufgabe zu, die für die einzelnen Quartale festgelegten Quoten auf die einzelnen Schuldnerkategorien und Anleihsnehmer zu verteilen. Dabei wurde – wie schon im Vorjahr – der öffentlichen Hand und dem Energiesektor Priorität eingeräumt. Angesichts der Diskrepanz zwischen dem Umfang der Anleihswnsche und dem festgesetzten Plafond sah sich die Kommission gezwungen, bedeutende Rückstellungen, Kürzungen und Streichungen vorzunehmen.

So erreichten die Anmeldungen für das erste Quartal einen Umfang von 2,6 Mrd

Franken, währenddem die zulässige Quote lediglich auf 1,2 Mrd Franken festgesetzt werden konnte. In den ersten Monaten des Jahres übten die an den internationalen Märkten bezahlten hohen Sätze für kurzfristige Gelder eine grosse Anziehungskraft auf üblicherweise längerfristig investierte Gelder aus. Unter diesen Umständen war bei verschiedenen Anleihsenmissionen ein Misserfolg zu verzeichnen. Einzelne Anleihsenbeträge mussten gekürzt und die Zinssätze in rascher Folge um dreimal je ¼% erhöht werden.

Rendite schweizerischer Staatswerte



Im zweiten Quartal wurde der Emissionsplafond auf 1 Mrd Franken festgelegt. Trotz einer Erhöhung der Zinssätze um ½% im April kam es im folgenden Monat zu weiteren Emissionsmisserfolgen, so dass die Sätze erneut um ¼% angehoben werden mussten. Als Mitte Mai die kürzerfristige Tranche einer Bundesanleihe nur zu einem kleinen Teil plziert werden konnte, ergriff die Nationalbank zusätzliche Massnahmen zur Stabilisierung des Kapitalmarktes. Sie nahm einen Teil der nicht gezeichneten Bundestitel in ihr Portefeuille und kompensierte die damit verbundene Liquiditätsschöpfung durch die Plzierung von Sterilisierungsreskriptionen bei Grossbanken. Gleichzeitig begann sie mit einer Kurspflege für Bundestitel und unterband vorübergehend den Kapitalexport in der Form von Anleihen und mittelfristigen Schuldverschreibungen. Schliesslich wurde für das dritte Quartal lediglich ein Emissionsplafond von 700 Mio Franken bewilligt, obwohl die Anmeldungen 1,7 Mrd Franken erreicht hatten.

Diese Massnahmen hatten die angestrebte stabilisierende Wirkung. Die Rendite der

Stabilisierungsmassnahmen

Emissionstätigkeit
 Beträge in Mio Franken

Emittenten	Anzahl 1974	Emissions- wert	Konver- sionen	Neubean- spruchung	Rückzah- lungen	Nettobeanspruchung 1974	1973
<i>Schweizerische Obligationenanleihen</i>							
Bund	4	795,5	320,0	475,5	–	475,5	190,8
Kantone	30	727,3	183,0	544,3	–	544,3	741,8
Gemeinden	51	540,5	61,0	479,5	–	479,5	651,9
Kraftwerke	40	1 344,1	370,0	974,1	20,0	954,1	492,2
Industrie	10	154,2	6,5	147,7	–	147,7	260,4
Handel, Vermittlung	5	61,1	2,0	59,1	–	59,1	34,3
Banken	36	862,3	307,0	555,3	–	555,3	557,8
Pfandbriefzentralen	8	398,3	126,0	272,3	–	272,3	159,3
Holdinggesellschaften	8	203,8	–	203,8	–	203,8	236,8
Übrige	13	240,8	8,5	232,3	2,0	230,3	266,6
Total	205	5 327,9	1 384,0	3 943,9	22,0	3 921,9	3 591,9
<i>Ausländische Obligationenanleihen</i>							
Total	29	1 011,3	–	1 011,3	559,2	452,1	2 220,3
<i>Schweizerische Aktienemissionen</i>							
Kraftwerke	3	64,5	–	64,5	–	64,5	27,0
Industrie	20	183,4	–	183,4	7,5	175,9	163,5
Handel, Vermittlung	3	18,0	–	18,0	–	18,0	–
Banken	11	227,5	–	227,5	–	227,5	334,0
Holdinggesellschaften	6	93,6	–	93,6	62,0	31,6	161,6
Versicherungsgesellsch.	2	5,7	–	5,7	–	5,7	8,0
Übrige	10	23,1	–	23,1	14,6	8,5	–37,3
Total	55	615,8	–	615,8	84,1	531,7	656,8
Gesamttotal	289	6 955,0	1 384,0	5 571,0	665,3	4 905,7	6 469,0

eidgenössischen Anleihen, die bis Mitte Mai um 1,13% auf 7,44% angestiegen war, pendelte im Juni und Juli zwischen 7,2% und 7,3%. Eine Reihe von Anleihen konnten zu 8% bei teilweise verkürzten Laufzeiten plaziert werden. Auch nach der üblichen Sommerpause am Kapitalmarkt hielt die Beruhigung an.

Tendenz zum Gleichgewicht

Nachdem im September wieder vereinzelte Misserfolge bei Anleihssemissionen auftraten, vermochte der Markt in den letzten Monaten des Berichtsjahres nach Wiedereinfüh-

rung der Satzifferenzierung nach Schuldnerkategorien unter Beibehaltung des Niveaus für allererste Adressen ein neues Gleichgewicht zu finden. Im November konnte eine Bundesanleihe von 150 Mio Franken gut plaziert werden. Die Rendite eidgenössischer Anleihen, die im dritten Quartal wieder auf rund 7,4% gestiegen war, bildete sich bis zum Jahresende auf 7,17% zurück. Unter diesen Umständen konnten die Interventionskäufe der Nationalbank, die schon im dritten Quartal bescheiden gewesen waren, eingeschränkt und sogar wieder Verkäufe durchgeführt werden. Die Wiedereinführung des Verzinsungsverbotes und der Kommissionsbelastung hatte zusammen mit dem Rückgang der kurzfristigen Zinssätze zur Folge, dass in grösserem Umfange Gelder Anlage in Wertpapieren suchten, was dem Markt eine zusätzliche Stütze verschaffte.

Einschränkungen beim Kapitalexport

Im Zusammenhang mit der Aufhebung des Anlageverbotes für ausländische Gelder suspendierte die Nationalbank mit Wirkung ab 1. Februar auch die Bestimmung, die auf dem Wege über bewilligungspflichtige Kapitalexportgeschäfte erworbenen Schweizerfranken in der Schweiz, davon 10% bei der Nationalbank, in ausländische Währung zu konvertieren. Bei auf Schweizerfranken lautenden Anleihen ausländischer Schuldner wurde gleichzeitig die Zuteilungsbeschränkung, wonach mindestens 65% der Titel an Inländer abzugeben waren, aufgehoben; für mittelfristige Schuldverschreibungen fiel diese Bestimmung Mitte August weg.

Für Februar und März wurde die Emission von auf Schweizerfranken lautenden ausländischen Anleihen auf 240 Mio Franken beschränkt. Mittelfristige Schuldverschreibungen durften im ersten Quartal bis zu 75% des im Vorjahr erreichten Quartalsdurchschnitts plaziert werden. Die gleiche Regelung wurde für Kredite vorgesehen, wobei Exportkredite ausgenommen wurden. Nach der Ende Mai beschlossenen vorübergehenden Sistierung des Kapitalexportes in der Form von Anleihen und mittelfristigen Schuldverschreibungen wurde die Ausgabe der letzteren ab Mitte August mit den gleichen Einschränkungen wie im ersten Quartal wieder zugelassen. Für auf Schweizerfranken lautende Auslandsanleihen wurde für die Monate September und Oktober ein Plafond von 240 Mio Franken festgelegt. Für Kredite und Darlehen wurde im dritten Quartal eine leichte Lockerung der in Kraft stehenden Bestimmungen beschlossen. Während die Plafonierung für mittelfristige Schuldverschreibungen bis zum Jahresende unverändert blieb, war für auf Schweizerfranken lautende Auslandsanleihen in den beiden letzten Monaten ein etwas tieferer Maximalbetrag von 200 Mio Franken einzuhalten.

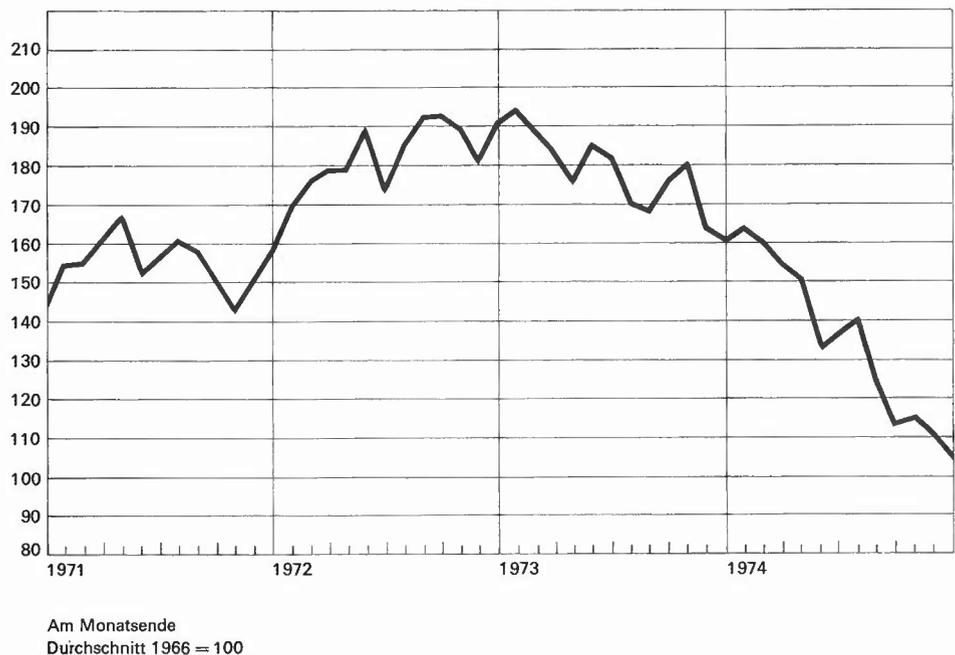
Im Rahmen der neuen Massnahmen zum Schutze der Währung führte die National-

Vorübergehende Sistierung
des Kapitalexportes

bank mit Wirkung ab 28. November wiederum eine Konversionspflicht für Kapitalexportgeschäfte ein. Am 19. Dezember wurde die diesbezügliche Bestimmung insofern verschärft, als solche Transaktionen künftig über die Nationalbank abzuwickeln waren.

Die Nationalbank bewilligte im Berichtsjahr Emissionen von auf Schweizerfranken lautenden ausländischen Anleihen im Gesamtbetrag von 1011 Mio Franken, d.h. 1865 Mio Franken weniger als im Vorjahr. Die Plazierung mittelfristiger Schuldverschreibungen beliefen sich auf 2769 Mio Franken, verglichen mit 3408 Mio Franken im Jahre 1973. Ferner bewilligte sie Kredite an das Ausland im Betrage von 1876 Mio Franken (1973: 3160 Mio Franken).

Schweizerischer Aktienindex



Baisse an den Aktienmärkten

Von kurzen Erholungen vorwiegend technischer Natur abgesehen, standen die Aktienmärkte während des ganzen Jahres unter dem Einfluss von Baissetendenzen. Der Aktienindex der Nationalbank ging gegenüber dem am Ende des Vorjahres erreichten Stand von 160,1 Punkten auf einen Jahresendstand von 104,7 Punkten zurück. Sein höchstes Niveau erreichte er im Februar mit 170,1.

Häufigste Zinssätze

in Prozent

	Oktober 1974	Oktober 1973
Debitorenrechnungen ¹		
Blankokredite		
Grossbanken	7 ½	6 ¼
Lokalbanken und Regionalbanken	7 –7 ¾	6 –6 ¾
Gedekte Kredite		
Kantonalbanken	6 ¼–7 ¼	5 ¼–6 ¼
Grossbanken	7 –7 ¼	6 –6 ¼
Lokalbanken und Regionalbanken	6 ½–7 ½	5 ½–6 ½
Baukredite ¹		
Kantonalbanken	6 ½–7 ¼	5 ½–6 ¼
Grossbanken	7 –7 ½	5 ¾–6 ¼
Lokalbanken und Regionalbanken	6 ¾–7 ½	5 ½–6 ½
Erste Hypotheken		
Allgemeiner Wohnungsbau		
Bestehende Darlehen		
Kantonalbanken	5 ¼–6 ¼	5 ¼–5 ¾
Grossbanken	6 –6 ½	5 ½–6
Lokalbanken und Regionalbanken	6 –6 ¾	5 ¼–6
Sparkassen	6 –6 ½	5 ¼–5 ¾
Neue Darlehen		
Kantonalbanken	6 –7	5 ¼–5 ¾
Grossbanken	6 ¾–7 ¼	5 ¾–6 ¼
Lokalbanken und Regionalbanken	6 ½–7	5 ½–6 ¼
Sparkassen	6 ¼–7	5 ½–6

¹ Zu den Zinssätzen kam noch eine Kommission von 1/8% bis 1/4% pro Quartal oder Semester hinzu

*Veränderungen
der Zinssätze*

in Prozent

	Ende 1974	Ende 1973
Offizieller Diskontsatz	5 ½	4 ½
Lombardsatz	6	5 ¼
Privatdiskontsatz	7	5 ½
Festgelder		
3– 5 Monate	6	5 ½
6–11 Monate	6 ¼	5 ½
12 Monate	6 ½	5 ½
Spareinlagen bei Kantonalbanken	4.98	4.15
Kassaobligationen		
3 Jahre	7 ¼	5 ¼
4 Jahre	7 ¼	5 ¼
5 Jahre	7 ½	5 ½
6 Jahre	7 ½	5 ½
7 Jahre	7 ¾	5 ½
8 Jahre	7 ¾	5 ½
Anleihen		
Eidgenössische	7 ¾	5 ¾
Kantone, Gemeinden	8 –8 ¼	6
Banken	8 ¼	6
Kraftwerke	8 ½–8 ¾	6 ¼
Industrie	8 ½–8 ¾	6 ½
Durchschnittsrendite der Bundesanleihen¹	7.17	6.31

¹ Maximum: 7.44 (Mai)
Minimum: 6.26 (Januar)

Geld- und währungspolitische Massnahmen im Jahre 1974

I. Bundesbeschluss über den Schutz der Währung vom 8. Oktober 1971

28. Juni Verlängerung bis 15. Oktober 1977. Obligatorisches Referendum von Volk und Ständen im Jahre 1975
1. Februar *1. Bundesratsbeschluss betreffend Verbot der Anlage ausländischer Gelder in inländische Grundstücke vom 26. Juni 1972*
Aufgehoben und ersetzt durch Bundesbeschluss vom 23. März 1961/21. März 1973 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland
1. Februar *2. Verordnung über die Anlage ausländischer Gelder vom 26. Juni 1972*
Aufgehoben
21. Oktober *3. Verordnung über die Verzinsung ausländischer Gelder vom 4. Juli 1972*
Aufgehoben (Verzinsungsverbot)
21. November *4. Verordnung über Massnahmen gegen den Zufluss ausländischer Gelder vom 20. November 1974*
Die seit dem 31. Oktober 1974 zugeflossenen ausländischen Gelder (Bankguthaben in Schweizerfranken einschliesslich Treuhandgelder) unterliegen
– einem Verzinsungsverbot
– einer Kommissionsbelastung von bis zu 3% pro Quartal
Die Nationalbank setzt die Kommissionsbelastung auf 3% fest und begrenzt aufgrund der Verordnung das Volumen der Terminverkäufe von Schweizerfranken an Ausländer auf den Stand vom 31. Oktober 1974
- 5. Verordnung über die Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Geldern im Ausland vom 5. Juli 1972/16. April 1973*
Ganzes Jahr unverändert in Kraft
- 6. Verordnung über die Fremdwährungspositionen der Banken vom 5. Juli/11. Oktober 1972*
Seit 1. Oktober 1973 suspendiert

7. *Verordnung über Anwendung der Massnahmen zum Schutze der Währung auf das Fürstentum Liechtenstein vom 4. Juli 1973*

Ganzes Jahr unverändert in Kraft

(Die Verordnung über Massnahmen gegen den Zufluss ausländischer Gelder vom 20. November 1974 behandelt das Fürstentum Liechtenstein zum vornherein als Inland)

II. Bundesbeschluss über Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens vom 20. Dezember 1972

Verordnung über Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens vom 10. Januar 1973

1. Oktober Der Bundesrat unterstellt auch Emissionen von weniger als 5 Mio Franken der durch die Emissionskontrolle statuierten Genehmigungspflicht

1. Mindestguthaben auf Inlandgeldern

4. Januar Verlängerung der Einzahlungsfrist für die am 20. Dezember 1973 vorübergehend freigegebenen 20% der Mindestguthaben auf dem per Ende Oktober 1973 gemeldeten Stand, auf den 4. Februar 1974

25. Januar Verzicht auf Wiedereinzahlung der am 20. Dezember 1973 freigegebenen 20% der Mindestguthaben

Weitere Herabsetzung der Mindestguthaben um 20% auf dem Stand per Ende Dezember 1973; es werden fortan nur noch 60% des Sollbestandes eingefordert, der aus der Anwendung der seit 31. Oktober 1973 gültigen Reservesätze resultiert

8. April Der Sollbestand wird ab Ende April (Meldungen per Ende März) nur zu 45% eingefordert

4. Juni Der effektive Sollbestand wird fortan auf die nächsten 10000 Franken abgerundet (Meldungen per Ende Mai)

28. Juni Der Sollbetrag wird ab Ende Juni (Meldungen per Ende Mai) nur zu 33% eingefordert

27. August Die inländischen Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte sowie die Kassenobligationen werden von der Mindestguthabenpflicht befreit (diese Massnahme wirkt sich erstmals auf dem Stand der Meldungen per Ende Juli aus)

8. Oktober Der Sollbetrag wird ab Ende Oktober (Meldungen per Ende September) nur zu 20% eingefordert

25. November Die Mindestguthaben werden gänzlich freigegeben; die inländischen Verbindlichkeiten der Banken werden von der Mindestguthabenpflicht befreit; die Salden auf Konto Mindestguthaben Inland werden Wert 26. November auf Girokonto übertragen; die Meldepflicht besteht weiterhin

2. Mindestguthaben auf Auslandsgeldern

4. Januar Verlängerung der Einzahlungsfrist für die am 20. Dezember 1973 vorübergehend freigegebenen 20% der Mindestguthaben auf dem per Ende Oktober 1973 gemeldeten Stand, auf den 4. Februar 1974

25. Januar Verzicht auf Wiedereinzahlung der am 20. Dezember 1973 freigegebenen 20% der Mindestguthaben
Weitere Herabsetzung der Mindestguthaben um 20% auf dem Stand per Ende Dezember 1973; es werden fortan nur noch 60% des Sollbestandes eingefordert, der aus der Anwendung der seit 31. Oktober 1973 gültigen Reservesätze resultiert

8. April Der Sollbestand wird ab Ende April (Meldungen per Ende März) nur zu 45% eingefordert

4. Juni Der effektive Sollbestand wird fortan auf die nächsten 10000 Franken abgerundet (Meldungen per Ende Mai)

24. Juni Der Sollbetrag wird ab Ende Juni (Meldungen per Ende Mai) nur zu 33% eingefordert

8. Oktober Der Sollbetrag wird ab Ende Oktober (Meldungen per Ende September) nur zu 20% eingefordert

1. November Die Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte werden von der Mindestguthabenpflicht befreit; (diese Massnahme wirkt sich erstmals auf dem Stand der Meldungen per Ende Oktober aus)

29. November Es wird eine zusätzliche Mindestguthabenbelastung eingeführt, welche auf dem Zuwachs der ausländischen Verbindlichkeiten in Schweizerfranken ab Ende Oktober 1974 bis Ende des Erhebungsmonats – erstmals per Ende November – berechnet wird

Die Ansätze sind folgende:

Bankenkreditoren auf Sicht und Zeit	24%
Kreditoren auf Sicht	24%
Kreditoren auf Zeit	18%

Im Inland angelegte ausländische

Treuhandgelder	18%
----------------	-----

Die aufgrund dieser Ansätze sich ergebenden Beträge werden ohne jeglichen Abzug erhoben

3. Kreditbegrenzung

13. Februar Bundesrat und Nationalbank beschliessen ein zeitlich nicht befristetes Härtekontingent von 150 Mio Franken für dringliche Tiefbauten; (am 23. Juli 1973 war für die Periode 1. August 1973 – 31. Juli 1974 ein Härtekontingent von 500 Mio Franken für den preisgünstigen Wohnungsbau und unaufschiebbare Bauten der Infrastruktur beschlossen worden)
23. April Der zulässige Kreditzuwachs für die Periode 1. August 1973 bis 31. Juli 1974 wird nachträglich um 1% auf 7% des am 31. Juli 1972 zulässigen Standes erhöht (Sonderkreditzuwachsrate von 1% im Hinblick auf die Finanzierung der verteuerten Rohstoffimporte) Einforderung von 30% des Betrages, um den der per 31. Juli 1974 zulässige Kreditstand am 28. Februar 1974 überschritten wurde, auf Sperrkonto bei der Nationalbank (Einzahlungstermin 10. Mai)
18. Juli Erlass der Ausführungsbestimmungen III: der zulässige Kreditzuwachs in der Periode 1. August 1974 bis 31. Juli 1975 wird auf 7% des am 31. Juli 1972 zulässigen Standes festgesetzt¹; den Banken wird eine Ausnützung der Zuwachsquote pro rata temporis empfohlen; Bildung eines Härtekontingentes von 800 Mio Franken für die Ausarbeitung von Bauprojekten bis zur Baureife, für unaufschiebbare Bauten der Infrastruktur sowie für den preisgünstigen Wohnungsbau
10. August Freigabe der am 10. Mai auf Sperrkonto eingezahlten Beträge nach dreimonatiger Sperrfrist
6. September Der sanktionspflichtige Betrag der Kreditüberschreitungen per 31. Juli 1974 wird wie folgt ermittelt: vom Betrag der Überschreitung des am 31. Juli 1974 zulässigen Kreditstandes werden jene Einzahlungen auf Sperrkonto bei der Nationalbank abgezogen, die aufgrund der Überschreitungen per 31. Juli 1973 und per 28. Februar 1974 geleistet worden waren
- Der sanktionspflichtige Überschreibungsbetrag wird zu 100%, jedoch nur ratenweise eingefordert; am 20. September ist eine erste Rate von 50% für drei Monate einzuzahlen; die restlichen 50% werden in drei gleichen Teilen (16²/3%) für je drei weitere Monate eingefordert
- Mitteilung an die Banken, dass fortan alle drei Monate der volle Betrag der Überschreitungen zu deponieren sein wird

¹ Zum Stand der inländischen Kredite per 31. Juli 1972 werden die am 31. Juli 1973 ausstehenden Kredite an Schuldner mit Wohnsitz oder Sitz im Fürstentum Liechtenstein hinzugerechnet

9. Dezember Einforderung von 100% des Betrages, um den der per 31. Juli 1975 zulässige Kreditstand am 31. Oktober 1974 überschritten wurde (Einzahlungstermin 20. Dezember); gleichzeitig werden $\frac{2}{3}$ des aufgrund der Überschreitungen per 31. Juli 1974 eingeforderten Betrages ($33\frac{1}{3}\%$ des sanktionspflichtigen Überschreibungsbetrages) freigegeben

4. Emissionskontrolle

Begrenzung des Volumens der Begebung schweizerischer Obligationenanleihen auf 3,9 Mrd Franken (ohne Konversionsbeträge und ohne Kleinanleihen unter 5 Mio Franken)

III. Genehmigungspflichtiger Kapitalexport

1. Februar Aufhebung der Konversionspflicht bei Kapitalexportgeschäften in Schweizerfranken (10% des Frankenerlöses bei der Nationalbank gegen Dollars, 90% am Markte in der Schweiz)

Aufhebung der Quotenregelung für ausländische Frankenanleihen, wonach mindestens 65% des Betrages an inländische Zeichner abgegeben werden mussten

Begrenzung des Emissionsprogrammes ausländischer Obligationenanleihen in Schweizerfranken auf 240 Mio Franken und des Betrages pro Emission auf 60 Mio Franken für die Monate Februar und März

Begrenzung der Notes-Emissionen für das 1. Quartal auf 75% des 1973 durchschnittlich pro Quartal bewilligten Volumens sowie pro Geschäft auf 100 Mio Franken

Begrenzung der Kredite und Darlehen an das Ausland für das 1. Quartal auf 75% des 1973 durchschnittlich pro Quartal bewilligten Betrages sowie pro Geschäft auf 100 Mio Franken; von der Begrenzung ausgenommen sind Kredite, die der Finanzierung schweizerischer Exporte dienen

27. Mai Sistierung des Kapitalexportes in Form von Anleihen und Notes im Rahmen eines Massnahmenpaketes zur Stabilisierung des einheimischen Kapitalmarktes; die Emission von nicht genehmigungspflichtigen Anleihen unter 10 Mio Franken ist unerwünscht

26. Juli Mit Wirkung ab 16. August können wieder Notes plaziert werden; Begrenzung des Emissionsprogrammes für das 3. Quartal auf 75% des 1973 durchschnittlich pro Quartal bewilligten Betrages; unausgenützte Quoten des 2. Quartals können übertragen werden
Aufhebung der Quotenregelung, wonach mindestens 65% des Betrages an inländische Zeichner abgegeben werden mussten

Mit Wirkung ab 1. September können wieder ausländische Anleihen begeben werden; das Emissionsvolumen wird für September und Oktober auf total 240 Mio Franken festgesetzt; Emissionen von Anleihen unter 10 Mio Franken sind weiterhin nicht erwünscht; sie müssten dem für ausländische Anleihen insgesamt vorgesehenen Plafond angerechnet werden

Begrenzung der Kredite und Darlehen an das Ausland für das 3. Quartal auf einen Viertel des 1973 bewilligten Betrages; bei Krediten und Darlehen werden ausserdem Konversionen, Fremdwährungsgeschäfte und Verlängerungen von der Begrenzung ausgenommen; die Abgabe von Unterbeteiligungen bei Krediten und Darlehen an Ausländer ist wieder zulässig

20. August Die Mindeststückelung von Notes wird mit sofortiger Wirkung für in- und ausländische Zeichner auf einheitlich 50000 Franken festgesetzt
17. Oktober Begrenzung des Emissionsprogrammes ausländischer Obligationenanleihen in Schweizerfranken auf 200 Mio Franken für die Monate November und Dezember; davon sind 40 Mio Franken für die kleinen Emissionssyndikate reserviert
Begrenzung der Notes-Emissionen für das 4. Quartal auf 75% des 1973 durchschnittlich pro Quartal bewilligten Volumens; unausgenützte Quoten des 3. Quartals können nicht übertragen werden
Begrenzung der Kredite und Darlehen an das Ausland für das 4. Quartal auf einen Viertel des 1973 bewilligten Betrages
28. November Wiedereinführung der Konversionspflicht für alle genehmigungspflichtigen Kapitalexportgeschäfte; der Schweizerfrankenbetrag ist unverzüglich zu 100% in der Schweiz in ausländische Währung zu konvertieren
19. Dezember Der Schweizerfrankenbetrag aus Kapitalexportgeschäften ist zu 100% bei der Nationalbank zu konvertieren

D. Bankbehörden, Direktorium und Direktion

Mutationen in den *Bankbehörden*:

Bankrat

Mit dem Erreichen der Altersgrenze sind die folgenden Herren aus dem Bankrat ausgeschieden:

L. Burrus, Mitglied seit 1967

Dr. R. Devrient, Mitglied seit 1963

A. Gisling, Mitglied seit 1965

W. F. Siegenthaler, Mitglied seit 1959

Dr. h. c. Th. Waldesbühl, Mitglied seit 1967

Der Bundesrat bzw. die Generalversammlung der Aktionäre haben die folgenden Herren neu als Mitglieder des Bankrates gewählt:

Dr. A. Fürer, Generaldirektor der Nestlé Alimentana A.G., Chardonne

P. Gaibrois, Delegierter des Verwaltungsrates der Tornos S.A., fabrique de machines Moutier, Moutier

Dr. R. Givel, Direktor der Banque Vaudoise de Crédit, Lausanne

Dr. M. E. Eisenring, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft, Rüslikon

F. Moser, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Stettlen

Bankausschuss

Mit dem Erreichen der Altersgrenze ist Herr Dr. R. Devrient, Mitglied seit 1965, ausgeschieden

Als neues Mitglied ist Herr Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch & Cie, Collonge-Bellerive, gewählt worden

Revisionskommission

Herr A. Travelletti, Ersatzmann seit 1969, ist aus der Revisionskommission ausgeschieden

Die Generalversammlung der Aktionäre hat Herrn G. Grenier, Direktor der Caisse d'Épargne de la République et Canton de Genève, Genf, neu gewählt

Lokalkomitees

Mit dem Erreichen der Altersgrenze sind folgende Herren aus Lokalkomitees ausgeschieden:

F. Antognini, Mitglied des Lokalkomitees Lugano seit 1951, Vorsitzender seit 1955

J. Duckert, Mitglied des Lokalkomitees Genf seit 1953, Vorsitzender seit 1972

Im Frühjahr 1974 war der Hinschied von Herrn W. Wüthrich, Mitglied des Lokalkomitees Neuenburg seit 1964, Vorsitzender seit 1973, zu beklagen

Durch die zuständigen Bankbehörden wurden folgende Herren neu gewählt:

Genf

zum *Vorsitzenden*

Dr. E. Bordier, Mitglied seit 1955, Stellvertreter des Vorsitzenden seit 1972

zum *Stellvertreter des Vorsitzenden*

Dr. Ch. Aubert, Mitglied seit 1972

zum *Mitglied*

J. Pfau, Generaldirektor der Charmilles Maschinenbau A.G., Collonge-Bellerive

Lugano

zum *Vorsitzenden*

L. Antonini, Mitglied seit 1969, Stellvertreter des Vorsitzenden seit 1972

zum *Stellvertreter des Vorsitzenden*

Dr. P. Poggioli, Mitglied seit 1972

zum *Mitglied*

P. Melera, Direktor der Saceba, Società Anonima Cementi, Castel S. Pietro

Neuenburg

zum *Vorsitzenden*

A. Grisel, Mitglied seit 1970, Stellvertreter des Vorsitzenden seit 1973

zum *Stellvertreter des Vorsitzenden*

P. Kiefer, Mitglied seit 1973

zum *Mitglied*

E. Haas, Generaldirektor der «Neuenburger» Schweizerische Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft, St-Blaise

Den aus den Bankbehörden ausgeschiedenen Herren danken wir für die der Nationalbank geleisteten guten Dienste auch an dieser Stelle bestens

Mutationen im *Direktorium*:

Auf das Ende des Geschäftsjahres ist Herr Dr. E. Stopper von seinem Amt als Präsident des Direktoriums und Vorsteher des I. Departementes zurückgetreten.

Herr Dr. Stopper trat am 1. September 1966 nach einer erfolgreichen Laufbahn in der Bundesverwaltung als Präsident des Direktoriums und Vorsteher des I. Departementes in die Dienste der Nationalbank. In seiner rund achtjährigen Amtszeit hat er aufgrund der ihm eigenen Zielstrebigkeit und Tatkraft den Kurs der schweizerischen Geld- und Währungspolitik massgeblich mitbestimmt. Er hat sich dabei auf nationaler und internationaler Ebene bleibende Verdienste und hohes Ansehen erworben. Für seine wertvollen Dienste möchten wir Herrn Dr. Stopper auch an dieser Stelle bestens danken.

Der Bundesrat hat mit Amtsantritt am 1. Mai 1974 gewählt:

zum Präsidenten des Direktoriums und Vorsteher des I. Departementes:

Dr. F. Leutwiler, bisher Mitglied des Direktoriums und Vorsteher des III. Departementes

zum Mitglied des Direktoriums und Vorsteher des III. Departementes:

Prof. Dr. L. Schürmann, der neu in die Dienste der Nationalbank getreten ist

Mutationen in der Direktion:

Mit dem Erreichen der Altersgrenze sind die folgenden Herren aus der Nationalbank ausgeschieden:

Dr. W. Kull, Direktor, Stellvertreter des Vorstehers des I. Departementes

E. Colombo, Direktor, Stellvertreter des Vorstehers des III. Departementes

O. Heyer, Vizedirektor

Für die der Nationalbank während Jahrzehnten geleisteten wertvollen Dienste möchten wir auch diesen Herren unseren besten Dank aussprechen

Der Bankausschuss hat mit Wirkung ab 1. Juli 1974 folgende Ernennungen vorgenommen:

zum *stellvertretenden Direktor*

H. Stahel, Vizedirektor und Chef der Devisenabteilung

zu *Vizedirektoren*

D. Kaeser, Prokurist der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung

W. Obi, Prokurist der Kontrollabteilung, der neu dem III. Departement zugeteilt wurde

Ferner hat der Bankausschuss mit Wirkung ab 1. Januar 1975 folgende Ernennungen vorgenommen:

zum *Rechtskonsulenten*

Dr. P. C. Gutzwiller, Prokurist der Rechtsabteilung

zu *Vizedirektoren* des Sitzes Bern

H. Hulliger, Abteilungsvorsteher und I. Kassier

M. Isenschmid, Abteilungsvorsteher und Wertschriftenchef

zum *Stellvertreter des Direktors* der Zweiganstalt Neuenburg

Ch. Girod, Wertschriftenchef

Jahresrechnung

1. Allgemeine Erläuterungen

2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1974

3. Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1974

Allgemeine Erläuterungen

Die Jahresschlussbilanz auf den 31. Dezember 1974 weist ein Total von 33,3 Mrd Franken auf, d. h. rund 1,0 Mrd mehr als vor Jahresfrist.

Unter den Aktiven figurieren als wichtigste Posten der Goldbestand mit 11,9 Mrd Franken (unverändert) und der Devisenbestand mit 11,6 Mrd Franken. Auf ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken entfallen 5,4 Mrd Franken. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnen die Devisen eine Abnahme von 0,9 Mrd Franken, währenddem sich die ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken um 0,8 Mrd Franken erhöht haben. Das Inlandportefeuille wird mit 2,7 Mrd Franken (+1,6 Mrd) ausgewiesen, die Lombardvorschüsse erreichen den Betrag von 0,7 Mrd Franken (+0,1 Mrd). Die Schuldverpflichtung des Bundes gemäss Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1971 wurde zu Lasten der Rückstellung für Währungs- und Kursrisiken um 622 Mio Franken auf 621514066.53 Franken reduziert.

Bei den Passiven erhöhte sich der Notenumlauf gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mrd auf 19,4 Mrd Franken. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten von total 10,4 Mrd Franken verzeichnen eine Zunahme von 1,4 Mrd, die sich aus einer Erhöhung der Girogelder um 1,1 Mrd und einer solchen der Bundesguthaben um 0,3 Mrd ergibt. Die Mindestguthaben der Banken belaufen sich auf 0,3 Mrd Franken oder rund 2,5 Mrd weniger als vor Jahresfrist. Die Abnahme ist auf die Freigabe der Mindestguthaben von Banken auf inländischen Verbindlichkeiten (-1,6 Mrd) und einen Abbau derjenigen auf ausländischen Verbindlichkeiten um 0,9 Mrd Franken zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten auf Zeit betragen 1,2 Mrd Franken, d. h. 1,0 Mrd mehr als vor Jahresfrist. Auf die Sterilisierungsreskriptionen entfallen 0,2 Mrd (+0,1 Mrd) und auf die Sonderkonti (Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses) 1,0 Mrd (+0,9 Mrd).

Vom ausgewiesenen Devisenbestand war am Jahresende ein Teil im Rahmen des Swapabkommens mit der Federal Reserve Bank of New York kursgesichert, nämlich 978,6 Mio Dollar, wovon 7,4 Mio aus einer Ziehung kurz vor Jahresende herrührten. Die aus dem Jahr 1973 übertragenen 971,2 Mio Dollar sind unverändert zu 3.7535 im Inventar eingestellt. Weitere 1539,5 Mio Dollar, die zu den Kassakursen bilanziert sind, stammen aus Swap-Abschlüssen mit schweizerischen Banken. Der aus dem Jahr 1973 vorgetragene, nicht kursgesicherte Dollarbestand wurde zu Lasten der laufenden Ertragsrechnung von 3.37 auf 3.– abgeschrieben. Schliesslich ist der Restbetrag der im Laufe des Jahres hauptsächlich aus Erträgen zugeflossenen Dollars, die nicht wieder für Zahlungen nach dem Ausland Verwendung fanden, zu 2.60 in die Bilanz aufgenommen worden.

Vor Abschluss der Rechnung wurden aus den Zinseinnahmen auf Dollaranlagen sowie ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken 232 Mio Franken in die ausgewiesene Rückstellung für Währungs- und Kursrisiken gelegt. Eine weitere Ent-

nahme aus den gleichen Einnahmen geschah zugunsten einer dem selben Zweck dienenden internen Rückstellung.

In der veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnung erscheint auf der Ertragsseite als wichtigster Posten der Gold- und Devisenertrag mit 128,4 Mio Franken oder 11,1 Mio weniger als im Vorjahr. Er repräsentiert Zinseinnahmen auf den für den laufenden Bedarf gehaltenen Dollarbeständen sowie Erträge aus Ultimo-Swaps mit den Banken. Die Einnahmen aus dem inländischen Geschäft haben gegenüber dem Vorjahr stark zugenommen: Diskontoertrag und Inkassogebühren 28,6 Mio Franken (+23,1 Mio), Ertrag des Lombardgeschäftes 6,1 Mio Franken (+3,3 Mio), Ertrag der eigenen Wertschriften 2,0 Mio Franken (+1,1 Mio).

Verwaltungskosten, Passivzinsen, Anfertigungskosten für Banknoten, Aufwendungen für die Bankgebäude, Abschreibungen auf Mobiliar und Steuern erforderten insgesamt 88,3 Mio Franken, gegenüber 56,0 Mio im Vorjahr. Nach Äufnung der Rückstellungen für die Herstellung der neuen Banknoten, für nicht versicherte Schadenfälle, für den Um- und Neubau von Bankgebäuden und für Sterilisierungskosten im Gesamtbetrag von 70,0 Mio Franken (1973: 85,4 Mio) sowie einer Zuwendung an die Fürsorgeeinrichtungen der Bank von 3 Mio Franken verbleibt ein Reingewinn von 7 515 826.40 Franken.

Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen auf 31. Dezember 1974

Aufwand

Verwaltungskosten		
Bankbehörden	Fr. 487 115.40	
Personal	Fr. 24 806 329.—	
Geschäfts- und Bureaukosten	Fr. 6 055 746.21	
Verschiedenes	Fr. 2 327 820.09	Fr. 33 677 010.70
Zinsen auf Bundesschatzanweisungen		Fr. 20 949 425.45
Zinsen an Deponenten		Fr. 1 236 716.45
Aufwendungen für Bankgebäude		Fr. 14 543 151.67
Abschreibungen auf Mobiliar		Fr. 1 247 002.90
Banknotenherstellungskosten		Fr. 13 743 519.30
Steuern		Fr. 2 914 597.50
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten		Fr. 20 000 000.—
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle		Fr. 20 000 000.—
Rückstellung für Bankgebäude		Fr. 20 000 000.—
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen		Fr. 10 000 000.—
Zuwendung an die Fürsorgeeinrichtungen der Bank		Fr. 3 000 000.—
Reingewinn		Fr. 7 515 826.40
		<u>Fr. 168 827 250.37</u>

Ertrag

Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Fr. 128 389 015.69
Diskontoertrag und Inkassogebühren	Fr. 28 599 549.59
Ertrag des Lombardgeschäftes	Fr. 6 121 232.20
Ertrag der eigenen Wertschriften	Fr. 2 019 886.70
Zinsen von Inlandkorrespondenten	Fr. 888 905.75
Kommissionen	Fr. 2 387 423.84
Übrige Nutzposten	Fr. 421 236.60

Fr. 168 827 250.37

Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1974

Aktiven

Kasse		
Gold im Inland und Ausland	Fr. 11 892 743 956.80	
andere Kassenbestände	Fr. 27 842 750.51	Fr. 11 920 586 707.31
Devisen		Fr. 11 570 617 548.58
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken		Fr. 5 402 980 000.—
Inlandportefeuille		
Schweizerwechsel	Fr. 2 166 775 302.97	
Diskontierte Obligationen	Fr. 43 489 621.55	
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. 484 000 000.—	Fr. 2 694 264 924.52
Lombardvorschüsse		Fr. 699 937 771.35
Eigene Wertschriften		
deckungsfähige	Fr. —.—	
andere	Fr. 92 488 025.—	Fr. 92 488 025.—
Korrespondenten im Inland		Fr. 166 925 467.14
Schuldverpflichtung des Bundes ¹		Fr. 621 514 066.53
Inkassowechsel		Fr. 18 501 222.78
Postcheckguthaben		Fr. 7 081 274.87
Coupons		Fr. 14 359.15
Bankgebäude		Fr. 1 500 000.—
Mobiliar		Fr. 1.—
Sonstige Aktiven		Fr. 39 144 728.89
Nicht einbezahltes Grundkapital		Fr. 25 000 000.—
		Fr. 33 260 556 097.12

¹ Gemäss Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1971.

Passiven

Notenumlauf	Fr.	19 435 802 265.—
Girorechnungen		
Girorechnungen von Banken,		
Handel und Industrie	Fr.	9 504 985 124.13
Girorechnungen ausländischer		
Banken	<u>Fr.</u>	<u>114 812 727.68</u>
Bund	Fr.	9 619 797 851.81
Deponenten	Fr.	714 456 636.99
Ausstehende Checks	Fr.	30 272 256.45
Mindestguthaben von Banken auf:		
inländischen Verbindlichkeiten	Fr.	—.—
ausländischen Verbindlichkeiten ...	<u>Fr.</u>	<u>347 780 000.—</u>
Verbindlichkeiten auf Zeit:		
Sterilisierungsreskriptionen	Fr.	246 900 000.—
Sonderkonti ²	<u>Fr.</u>	<u>986 331 000.—</u>
Sonstige Passiven	Fr.	1 233 231 000.—
Grundkapital	Fr.	1 260 480 666.79
Reservefonds	Fr.	50 000 000.—
Rückstellung für Währungs- und Kursrisiken	Fr.	41 000 000.—
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	Fr.	157 654 052.78
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle	Fr.	100 000 000.—
Rückstellung für Bankgebäude	Fr.	60 000 000.—
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	Fr.	70 000 000.—
Rückstellung für Offenmarktoperationen	Fr.	60 000 000.—
Reingewinn	Fr.	70 000 000.—
		<u>Fr. 7 515 826.40</u>
		<u>Fr. 33 260 556 097.12</u>

² Überschreitung des zulässigen Kreditwachses.

Erläuterungen zur Jahresrechnung

Aktiven der Bilanz

Kassenverkehr

Kassenbestand am 31. Dezember 1973, einschliesslich Gold . .	Fr. 21 424 842 920.61
Eingang im Jahre 1974	Fr. 51 454 425 375.78
	<u>Fr. 72 879 268 296.39</u>
Ausgang im Jahre 1974	Fr. 50 096 783 534.08
Kassenbestand am 31. Dezember 1974, einschliesslich Gold . .	<u>Fr. 22 782 484 762.31</u>
Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1974 setzte sich wie folgt zusammen:	
Gold	Fr. 11 892 743 956.80
Scheidemünzen	Fr. 27 813 967.01
Verschiedenes	Fr. 28 783.50
Total laut Bilanz	<u>Fr. 11 920 586 707.31</u>
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	Fr. 10 861 898 055.—
Total	<u>Fr. 22 782 484 762.31</u>

Das Gold ist mit Fr. 4 595.74 pro Kilogramm Feingold gebucht.

Devisenverkehr

Bestand am 31. Dezember 1973	Fr. 12 519 885 329.16
Eingang im Jahre 1974	Fr. 174 575 672 604.91
	<u>Fr. 187 095 557 934.07</u>
Ausgang im Jahre 1974	Fr. 175 524 940 385.49
Bestand am 31. Dezember 1974	<u>Fr. 11 570 617 548.58</u>

Verkehr in ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Bestand am 31. Dezember 1973	Fr. 4 612 980 000.—
	Eingang im Jahre 1974	Fr. 790 000 000.—
	Ausgang im Jahre 1974	Fr. —.—
	Bestand am 31. Dezember 1974	Fr. 5 402 980 000.—

Diskontoverkehr

Schweizerwechsel

Bestand am 31. Dezember 1973	741 Wechsel mit	Fr. 862 650 171.68
Im Jahre 1974 wurden diskontiert	11 272 Wechsel mit	Fr. 11 669 528 599.79
	12 013 Wechsel mit	Fr. 12 532 178 771.47
Davon wurden 1974 eingelöst	10 005 Wechsel mit	Fr. 10 365 403 468.50
Bestand am 31. Dezember 1974	2 008 Wechsel mit	Fr. 2 166 775 302.97

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1973	Fr. 200 000 000.—
Im Jahre 1974 wurden diskontiert:	
eingereicht vom Bund	Fr. —.—
eingereicht vom Markt	Fr. 1 824 500 000.—
	Fr. 2 024 500 000.—
Davon wurden 1974 eingelöst	Fr. 1 540 500 000.—
Bestand am 31. Dezember 1974	Fr. 484 000 000.—

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1973	Fr. 35 023 269.40
Im Jahre 1974 wurden diskontiert	Fr. 102 543 315.50
	Fr. 137 566 584.90
Davon wurden 1974 eingelöst	Fr. 94 076 963.35
Bestand am 31. Dezember 1974	Fr. 43 489 621.55

Lombardverkehr

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1973	Fr.	557 719 413.43
Neue Vorschüsse im Jahre 1974	Fr.	5 496 235 705.06
		<u>Fr. 6 053 955 118.49</u>
Rückzahlungen im Jahre 1974	Fr.	5 354 017 347.14
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1974	Fr.	<u>699 937 771.35</u>

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1974 auf 116. Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1974 entfielen 46% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

Verkehr in eigenen Wertschriften

Inventarbestand am 31. Dezember 1973	Fr.	1.—
Eingang im Jahre 1974	Fr.	149 051 481.45
		<u>Fr. 149 051 482.45</u>
Ausgang im Jahre 1974	Fr.	56 563 457.45
Inventarbestand am 31. Dezember 1974	Fr.	<u>92 488 025.—</u>

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland

Guthaben der Bank am 31. Dezember 1973	Fr.	281 837 747.90
Im Jahre 1974 wurden der Bank von den Korrespondenten gutgeschrieben	Fr.	19 945 041 865.90
		<u>Fr. 20 226 879 613.80</u>
Im Jahre 1974 wurden der Bank von den Korrespondenten belastet	Fr.	20 059 954 146.66
Guthaben der Bank am 31. Dezember 1974	Fr.	<u>166 925 467.14</u>

Am 31. Dezember 1974 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 395 Bank- und 164 Nebenplätze umfasste. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 519.

Inkassoverkehr

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden:

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	829 Stück mit	Fr.	3 073 394.18
auf andere Bezogene	61 676 Stück mit	Fr.	3 171 167 991.80
Total	<u>62 505 Stück mit</u>	Fr.	<u>3 174 241 385.98</u>

**Verkehr auf
Postcheck-
rechnungen**

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1973	Fr.	5 928 575.12
Im Jahre 1974 wurden unsern Postcheckrechnungen gutge- schrieben	Fr.	84 388 938 731.95
		<u>Fr. 84 394 867 307.07</u>
Im Jahre 1974 wurden unsern Postcheckrechnungen belastet	Fr.	84 387 786 032.20
Postcheckguthaben am 31. Dezember 1974	Fr.	<u>7 081 274.87</u>

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

32 056 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post	Fr.	5 600 405 639.47
34 463 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank	Fr.	44 795 479 069.02
Total	Fr.	<u>50 395 884 708.49</u>

**Bankgebäude
und Mobiliar**

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1974 wie im Vorjahr Fr. 1 500 000.—

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 114 988 500.—.

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Beleuchtung, Heizung, Bewachung, Reinigung beliefen sich auf . . .	Fr.	15 382 024.47
Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von	Fr.	838 872.80
verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von	Fr.	<u>14 543 151.67</u>

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1973 belastet mit Fr. 1.—

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 1 247 002.90 wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1974 beträgt somit wiederum . . . Fr. 1.—

Passiven der Bilanz

Ausgabe und Deckung der Banknoten

(Vgl. Beilagen Nr.1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich	
am 31. Dezember 1973 auf	Fr. 18 296 224 170
am 31. Dezember 1974 auf	Fr. 19 435 802 265
Zunahme	<u>Fr. 1 139 578 095</u>

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 17 022 680 800; er erreichte im Maximum (am 23. Dezember) Fr. 20 349 318 965 und im Minimum (am 18. Februar) Franken 15 833 806 510.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 55 156 688 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 4 202 799 680 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1974 noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr. 16 514 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite	Fr. 4 112 000
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite	Fr. 16 890 100
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr. 6 259 350
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf auf der Vorderseite	Fr. 6 990 480
Zusammen	<u>Fr. 50 765 930</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1974:

Gold	Fr. 11 892 743 957
Übrige deckungsfähige Aktiven:	
Devisen	Fr. 11 570 617 549
Ausländische Schatzanweisungen in	
Schweizerfranken	Fr. 5 402 980 000
Inlandportefeuille	Fr. 2 694 264 924
Lombardvorschüsse	Fr. 699 937 771
Gesamte Notendeckung	<u>Fr. 20 367 800 244</u>
	<u>Fr. 32 260 544 201</u>

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold betrug im Maximum 75,11 % (18. Februar), im Minimum 58,44 % (23. Dezember).

Giroverkehr

Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1973	Fr.	8 531 625 430.44
Im Jahre 1974 wurden den Girorechnungen gutgeschrieben	Fr.	4 216 325 710 993.39
		<u>Fr. 4 224 857 336 423.83</u>
Im Jahre 1974 wurden den Girorechnungen belastet	Fr.	4 215 237 538 572.02
Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1974	Fr.	9 619 797 851.81
Im Giroverkehr ergaben sich	830 795 Posten mit	Fr. 550 958 353 565.41
Im Bankenclearingverkehr ergab sich folgender Umschlag:		
a) Verkehr der sechs Zentralen der Grossbanken und der Kantonalbanken unter sich und mit der Nationalbank	93 254 Posten mit	Fr. 5 200 746 438 000.—
b) Verkehr auf den bei der Nationalbank geführten Bankenclearingkonten der nicht zum Kreis der Gross- und Kantonalbanken gehörenden Institute	9 515 584 Posten mit	Fr. 2 679 858 458 000.—
Gesamter Giroverkehr		<u>Fr. 8 431 563 249 565.41</u>

Die Zahl der Girorechnungen stellte sich am 31. Dezember 1974 auf 1 431.

Verkehr auf den Konten des Bundes*Ein- und Auszahlungsverkehr*

Bestand der Guthaben des Bundes am 31. Dezember 1973	Fr.	458 187 926.71
Im Jahre 1974 wurden den Rechnungen des Bundes gutgeschrieben	Fr.	77 192 963 221.92
		<u>Fr. 77 651 151 148.63</u>
Im Jahre 1974 wurden den Rechnungen des Bundes belastet	Fr.	76 936 694 511.64
Bestand der Guthaben des Bundes am 31. Dezember 1974	Fr.	714 456 636.99
Vom Verkehr entfallen auf	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 21 453 011 899.51	Fr. 21 055 463 847.32
die PTT-Betriebe	Fr. 51 198 523 406.19	Fr. 51 198 515 588.08
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 4 203 653 401.96	Fr. 4 204 072 149.46
die übrigen Verwaltungen	Fr. 337 774 514.26	Fr. 478 642 926.78
Total	<u>Fr. 77 192 963 221.92</u>	<u>Fr. 76 936 694 511.64</u>

**Verkehr
mit Deponenten**

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1973 .	Fr.	37 370 125.97
Im Jahre 1974 wurden den Depotrechnungen gutgeschrieben . .	Fr.1	695 176 690.38
		<u>Fr.1 732 546 816.35</u>
Im Jahre 1974 wurden den Depotrechnungen belastet	Fr.1	702 274 559.90
Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1974 .	Fr.	<u>30 272 256.45</u>

Ausstehende Checks

Am 31. Dezember 1973 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	171 Checks für	Fr.	1 065 457.65
Im Jahre 1974 wurden dem Konto gutgeschrie- ben	6 844 Checks für	Fr. 2	149 878 731.16
	7 015 Checks für	Fr. 2	150 944 188.81
Im Jahre 1974 wurden dem Konto belastet . . .	6 878 Checks für	Fr. 2	148 378 647.91
Am 31. Dezember 1974 waren ausstehend	137 Checks für	Fr.	<u>2 565 540.90</u>

**Mindestguthaben
von Banken**

Bestand am 31. Dezember 1973	Fr. 2 871 952 000.—
Im Jahre 1974 wurden auf diese Konti übertragen	Fr. 1 410 074 000.—
	<u>Fr. 4 282 026 000.—</u>
Zur Rückgabe von solchen Guthaben wurden den Konti belastet	Fr. 3 934 246 000.—
Bestand am 31. Dezember 1974	<u>Fr. 347 780 000.—</u>
Von diesem Bestand entfallen auf:	
inländische Verbindlichkeiten	Fr. —.—
ausländische Verbindlichkeiten	<u>Fr. 347 780 000.—</u>

**Verbindlichkeiten
auf Zeit**

Sterilisierungsreskriptionen

Bestand am 31. Dezember 1973	Fr. 121 350 000.—
Im Jahre 1974 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf diese Konti übertragen	Fr. 719 200 000.—
	<u>Fr. 840 550 000.—</u>
Zu Gunsten von Girorechnungen der Banken wurden den Konti belastet	Fr. 593 650 000.—
Bestand am 31. Dezember 1974	<u>Fr. 246 900 000.—</u>

*Sonderkonti*¹

Bestand am 31. Dezember 1973	Fr. 82 520 000.—
Im Jahre 1974 wurden diesen Konti gutgeschrieben	Fr. 1 990 252 000.—
	<u>Fr. 2 072 772 000.—</u>
Zur Rückgabe von solchen Guthaben wurden den Konti belastet	Fr. 1 086 441 000.—
Bestand am 31. Dezember 1974	<u>Fr. 986 331 000.—</u>

¹ Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses.

Eigene Gelder

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000.—, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500.—, auf welche 50% = Fr. 250.— einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 2 295 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1974 wie folgt verteilt:

1798 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1095 Privataktionäre mit je	2 Aktien
996 Privataktionäre mit je	3— 5 Aktien
528 Privataktionäre mit je	6— 10 Aktien
323 Privataktionäre mit je	11— 25 Aktien
133 Privataktionäre mit je	26— 50 Aktien
53 Privataktionäre mit je	51—100 Aktien
28 Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
16 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<hr/>	<hr/>
4970 Privataktionäre mit zusammen	41 677 Aktien
25 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 746 Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen	16 886 Aktien
52 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	2 691 Aktien
<hr/>	<hr/>
5075 Aktionäre mit zusammen	100 000 Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,32% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,68% im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 25. April 1974 erreicht der Reservefonds	Fr. 41 000 000.—
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000.—
aus dem Reingewinn des Jahres 1974 wird sich der Reservefonds erhöhen auf	<hr/> Fr. 42 000 000.— <hr/>

Rückstellungen	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1973	Fr. 80 000 000.—
<i>Banknotenherstellungskosten</i>	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 20 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 100 000 000.—</u>
<i>Nicht versicherte Schadenfälle</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1973	Fr. 40 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 20 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 60 000 000.—</u>
<i>Bankgebäude</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1973	Fr. 50 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 20 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 70 000 000.—</u>
<i>Zinsen auf Bundesschatzanweisungen</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1973	Fr. 50 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 10 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 60 000 000.—</u>
<i>Währungs- und Kursrisiken</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1973	Fr. 547 654 052.78
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Zinserträge auf Devisen erhöht um	Fr. 232 000 000.—
		<u>Fr. 779 654 052.78</u>
	Entnahme für die teilweise Abschreibung der Schuldverpflichtung des Bundes	Fr. 622 000 000.—
	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1974	<u>Fr. 157 654 052.78</u>

Dienstleistungen für den Bund

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art.10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches beauftragt. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1973 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

461 Einzelforderungen mit Fr. 711 366 000.—

Zuwachs im Jahre 1974:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen

bei Anleihsenemissionen Fr. 25 604 000.—

Umwandlungen von Schuldverschreibungen

in Schuldbuchforderungen Fr. 389 426 000.— Fr. 415 030 000.—

Fr. 1 126 396 000.—

Abgang im Jahre 1974:

Rückzahlungen Fr. 106 513 000.—

Am 31. Dezember 1974 waren im Schuldbuch eingetragen:

1040 Einzelforderungen mit Fr. 1 019 883 000.—

Im Berichtsjahre wurden 22 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage von Fr. 18 665 000.—

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in 536 Gutschriften Fr. 19 447 274.85

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen auf unbestimmte Zeit geöffnet.

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art.15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde und dessen Betrieben gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

**Einlösung von Titeln
und Coupons**

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel	8 077 Stück mit	Fr. 21 845 000.—
Coupons	<u>275 230 Stück mit</u>	<u>Fr. 54 564 828.—</u>
Total	<u>283 307 Stück mit</u>	<u>Fr. 76 409 828.—</u>

Gewinnverteilung

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d.h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000.— erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1974 auf Fr. 5 015 826.40 belaufen.

Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1974 genehmigt.

2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.

3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Franken 7 515 826.40 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 5 015 826.40
	<u>Fr. 7 515 826.40</u>

Am Schluss unseres Berichtes über das vergangene Geschäftsjahr möchten wir Herrn Bundesrat G.-A. Chevallaz, Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, den verbindlichen Dank aussprechen für die verständnisvolle Unterstützung, die er uns bei der Erfüllung unserer Aufgaben zuteil werden liess. Im weitem danken wir unsern Korrespondenten und Berichterstattern aus Bank- und Wirtschaftskreisen für ihre geschätzte Mitarbeit sowie unsern Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung.

Zürich, den 6. Februar 1975

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank,
Der Präsident: *Leutwiler*
Der Generalsekretär: *Meyer*

Der Bankausschuss der Schweizerischen Nationalbank

hat in seiner Sitzung vom 28. Februar 1975 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1974 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Artikel 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Artikel 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

beantragt

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1974 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1974 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 78 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 28. Februar 1975

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,
Der Präsident des Bankrates: *Galli*
Der Protokollführer: *Delémont*

Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Damen und Herren,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden. Sie erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung pro 1974 und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1974, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Gleichzeitig stellt sie mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Damen und Herren, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung pro 1974 mit einem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 7 515 826.40 und die Bilanz von Fr. 33 260 556 097.12 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrat vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 21. Februar 1975

Mit Hochachtung,
Die Revisionskommission:
Iten
Cornaz
Staub

Der Schweizerische Bundesrat

in Ausführung von Artikel 25, Absatz 3, und Artikel 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;
nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Artikel 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 21. Februar 1975;
auf Antrag des eidg. Finanz- und Zolldepartements,

beschliesst:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1974 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 26. März 1975

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *Graber*

Der Bundeskanzler: *Huber*

An die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrte Damen und Herren,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 14. März 1975 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1974 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Artikel 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 21. Februar 1975 erstattet hat und die in Artikel 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 26. März 1975 erfolgt ist beehren wir uns, Ihnen den siebenundsechzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 78 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 27. März 1975

Mit Hochachtung,
Im Namen des Bankrates
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Galli*
Ein Mitglied des Direktoriums: *Schürmann*

Beilagen

Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise

Beilage Nr. 1

Aktiven

1974	Goldbestand	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Inlandportefeuille		Lombardvorschüsse	Wertschriften		Korrespondenten im Inland	Schuldverpflichtung des Bundes gemäss Bundesbeschluss vom 15.12.1971	Sonstige Aktiven	
				Wechsel	Schatzanweisungen des Bundes		deckungsfähige	andere				
<i>In 1000 Franken</i>												
Jan.	7.	11 892 732	11 238 972	4 612 980	208 365	114 000	126 151			105 228	1 243 514	63 156
	15.	11 892 732	9 322 358	4 612 980	196 014	—	27 340			40 982	1 243 514	68 754
	23.	11 892 732	7 751 732	5 142 980	199 080	—	34 392			50 209	1 243 514	80 093
	31.	11 892 735	7 496 868	5 222 980	447 211	160 000	279 038			131 269	1 243 514	86 375
Febr.	7.	11 892 735	7 491 453	5 222 980	185 892	40 000	137 645			30 478	1 243 514	86 046
	15.	11 892 735	7 444 265	5 222 980	179 457	40 000	28 813			37 807	1 243 514	86 794
	22.	11 892 735	7 450 395	5 222 980	170 763	40 000	28 830			27 208	1 243 514	97 892
	28.	11 892 735	7 469 928	5 222 980	630 935	160 000	175 868			108 788	1 243 514	85 061
März	7.	11 892 735	7 502 400	5 222 980	226 732	40 000	74 094			46 890	1 243 514	84 361
	15.	11 892 735	7 524 452	5 222 980	222 339	40 000	38 514			39 290	1 243 514	86 350
	22.	11 892 735	7 804 609	5 222 980	206 770	40 000	45 261			30 880	1 243 514	92 907
	29.	11 892 735	10 073 374	5 222 980	818 020	295 000	636 130			151 907	1 243 514	82 450
April	5.	11 892 735	7 929 785	5 222 980	463 132	40 000	78 597			57 450	1 243 514	79 849
	11.	11 892 735	8 119 389	5 222 980	462 690	40 000	37 507			49 882	1 243 514	96 256
	23.	11 892 735	8 140 546	5 222 980	514 269	—	19 818			56 661	1 243 514	81 151
	30.	11 892 735	8 166 937	5 222 980	831 858	140 000	78 085			131 414	1 243 514	95 193
Mai	7.	11 892 735	8 084 586	5 222 980	567 312	—	46 741			52 071	1 243 514	78 046
	15.	11 892 735	7 905 151	5 222 980	715 082	—	83 840			58 336	1 243 514	78 540
	22.	11 892 735	7 889 401	5 222 980	664 789	—	53 708			56 542	1 243 514	72 103
	31.	11 892 735	7 943 852	5 222 980	1 188 521	110 500	525 975			169 200	1 243 514	74 491
Juni	7.	11 892 735	8 026 943	5 222 980	636 650	—	88 568	—	105 726	39 234	1 243 514	82 835
	14.	11 892 735	8 358 145	5 222 980	679 553	—	49 316	—	106 408	52 880	1 243 514	95 283
	21.	11 892 735	8 758 732	5 222 980	584 914	—	51 655	—	107 311	40 696	1 243 514	84 490
	28.	11 892 735	11 197 798	5 222 980	1 643 546	55 000	697 812	—	108 129	158 017	1 243 514	88 048
Juli	5.	11 892 735	9 709 726	5 222 980	567 384	—	82 524	—	108 654	73 761	1 243 514	89 426
	15.	11 892 735	8 093 523	5 222 980	632 546	—	82 767	—	109 287	73 779	1 243 514	93 868
	23.	11 892 735	8 549 732	5 222 980	701 625	—	123 312	—	109 132	84 380	1 243 514	91 840
	31.	11 892 735	8 884 911	5 222 980	1 229 079	10 000	378 709	—	108 924	129 553	1 243 514	92 949
Aug.	7.	11 892 735	8 842 056	5 222 980	709 729	—	73 135	—	108 951	42 300	1 243 514	95 482
	15.	11 892 735	8 634 528	5 222 980	714 057	—	19 784	—	108 537	44 378	1 243 514	93 536
	23.	11 892 735	8 370 376	5 222 980	750 312	—	29 408	—	107 991	38 428	1 243 514	88 853
	30.	11 892 735	7 910 927	5 222 980	1 364 249	10 000	155 245	—	108 309	109 102	1 243 514	92 324
Sept.	6.	11 892 735	7 909 676	5 222 980	696 827	—	45 030	—	108 766	4 755	1 243 514	89 965
	13.	11 892 735	7 823 507	5 222 980	769 865	—	20 845	—	110 660	31 682	1 243 514	90 042
	23.	11 892 735	8 587 200	5 222 980	754 965	—	62 629	—	112 376	41 410	1 243 514	95 220
	30.	11 892 735	10 946 198	5 282 980	1 672 296	65 000	251 442	—	114 497	159 993	1 243 514	94 009
Okt.	7.	11 892 735	9 796 538	5 282 980	755 672	—	79 881	—	115 239	70 130	1 243 514	99 240
	15.	11 892 735	8 385 284	5 282 980	754 611	—	31 661	—	120 494	48 062	1 243 514	106 244
	23.	11 892 735	8 427 652	5 402 980	668 949	—	26 342	—	121 197	55 709	1 243 514	111 511
	31.	11 892 735	8 403 058	5 402 980	1 498 844	165 000	137 693	—	122 309	114 285	1 243 514	104 874
Nov.	7.	11 892 735	8 373 018	5 402 980	831 390	—	31 605	—	122 185	46 996	1 243 514	99 118
	15.	11 892 735	8 369 675	5 402 980	937 479	—	6 067	—	122 140	34 716	1 243 514	97 160
	22.	11 892 735	8 400 731	5 402 980	897 469	—	6 868	—	122 938	18 090	1 243 514	98 372
	29.	11 892 735	8 472 328	5 402 980	1 568 694	250 000	281 099	—	127 573	93 499	1 243 514	100 166
Dez.	6.	11 892 735	9 312 745	5 402 980	821 487	—	55 889	—	120 006	45 267	1 243 514	111 072
	13.	11 892 735	9 645 587	5 402 980	868 965	—	54 170	—	111 354	68 256	1 243 514	103 430
	23.	11 892 735	11 447 641	5 402 980	841 198	—	164 152	—	105 490	87 895	1 243 514	100 860
	31.	11 892 744	11 570 618	5 402 980	2 210 265	484 000	699 938	—	92 488	166 925	621 514	94 084

Passiven

Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten		Mindestguthaben von Banken auf ¹ :		Verbindlichkeiten auf Zeit			Sonstige Passiven	Bilanzsumme
		<i>Girorechnungen von Banken, Handel- und Industrie</i>	<i>Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten</i>	<i>inländischen Verbindlichkeiten</i>	<i>ausländischen Verbindlichkeiten</i>	<i>Sterilisierungsre-skriptionen</i>	<i>Sonderkonti²</i>	<i>Sterilisierungskonto Bundesverwaltung</i>		
<i>In 1000 Franken</i>										
65 000	17 293 231	5 680 158	1 441 855	1 607 484	1 264 263	348 050	83 607	25 635	1 795 815	29 605 098
65 000	16 495 420	5 292 472	390 464	1 610 761	1 264 582	348 050	83 355	25 635	1 828 935	27 404 674
65 000	16 433 935	4 219 779	489 647	1 594 102	1 271 804	348 050	39 018	25 635	1 907 762	26 394 732
65 000	16 674 582	4 736 134	866 331	1 237 185	1 034 200	348 050	22 732	25 635	1 950 141	26 959 990
65 000	16 305 150	4 380 694	1 013 041	1 211 224	1 000 253	348 050	21 633	25 635	1 960 063	26 330 743
65 000	15 866 197	5 044 697	678 576	1 181 261	985 220	348 050	16 512	25 635	1 965 217	26 176 365
65 000	16 270 523	4 407 284	881 527	1 189 088	997 190	348 050	16 512	25 635	1 973 508	26 174 317
65 000	16 821 678	4 638 936	916 076	1 189 074	977 297	348 050	16 512	25 635	1 991 551	26 989 809
65 000	16 499 487	4 425 760	766 951	1 186 951	977 077	348 050	16 158	25 635	2 022 637	26 333 706
65 000	16 046 199	5 182 988	400 640	1 186 186	977 060	348 050	16 058	25 635	2 062 358	26 310 174
65 000	16 472 278	5 088 611	323 305	1 179 800	987 815	348 050	12 089	25 635	2 077 073	26 579 656
65 000	17 088 422	7 998 313	547 739	1 206 195	1 042 361	348 050	8 780	25 635	2 085 615	30 416 110
65 000	16 692 052	4 752 905	773 641	1 208 052	1 042 609	348 050	—	25 635	2 100 098	27 008 042
65 000	16 453 696	5 501 026	410 241	1 207 333	1 042 734	348 050	—	25 635	2 111 238	27 164 953
65 000	16 283 725	5 506 551	630 487	1 133 556	1 053 865	348 050	—	25 635	2 124 805	27 171 674
66 000	17 007 976	5 402 483	958 043	961 842	892 730	348 050	—	25 635	2 139 957	27 802 716
66 000	16 656 313	4 963 087	1 241 792	910 453	827 217	348 050	—	25 635	2 149 438	27 187 985
66 000	16 222 469	5 223 654	835 552	906 573	828 020	348 050	579 895	25 635	2 164 330	27 200 178
66 000	16 682 719	4 816 504	667 909	898 963	833 191	348 050	580 254	25 635	2 176 547	27 095 772
66 000	16 973 723	5 195 626	1 061 302	1 014 103	860 829	348 050	581 281	25 635	2 245 219	28 371 768
66 000	16 684 342	3 991 304	1 307 855	1 014 308	860 984	497 550	586 281	25 635	2 304 926	27 339 185
66 000	16 392 941	5 010 496	922 401	1 010 411	860 984	497 550	586 434	25 635	2 327 962	27 700 814
66 000	16 677 877	5 206 839	720 291	995 225	865 679	497 550	586 434	25 635	2 345 497	27 987 027
66 000	17 662 335	8 799 152	922 196	750 991	653 835	427 550	597 252	25 635	2 352 633	32 307 579
66 000	17 185 897	5 744 775	1 118 840	741 577	647 899	498 050	597 252	25 635	2 364 779	28 990 704
66 000	16 800 090	4 802 362	887 311	738 595	645 920	498 050	598 107	25 635	2 382 929	27 444 999
66 000	16 925 103	5 262 725	823 196	736 665	649 880	498 050	609 544	25 635	2 422 452	28 019 250
66 000	17 108 135	5 973 813	1 001 452	769 276	719 650	498 050	614 544	—	2 442 434	29 193 354
66 000	16 831 446	5 107 183	1 169 644	769 696	719 440	498 050	614 544	—	2 454 879	28 230 882
66 000	16 377 085	6 110 942	946 826	763 521	719 000	498 050	37 053	—	2 455 572	27 974 049
66 000	16 940 129	5 330 446	900 835	755 241	726 826	498 050	37 561	—	2 489 509	27 744 597
66 000	17 230 182	5 540 687	929 022	585 748	701 676	498 050	34 013	—	2 524 007	28 109 385
66 000	17 191 970	4 895 464	706 335	580 852	702 090	498 050	29 013	—	2 544 474	27 214 248
66 000	16 914 096	5 478 473	295 601	579 122	702 850	498 050	101 489	—	2 570 149	27 205 830
66 000	16 964 724	5 436 375	229 589	577 682	705 520	498 050	942 402	—	2 592 687	28 013 029
66 000	17 696 354	8 355 442	454 330	602 543	642 495	354 650	949 273	—	2 601 577	31 722 664
66 000	17 249 779	5 954 819	755 852	603 083	643 460	490 300	951 380	—	2 621 256	29 335 929
66 000	16 708 888	5 356 280	431 743	592 359	643 280	490 300	943 699	—	2 633 036	27 865 585
66 000	16 891 347	5 388 255	341 528	542 266	643 990	490 300	917 414	—	2 669 489	27 950 589
66 000	17 402 847	6 195 274	556 798	394 016	389 940	490 300	913 551	—	2 676 566	29 085 292
66 000	17 137 023	5 281 718	675 591	391 730	383 630	490 300	913 909	—	2 703 640	28 043 541
66 000	16 760 292	6 094 207	293 232	390 940	384 250	490 300	913 497	—	2 713 748	28 106 466
66 000	17 455 108	5 223 294	422 922	397 180	397 680	490 300	912 747	—	2 718 466	28 083 697
66 000	18 123 937	6 037 442	617 274	—	383 270	490 300	913 788	—	2 800 577	29 432 588
66 000	18 183 963	5 339 880	811 837	—	384 500	490 300	913 788	—	2 815 427	29 005 695
66 000	18 567 888	5 712 241	441 799	—	385 290	490 300	865 369	—	2 862 104	29 390 991
66 000	20 349 319	5 568 236	572 150	—	361 350	490 300	994 131	—	2 884 979	31 286 465
66 000	19 435 802	9 504 985	862 107	—	347 780	246 900	986 331	—	1 785 651	33 235 556

¹ Gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972.

² Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses.

Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten

Beilage Nr.2

1974		Abschnitte zu Franken							Total	Abschnitte zu Franken						
		1000	500	100	50	20	10	5		1000	500	100	50	20	10	5
		<i>In Millionen Franken</i>								<i>Prozentuale Verteilung</i>						
Januar	7.	5 562,5	3 697,5	6 111,8	879,1	678,9	354,3	9,1	17 293,2	32,17	21,38	35,34	5,08	3,93	2,05	0,05
	15.	5 320,9	3 462,6	5 840,2	852,2	662,4	348,0	9,1	16 495,4	32,26	20,99	35,40	5,17	4,02	2,11	0,05
	23.	5 307,9	3 533,3	5 745,2	841,6	653,2	343,6	9,1	16 433,9	32,30	21,50	34,96	5,12	3,97	2,09	0,06
	31.	5 338,6	3 593,6	5 889,5	846,0	653,4	344,4	9,1	16 674,6	32,02	21,55	35,32	5,07	3,92	2,07	0,05
Februar . . .	7.	5 175,5	3 436,1	5 845,5	843,4	652,4	343,2	9,1	16 305,2	31,74	21,07	35,85	5,17	4,00	2,11	0,06
	15.	5 065,9	3 302,8	5 674,6	831,6	643,0	339,2	9,1	15 866,2	31,93	20,82	35,76	5,24	4,05	2,14	0,06
	22.	5 174,1	3 519,5	5 750,9	835,6	643,0	338,8	9,1	16 271,0	31,80	21,63	35,34	5,14	3,95	2,08	0,06
	28.	5 309,5	3 685,5	5 978,1	847,8	649,4	342,3	9,1	16 821,7	31,56	21,91	35,54	5,04	3,86	2,04	0,05
März	7.	5 159,0	3 505,0	5 974,0	854,9	654,1	343,4	9,1	16 499,5	31,27	21,24	36,21	5,18	3,96	2,08	0,06
	15.	5 077,7	3 354,9	5 774,1	843,4	646,8	340,2	9,1	16 046,2	31,64	20,91	35,98	5,26	4,03	2,12	0,06
	22.	5 207,5	3 583,0	5 836,6	845,0	649,9	341,2	9,1	16 472,3	31,61	21,75	35,43	5,13	3,95	2,07	0,06
	29.	5 398,7	3 752,8	6 067,3	855,7	659,0	345,8	9,1	17 088,4	31,59	21,96	35,51	5,01	3,86	2,02	0,05
April	5.	5 228,6	3 555,5	6 017,3	868,6	663,5	349,5	9,1	16 692,1	31,32	21,30	36,05	5,20	3,98	2,09	0,06
	11.	5 177,2	3 468,1	5 922,6	864,8	662,8	349,1	9,1	16 453,7	31,46	21,08	36,00	5,26	4,03	2,12	0,05
	23.	5 156,2	3 522,9	5 753,5	844,9	652,4	344,7	9,1	16 283,7	31,66	21,63	35,33	5,19	4,01	2,12	0,06
	30.	5 360,2	3 764,2	6 014,2	855,3	657,2	347,8	9,1	17 008,0	31,52	22,13	35,36	5,03	3,86	2,05	0,05
Mai	7.	5 228,1	3 587,9	5 972,3	854,2	657,0	347,7	9,1	16 656,3	31,39	21,54	35,86	5,13	3,94	2,09	0,05
	15.	5 137,1	3 459,6	5 777,8	843,4	650,4	345,1	9,1	16 222,5	31,67	21,32	35,62	5,20	4,01	2,13	0,05
	22.	5 257,0	3 701,5	5 865,5	850,3	652,9	346,4	9,1	16 682,7	31,51	22,19	35,16	5,10	3,91	2,08	0,05
	31.	5 348,3	3 729,1	6 007,9	866,0	662,0	351,3	9,1	16 973,7	31,51	21,97	35,40	5,10	3,90	2,07	0,05
Juni	7.	5 232,4	3 600,0	5 958,1	868,6	663,2	352,9	9,1	16 684,3	31,36	21,58	35,71	5,21	3,97	2,12	0,05
	14.	5 202,1	3 490,4	5 815,5	864,7	659,5	351,6	9,1	16 392,9	31,73	21,29	35,48	5,28	4,02	2,14	0,06
	21.	5 322,5	3 654,5	5 816,0	865,3	659,0	351,5	9,1	16 677,9	31,91	21,91	34,87	5,19	3,95	2,11	0,06
	28.	5 642,0	3 967,1	6 132,0	886,0	669,4	356,7	9,1	17 662,3	31,94	22,46	34,72	5,02	3,79	2,02	0,05
Juli	5.	5 415,8	3 729,1	6 101,7	895,3	675,3	359,6	9,1	17 185,9	31,51	21,70	35,51	5,21	3,93	2,09	0,05
	15.	5 312,7	3 608,3	5 954,2	886,6	670,3	358,9	9,1	16 800,1	31,62	21,48	35,44	5,28	3,99	2,14	0,05
	23.	5 349,6	3 726,2	5 936,8	881,4	666,0	356,0	9,1	16 925,1	31,61	22,02	35,08	5,21	3,93	2,10	0,05
	31.	5 371,2	3 781,0	6 037,4	884,2	667,7	357,5	9,1	17 108,1	31,40	22,10	35,29	5,17	3,90	2,09	0,05
August	7.	5 250,4	3 657,0	6 003,2	885,3	668,1	358,3	9,1	16 831,4	31,19	21,73	35,67	5,26	3,97	2,13	0,05
	15.	5 148,1	3 505,5	5 829,0	871,4	659,9	354,1	9,1	16 377,1	31,44	21,41	35,59	5,32	4,03	2,16	0,05
	23.	5 326,9	3 775,1	5 940,7	873,2	661,3	353,8	9,1	16 940,1	31,45	22,29	35,07	5,15	3,90	2,09	0,05
	30.	5 411,1	3 831,5	6 073,3	882,3	667,7	355,2	9,1	17 230,2	31,40	22,24	35,25	5,12	3,88	2,06	0,05
September . .	6.	5 416,0	3 778,4	6 077,2	884,9	669,9	356,5	9,1	17 192,0	31,50	21,98	35,35	5,15	3,90	2,07	0,05
	13.	5 401,7	3 680,1	5 933,8	870,8	663,7	354,9	9,1	16 914,1	31,94	21,76	35,08	5,15	3,92	2,10	0,05
	23.	5 437,8	3 769,3	5 869,6	866,8	659,5	352,6	9,1	16 964,7	32,05	22,22	34,60	5,11	3,89	2,08	0,05
	30.	5 634,1	4 016,4	6 133,8	879,7	667,8	355,5	9,1	17 696,4	31,84	22,70	34,66	4,97	3,77	2,01	0,05
Oktober	7.	5 472,9	3 794,3	6 069,4	878,3	669,6	356,2	9,1	17 249,8	31,73	22,00	35,19	5,09	3,88	2,06	0,05
	15.	5 370,9	3 617,6	5 840,8	858,9	660,2	351,4	9,1	16 708,9	32,14	21,65	34,96	5,14	3,95	2,10	0,06
	23.	5 477,9	3 750,0	5 799,7	849,0	655,4	350,2	9,1	16 891,3	32,43	22,20	34,34	5,03	3,88	2,07	0,05
	31.	5 604,8	3 899,5	6 015,7	860,3	661,4	352,0	9,1	17 402,8	32,21	22,41	34,57	4,94	3,80	2,02	0,05
November . . .	7.	5 532,2	3 754,9	5 968,3	858,4	661,9	352,2	9,1	17 137,0	32,28	21,91	34,83	5,01	3,86	2,06	0,05
	15.	5 489,7	3 639,4	5 771,6	845,3	655,7	349,5	9,1	16 760,3	32,75	21,72	34,44	5,04	3,91	2,09	0,05
	22.	5 748,0	3 989,1	5 855,5	846,9	656,6	349,9	9,1	17 455,1	32,93	22,85	33,55	4,85	3,76	2,01	0,05
	29.	5 941,2	4 173,6	6 116,4	864,6	665,5	353,5	9,1	18 123,9	32,78	23,03	33,75	4,77	3,67	1,95	0,05
Dezember . . .	6.	5 956,0	4 102,3	6 201,0	881,9	675,8	357,9	9,1	18 184,0	32,75	22,56	34,10	4,85	3,72	1,97	0,05
	13.	6 190,7	4 235,1	6 207,9	885,7	680,0	359,4	9,1	18 567,9	33,34	22,81	33,43	4,77	3,66	1,94	0,05
	23.	6 979,1	4 774,7	6 596,4	921,3	699,3	369,4	9,1	20 349,3	34,30	23,46	32,42	4,53	3,44	1,81	0,04
	31.	6 714,2	4 391,9	6 342,9	913,0	696,1	368,7	9,0	19 435,8	34,54	22,60	32,63	4,70	3,58	1,90	0,05
Jahres- durch- schnitt	1972	4 150,4	2 638,5	5 555,2	795,4	615,1	316,7	9,1	14 080,4	29,48	18,74	39,45	5,65	4,37	2,25	0,06
	1973	4 939,4	3 206,6	5 819,4	833,6	640,9	335,2	9,1	15 784,2	31,29	20,32	36,87	5,28	4,06	2,12	0,06
	1974	5 444,6	3 727,2	5 962,9	865,3	662,3	351,3	9,1	17 022,7	31,96	21,87	35,06	5,09	3,90	2,07	0,05

Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen¹

Beilage Nr. 3

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St.Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
Kassenumsatz											
1970	2 329 734	5 696 554	20 037 800 ²	5 632 230	6 200 522	3 102 353	2 338 957	1 676 701	3 942 468	17 323 727	68 281 046 ²
1971	2 579 024	6 488 772	22 548 499 ²	6 399 486	6 686 799	3 378 986	2 653 757	1 867 204	4 451 772	19 309 459	76 363 758 ²
1972	2 918 576	6 877 193	22 972 413 ²	6 945 294	7 885 916	4 184 202	3 068 283	1 999 902	5 219 699	21 352 638	83 424 116 ²
1973	3 286 041	7 298 650	27 571 503 ²	6 903 930	8 074 268	4 806 443	3 347 761	2 056 876	5 740 909	22 552 134	91 638 515 ²
1974	4 125 084	8 085 997	29 896 101 ²	8 056 048	9 126 135	5 546 064	3 674 365	2 222 319	6 480 311	24 338 785	101 551 209 ²
Devisenverkehr											
1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	156 633 335	156 633 335
1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	299 589 612	299 589 612
1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	301 147 085	301 147 085
1973	—	—	—	—	—	—	—	—	—	281 381 804	281 381 804
1974	—	—	—	—	—	—	—	—	—	350 100 613	350 100 613
Diskontierungen von Schweizerwchseeln, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1970	49 560	59 222	72 764	5 903	31 231	37 773	74 325	32 546	49 081	2 082 303	2 494 708
1971	18 563	27 395	64 011	8 013	20 385	48 092	73 331	30 713	42 670	1 278 001	1 611 174
1972	8 421	57 369	60 364	5 031	9 410	54 276	74 114	30 118	38 264	1 896 200	2 233 567
1973	17 204	188 856	129 052	6 908	22 071	40 713	94 374	34 306	54 911	3 735 510	4 323 905
1974	103 447	353 374	515 895	29 757	51 831	56 520	134 913	144 003	124 941	12 081 891	13 596 572
Neue Lombardvorschüsse											
1970	39 623	44 474	469 687	17 230	71 403	16 959	131 135	11 522	137 006	1 420 534	2 359 573
1971	20 474	30 018	177 203	10 448	47 010	5 197	63 580	15 136	55 840	487 952	912 858
1972	18 866	14 888	377 732	14 968	22 207	182	83 242	4 235	49 720	487 308	1 073 348
1973	37 902	94 446	770 533	13 512	243 024	2 240	189 521	39 139	110 947	1 217 949	2 719 213
1974	77 427	689 624	1 439 384	191 216	160 797	13 240	285 639	62 004	289 974	2 286 931	5 496 236
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26 279 655	26 279 655
1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28 793 108	28 793 108
1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32 147 660	32 147 660
1973	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35 796 893	35 796 893
1974	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40 004 996	40 004 996

¹ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

² Einschliesslich Gold.

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
Inkassoverkehr (Einreichungen)											
1970	1401	22 839	1 756 758	43 245	8 105	7 228	4 582	6 229	5 443	79 041	1 934 871
1971	2 321	10 589	2 042 284	51 317	9 660	20 939	7 219	4 722	3 740	97 677	2 250 468
1972	1 063	15 418	2 800 632	43 001	10 490	9 757	14 404	5 844	21 375	95 113	3 017 097
1973	4 821	7 391	3 021 941	34 776	13 945	1 741	7 823	4 642	37 445	121 450	3 255 975
1974	5 760	9 412	2 954 909	39 925	11 674	4 024	10 420	3 668	4 286	130 163	3 174 241
Giroverkehr											
1970	4 141 789	62 529 318	33 130 724	43 888 487	14 206 260	4 465 008	5 827 939	3 277 748	9 117 550	3 718 286 779	3 898 871 602
1971	5 460 894	66 649 455	30 925 906	49 617 095	16 107 198	5 653 172	6 455 386	3 656 533	10 156 225	4 131 634 944	4 326 316 808
1972	7 134 791	83 418 803	43 510 314	52 893 521	18 051 812	6 899 638	8 399 370	4 142 127	20 307 615	5 987 330 924	6 232 088 915
1973	11 721 015	92 502 025	40 230 802	51 936 752	18 868 307	6 985 158	9 561 415	4 862 753	24 108 715	7 412 604 286	7 673 381 228
1974	10 692 373	103 736 827	41 951 744	45 723 146	20 498 230	7 407 103	11 441 100	4 679 210	15 704 958	8 169 728 559	8 431 563 250
Verkehr mit dem Bund											
1970	—	—	108 126 907	—	—	—	—	—	—	—	108 126 907
1971	—	—	112 743 097	—	—	—	—	—	—	—	112 743 097
1972	—	—	125 953 366	—	—	—	—	—	—	—	125 953 366
1973	—	—	141 619 778	—	—	—	—	—	—	—	141 619 778
1974	—	—	154 129 658	—	—	—	—	—	—	—	154 129 658
Verkehr mit Deponenten											
1970	7 601	32 756	186 251	25 116	6 044	18 178	14 641	11 083	4 207	2 584 728	2 890 605
1971	9 673	23 287	164 439	28 109	8 142	20 475	14 748	10 593	5 688	4 308 478	4 593 632
1972	7 243	36 958	186 333	38 500	7 553	2 481	30 421	11 449	4 994	2 968 345	3 294 277
1973	7 331	19 941	180 840	36 240	29 908	4 037	14 022	8 886	4 650	5 974 290	6 280 145
1974	9 528	26 481	202 196	49 047	7 190	4 677	8 839	14 094	5 036	3 070 363	3 397 451
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung											
1970	16 650 104	123 442 996	350 550 299	74 400 980	41 676 389	14 649 351	19 929 434	9 964 350	32 757 375	4 117 046 291	4 801 067 569
1971	20 588 745	134 354 547	376 746 389	84 655 353	46 103 567	16 896 244	21 785 793	10 339 736	35 020 928	5 081 336 007	5 827 827 309
1972	24 890 182	166 294 340	439 678 836	91 696 656	52 743 395	21 654 037	26 421 163	13 612 148	54 879 834	7 636 198 148	8 528 068 739
1973	35 230 437	186 970 112	472 258 388	93 833 542	55 882 364	22 811 359	30 607 055	14 960 688	63 576 476	9 262 452 522	10 238 582 943
1974	35 600 752	211 760 479	524 461 983	89 530 303	61 690 745	24 535 073	35 929 454	15 182 092	52 376 816	10 300 149 971	11 351 217 668

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle I

Bestände am Jahresende

Jahr	Metallbestand			Devisen ²	Inlandportefeuille			Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lom- bard- vor- schüsse	
	Gold ¹	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisun- gen ³	Diskon- tierte Obliga- tionen			Total
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2
1936	2 709,0	—	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8
1937	2 679,2	—	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8
1938	2 889,6	—	2 889,6	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9
1939	2 261,6	—	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6
1940	2 173,2	—	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4

¹ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4869.80.

² 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.

³ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korrespondenten im Inland ⁴	Noten-umlauf	Deckung des Noten-umlaufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				<i>Girorech-nungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rech-nungen des Bundes</i>	<i>Rech-nungen der Depo-nenten</i>	<i>Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen</i>	<i>Total</i>		
<i>In Millionen Franken</i>			<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>						
3,8	10,5	159,2	51,09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61,11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52,91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55,77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53,96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54,80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60,79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57,65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64,72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74,07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58,30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48,49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57,00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64,90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65,17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65,44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63,94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64,89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63,53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62,31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63,20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60,75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61,90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67,12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145,82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153,24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132,36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132,60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101,65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935
15,9	14,2	1 482,2	182,76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	1 370,1	3 505,9	1936
30,7	11,4	1 530,5	175,05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	1 722,4	3 902,3	1937
90,9	9,6	1 751,0	165,02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	1 671,9	4 081,0	1938
80,9	16,6	2 049,9	110,33	686,7	10,9	32,0	67,8	797,4	3 501,8	1939
87,8	20,0	2 273,4	95,99	1 018,6	6,8	41,6	119,9	1 186,9	3 727,7	1940

⁴1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle I (Forts.)

Bestände am Jahresende

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertpapiere	Guthaben bei Korrespondenten	
					Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Diskonzierte Obligationen					im Inland	im Ausland ³
<i>In Millionen Franken</i>													
1941	2 878,5	679,0	—	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	207,0	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	207,0	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	—	109,3	181,7	81,5	15,4
1967	13 369,7	1 986,7	432,0	173,9	99,4	—	43,1	142,5	—	86,6	181,9	72,4	14,6
1968	11 355,8	5 601,2	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	—	160,1	180,6	99,7	21,7
1969	11 434,5	5 792,9	1 851,0	—	584,7	118,5	28,2	731,4	—	277,1	170,2	89,5	20,1
1970	11 821,3	8 441,1	1 851,0	—	306,6	71,0	21,4	399,0	—	223,5	156,0	82,8	25,5
1971	11 879,4	10 323,3	4 278,0	—	78,1	—	2,4	80,5	—	28,5	10,8	72,4	22,8
1972	11 879,7	12 323,1	4 278,0	—	770,3	152,0	13,8	936,1	—	418,8	—	142,3	27,5
1973	11 892,7	12 519,9	4 613,0	—	862,7	200,0	35,0	1 097,7	—	557,7	—	281,8	—
1974	11 892,7	11 570,6	5 403,0	—	2 166,8	484,0	43,5	2 694,3	—	699,9	92,5	166,9	—

¹ Bewertung vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4869,80; seit 10. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4595,74.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Seit 24. Juli 1973 unter Position «Devisen».

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch den Gold- bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorech- nungen von Banken mit vorüber- gehender zeitlicher Bindung	Mindest- gut- haben von Banken	Verbindlich- keiten auf Zeit		Pflicht- depots gemäss Bundes- beschluss vom 13. März 1964	Bilanz- summe	Jahr
		<i>Girorech- nungen von Banken, Handel u. Industrie</i>	<i>Rechnun- gen des Bundes</i>	<i>Rechnun- gen der Depo- nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing- abkom- men</i>	<i>Guthaben auslän- discher Banken⁴</i>	<i>Total</i>			<i>Sterili- sierungs- konti</i>	<i>Sonder- konti</i>			
<i>In Millionen Franken</i>	<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>												
2 336,7	123,18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135,18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136,87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128,35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124,55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121,00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119,91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126,70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	—	337,1	—	—	6 400,6	1948
4 566,3	136,66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	—	200,0	—	—	6 721,9	1949
4 663,8	128,13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121,85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114,73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116,40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116,85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121,23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122,26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124,49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136,34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131,93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137,94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	—	390,3	—	—	10 266,2	1960
7 656,0	144,70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	—	293,5	—	—	12 206,6	1961
8 506,1	135,71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	—	373,0	—	—	12 994,7	1962
9 035,4	135,07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	—	357,3	—	—	13 910,2	1963
9 721,8	121,31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	—	433,2	—	3,4	14 787,6	1964
10 042,5	131,08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	—	602,0	—	19,9	15 287,6	1965
10 651,1	115,46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	—	389,0	—	2,3	15 922,3	1966
11 326,8	118,04	3 810,8	230,7	20,5	29,0	53,9	4 144,9	—	—	550,0	—	—	16 519,0	1967
12 047,3	94,26	5 776,2	505,0	23,9	33,4	75,1	6 413,6	—	—	233,1	—	—	19 339,7	1968
12 518,4	91,34	6 353,4	493,0	18,8	40,0	49,6	6 954,8	—	—	141,9	—	—	20 482,5	1969
13 106,0	90,20	7 749,6	405,3	28,5	18,3	208,4	8 410,1	—	—	201,7	200,0 ⁷	—	23 095,3	1970
14 309,9	83,01	10 701,6	713,7	30,7	15,3	393,1	11 854,4	—	516,4 ⁵	313,1	—	—	28 014,6	1971
16 635,0	71,41	9 312,6	1 380,3	31,4	17,0	279,5	11 020,8	—	2 029,3 ⁶	72,7	2,5 ⁸	—	31 362,9	1972
18 296,2	65,00	8 234,9	458,2	37,4	7,8	296,7	9 036,1 ⁹	—	2 872,0 ⁶	121,4	108,2 ¹⁰	—	32 297,8	1973
19 435,8	61,19	9 505,0	714,5	30,3	—	114,8	10 367,1 ⁹	—	347,8 ⁶	246,9	986,3 ¹¹	—	33 260,6	1974

⁴ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁵ Gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestguthaben vom 16. August 1971.

⁶ Mindestguthaben von Banken auf inländische und ausländische Verbindlichkeiten, gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972.

⁷ Sonderkonto PTT.

⁸ Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses.

⁹ Inklusive ausstehende Checks.

¹⁰ Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses und Sterilisierungskonto Bundesverwaltung.

¹¹ Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle II

Jahresdurchschnitte

Jahr	Metallbestand			Devisen ²	Inlandportefeuille			Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lom- bard- vor- schüsse	
	Gold ¹	Silber	Total		Schweizer- wechsel ³	Schatzan- weisungen ⁴	Diskon- tierte Obli- gationen			Total
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6
1936	1 690,5	—	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8
1937	2 640,0	—	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3
1938	2 849,0	—	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7
1939	2 530,2	—	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4
1940	2 144,9	—	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8

¹ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4869.80.

² 1907 und 1908 nur Auslandwechsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandwechsel und Sichtguthaben im Ausland.

³ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.

⁴ Vor 1932 nicht berechnet.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korrespondenten im Inland ⁵	Notenumlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten				Total	Jahr
				<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rechnungen des Bundes</i>	<i>Rechnungen der Deponenten</i>	<i>Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen</i>		
<i>In Millionen Franken</i>			%	<i>In Millionen Franken</i>					
3,2	9,6	88,9	65,74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72,95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71,41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66,03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68,35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67,25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71,09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63,33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70,57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75,63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74,15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58,98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57,00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67,16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72,09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78,71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72,17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72,08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72,10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66,96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65,06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61,89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63,52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68,54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102,09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168,79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147,17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132,52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113,57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935
42,4	8,7	1 293,9	130,64	541,3	29,0	27,7	27,2	625,2	1936
17,9	6,6	1 378,4	191,51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	1 489,3	1937
74,4	6,0	1 555,4	183,17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	1 810,9	1938
93,2	7,5	1 802,3	140,38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	1 182,7	1939
86,2	8,5	2 081,9	103,02	744,3	4,4	38,6	80,5	867,8	1940

⁵ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle II (Forts.)

Jahresdurchschnitte

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten		
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Diskonzierte Obligationen	Total				im Inland	im Ausland ³	
<i>In Millionen Franken</i>												
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—	
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—	
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—	
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—	
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—	
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—	
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—	
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—	
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—	
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	—	23,3	41,2	11,3	—	
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—	
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—	
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—	
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—	
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—	
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—	
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—	
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—	
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9	
1960	8 151,0	522,4	48,2	—	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1	
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1	
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4	
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5	
1964	11 080,6	1 232,4	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5	
1965	11 672,4	971,7	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5	
1966	11 621,5	983,4	86,5	4,7	18,6	109,8	—	32,6	144,1	26,4	18,3	
1967	11 982,3	1 351,8	92,5	4,7	15,0	112,2	—	30,5	185,1	26,9	20,9	
1968	11 586,5	1 602,6	104,4	3,3	6,5	114,2	—	27,3	181,0	26,8	21,5	
1969	11 431,6	2 020,8	193,4	9,3	19,6	222,3	—	71,1	176,0	32,2	23,2	
1970	11 615,5	3 418,7	134,6	9,5	11,3	155,4	—	47,0	167,6	39,3	25,9	
1971	11 854,9	6 834,3	114,3	3,6	4,3	122,2	—	15,9	128,4	35,6	27,1	
1972	11 879,6	9 721,4	109,5	5,8	1,8	117,1	—	22,2	122,2	38,5	28,5	
1973	11 892,5	10 515,1	166,0	24,7	4,6	195,3	—	67,0	—	55,1	17,4	
1974	11 892,7	8 624,2	730,8	48,7	16,3	795,8	—	132,2	65,6	71,0	—	

¹ Bewertung vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4869.80; seit 10. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4595.74.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Seit 24. Juli 1973 unter Position «Devisen».

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Total	Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen des Bundes	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearing-abkommen	Guthaben ausländischer Banken ⁴				
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken								
2 107,8	111,36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150,60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142,62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144,93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133,36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132,61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130,18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135,86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141,93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145,76	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁵	1950
4 419,5	135,78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127,22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125,40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125,95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124,67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130,92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129,80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144,66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145,23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134,90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁶	1960
6 672,9	150,60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁷	3 198,4	1 035,0 ⁸	397,8	1961
7 358,9	144,23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134,37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128,27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127,16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965
9 566,5	121,48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966
10 013,4	119,66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0	588,3	1967
10 577,5	109,54	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968
11 259,9	101,53	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3 458,6	—	324,0	1969
11 784,7	98,56	3 562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	4 188,8	—	428,3	1970
12 663,8	93,61	7 452,3 ⁹	801,7	21,5	12,1	132,3	8 419,9	—	483,1	1971
14 080,4	84,37	8 221,9	1 288,9	26,0	16,3	345,0	9 898,1	—	395,1 ¹⁰	1972
15 784,2	75,34	5 651,9	982,0	27,5	11,7	371,5	7 045,9 ¹¹	—	600,1 ¹²	1973
17 022,7	69,86	5 524,2	504,6	31,1	0,5	199,0	6 263,0 ¹¹	—	870,9 ¹²	1974

⁴ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁵ Durchschnitt Januar bis Juli.

⁶ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

⁷ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁸ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

⁹ Eingeschlossen auf Sterilisierungskonto einbezahlte Beträge.

¹⁰ Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses).

¹¹ Inklusiv ausstehende Checks.

¹² Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses) sowie Sterilisierungskonto Bundesverwaltung.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.4, Tabelle III

Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr ²	Diskontierungen					Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften	
			Inlandportefeuille							
			Schweizerwechsel		Schatzan- weisungen ³	Obli- gationen	Total			Wechsel der eidg. Darlehens- kasse
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0

¹ Seit 1938 einschliesslich Gold.

² 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland inbegriffen.

³ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ⁴	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit dem Bund	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearing- abkommen	Auf die Bank aus- gestellte Checks u. General- mandate ⁵	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
<i>In Millionen Franken</i>										
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935
2 150,5	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940

⁴ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten; ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

⁵ Bis 1924 nur Generalmandate.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle III (Forts.)

Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr	Diskontierungen						Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille							
			Schweizerwechsel		Schatzan- weisungen ²	Obli- gationen	Total	Wechsel der eidg. Darlehens- kasse		
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 ⁴	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 ⁴	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8
1966	51 962,9	47 396,1	457,8	35 ⁴	220,2	130,7	808,7	—	918,8	91,3
1967	56 213,7	67 305,0	469,7	32 ⁴	100,0	111,4	681,1	—	759,6	16,7
1968	61 708,6	99 530,6	1 047,4	10 ⁴	187,7	49,2	1 284,3	—	926,4	1,9
1969	62 267,9	101 135,3	5 175,8	6 ⁴	334,5	109,9	5 620,2	—	2 697,2	10,4
1970	68 281,0	156 633,3	2 108,0	8 ⁴	314,0	72,7	2 494,7	—	2 359,6	37,8
1971	76 363,8	299 589,6	1 454,2	9 ⁴	140,0	16,9	1 611,1	—	912,9	145,2
1972	83 424,1	301 147,1	1 935,4	7 ⁴	280,0	18,2	2 233,6	—	1 073,3	10,8
1973	91 638,5	281 381,8	3 497,5	8 ⁴	784,0	42,4	4 323,9	—	2 719,2	—
1974	101 551,2	350 100,6	11 669,5	11 ⁴	1 824,5	102,5	13 596,5	—	5 496,2	205,6

¹ Seit 1938 einschliesslich Gold.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

⁴ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkasso- verkehr Ein- reichun- gen	Giroverkehr	Verkehr zwischen National- bankkun- den und Postcheck- konti	Verkehr mit dem Bund	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearing- abkommen	Auf die Bank aus- gestellte Checks u. General- mandate	Gesamt- umsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Ab- rechnungs- stellen)	Umsatz der Abrech- nungs- stellen	Jahr
<i>im Inland</i>	<i>im Ausland⁵</i>										
<i>In Millionen Franken</i>											
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,5	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,1	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965
19 678,2	5 272,0	1 080,1	1 013 397,8	22 022,7	78 449,8	3 593,8	3 330,7	538,9	1 608 206,7	12 233,5	1966
20 524,4	9 149,9	1 280,8	1 318 449,1	23 829,9	82 948,8	3 414,3	3 903,3	561,6	1 963 035,5	13 575,0	1967
22 274,5	5 046,0	1 380,1	1 858 598,6	26 122,1	89 875,7	6 495,2	4 521,9	693,1	2 603 104,8	18 673,4	1968
23 794,1	5 664,9	1 494,9	2 810 359,2	29 823,1	98 197,8	6 604,2	3 862,2	805,4	3 617 523,9	21 677,0	1969
26 279,7	5 412,6	1 934,9	3 898 871,6	33 260,8	108 126,9	2 890,6	4 579,6	819,4	4 801 067,6	19 622,6	1970
28 793,1	5 418,5	2 250,5	4 326 316,8	36 937,5	112 743,1	4 593,6	4 137,4	1 152,2	5 827 827,3	15 565,2	1971
32 147,7	5 570,9	3 017,1	6 232 088,9	40 273,5	125 953,4	3 294,3	3 224,6	1 570,3	8 528 068,7	14 717,4	1972
35 797,0	3 038,6	3 256,0	7 673 381,2	44 479,4	141 619,8	6 280,1	3 438,8	1 627,8	10 238 582,9	—	1973
40 005,0	—	3 174,2	8 431 563,2	50 395,9	154 129,7	3 397,5	—	2 149,9	11 351 217,7	—	1974

⁵ Seit 24. Juli 1973 unter Position «Devisen».

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle IV

Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere ²	Zinsen von Inlandkorrespondenten ³	Kommissionen ⁴	Diverse Nutzenposten	Zinsen an Deponenten ⁵	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
		Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ¹	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse								
<i>In 1000 Franken</i>													
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 427	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520

¹ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

² Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.

³ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁴ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

⁵ Einschliesslich Zinsen an den Bund bis 1936.

Verwaltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hiefür	Bank- noten- anfertigungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Rück- stellungen und Verluste auf Gold ⁶	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuweisung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
				<i>auf Bank- gebäuden und Mobiliar, ab- züglich Mehr- erlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- eingänge</i>						
<i>In 1000 Franken</i>											
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁶	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁹	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940

⁶ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle).

⁷ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸ Einschliesslich Barschaftsimportkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle IV (Forts.)

Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wert-schriften	Zinsen von Inland-korrespondenten ⁴	Kom-mis-sio-nen ⁵	Diverse Nutz-posten	Zinsen an Depo-nenten	Brutto-ertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schwei-zer-wech-seln	Schatz-anwei-sungen ²	Obliga-tionen	Wechseln der eidg. Darlehens-kasse							
<i>In 1000 Franken</i>													
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497 ³	135	648	1 141	292	31 940
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416 ³	147	601	1 088	302	37 885
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367 ³	200	635	1 533	347	42 255
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208 ³	189	671	1 468	402	54 920
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	—	1 160	26 964 ³	237	893	1 350	430	68 517
1967	31 650	4 235	3 596	77	557	—	1 141	28 789 ³	258	938	1 068	476	67 603
1968	58 458	3 727	3 476	56	191	—	897	7 573	230	806	880	505	72 066
1969	63 276	7 487	6 576	285	622	—	2 471	7 453	311	1 109	696	546	82 257
1970	90 186	6 443	5 817	243	378	—	1 897	7 274	464	1 194	281	622	107 117
1971	77 499	4 154	3 992	68	89	—	780	8 882	338	1 351	340	783	92 561
1972	119 358	3 768	3 384	277	102	—	602	1 192	250	2 053	696	890	127 029
1973	139 479	5 458	4 914	242	297	—	2 782	950	342	2 069	828	987	150 921
1974	128 389	28 600	26 276	1 379	942	—	6 121	2 020	889	2 387	421	1 237	167 590

¹ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandkorrespondenten.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken.

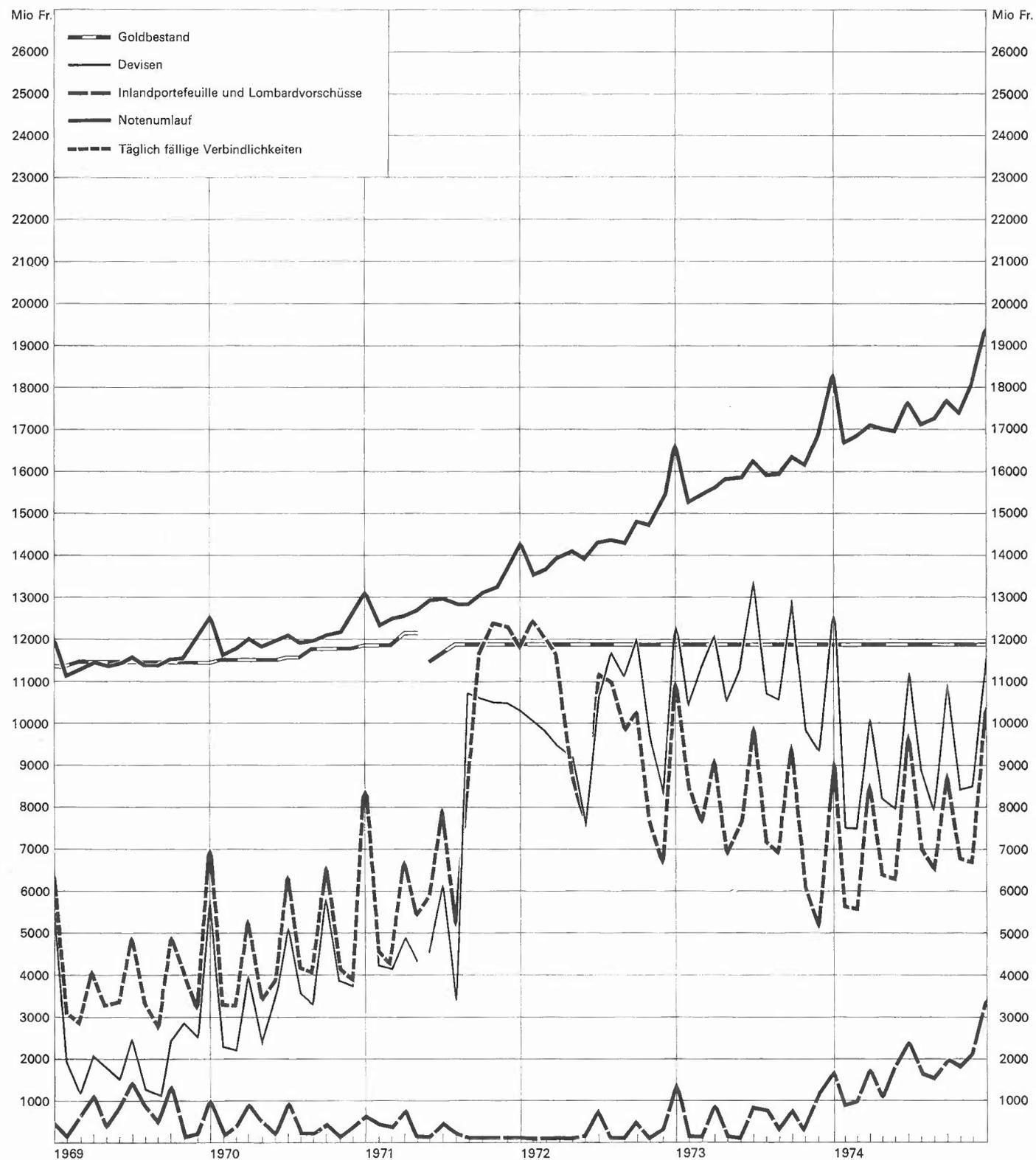
⁴ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁵ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

Ver- waltungs- kosten ⁶	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hiefür	Kosten und Rück- stellungen für Offen- markt- opera- tionen	Bank- noten- anferti- gungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Steri- lisierungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuwei- sung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
					<i>auf Bank- gebäuden und Mobiliar, ab- züglich Mehr- erlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- eingänge</i>						
3 774	1 147	—	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	—	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	—	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	—	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	—	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	—	5 000	4 140	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	—	451	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	—	500	1 501	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	—	799	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	—	3 000	4 087	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	—	6 000	5 362	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	—	6 000	4 358	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	—	10 000	5 812	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 172	400	—	10 000	7 914	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
12 788	—	6 000	10 000	12 964	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 565	—	16 460	7 020	16 513	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966
15 700	—	4 984	6 489	29 008	2 579	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1967
17 818	234	5 000	10 101	22 674	7 396	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1968
19 311	—	3 000	12 554	13 563	24 986	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1969
28 268	1000	5 000	23 360	30 250	9 396	—	3 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1970
26 685	—	—	16 711	35 285	3 364	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1971
32 149	2 467	27 000	17 601	10 593	26 703	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1972
31 389	—	20 000	31 559	37 658	19 799	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1973
53 677	2 915	—	33 743	30 949	35 790	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1974

⁶ Einschliesslich Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

Bestände am Monatsende



Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.6

Datum der Veränderung		Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung		Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
		%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage			%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage
1907	20. Juni	4½	56	5	56	1919	21. August	5	595	—	—
	15. August	5	84	5½	84	1921	7. April	4½	126	5½	126
	7. November	5½	70	6	70		11. August	4	203	5	203
1908	16. Januar	5	7	5½	7	1922	2. März	3½	168	4½	168
	23. Januar	4½	28	5	28		17. August	3	331	4	331
	20. Februar	4	28	4½	28	1923	14. Juli	4	831	5	831
	19. März	3½	322	4	441	1925	22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
1909	4. Februar	3	252	—	—	1930	3. April	3	98	4	98
	3. Juni	—	—	3½	133		10. Juli	2½	196	3½	196
	14. Oktober	3½	28	4	28	1931	22. Januar	2	1 562	3	748
	11. November	4	56	4½	56	1933	8. Februar	—	—	2½	814
1910	6. Januar	3½	49	4	210	1935	3. Mai	2½	495	3½	495
	24. Februar	3	161	—	—	1936	9. September	2	78	3	78
	4. August	3½	49	4½	84		26. November	1½	7 475	2½	7 475
	22. September	4	35	—	—	1957	15. Mai ¹	2½	652	3½	652
	27. Oktober	4½	70	5	70	1959	26. Februar ²	2	1 955	3	1 955
1911	5. Januar	4	42	4½	42	1964	3. Juli ³	2½	732	3½	732
	16. Februar	3½	224	4	224	1966	6. Juli ⁴	3½	369	4	369
	28. September	4	350	4½	350	1967	10. Juli ⁴	3	798	3¾	798
1912	12. September	4½	77	5	77	1969	15. September ⁵	3¾	1 225	4¾	1 225
	28. November	5	259	5½	259	1973	22. Januar ⁶	4½	364	5¼	364
1913	14. August	4½	161	5	161	1974	21. Januar ⁶	5½	345 ⁷	6	345 ⁷
1914	22. Januar	4	28	4½	189						
	19. Februar	3½	161	—	—						
	30. Juli	4½	1	5½	1						
	31. Juli	5½	3	6	3						
	3. August	6	38	7	38						
	10. September	5	113	6	14						
	24. September	—	—	5½	99						
1915	1. Januar	4½	1 371	5	1 280						
1918	4. Juli	—	—	5½	91						
	3. Oktober	5½	322	6	917						

¹ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2% (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2% (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

² Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2½% (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965); übrige Pflichtlager 2% (vom 3. bis 5. Juli 1964).

⁴ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¾% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968), 3% (seit 1. April 1968); übrige Pflichtlager 3% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3½% (seit 1. Oktober 1966).

⁵ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968), 3% (vom 1. April 1968 bis 10. November 1969), 3¾% (vom 11. November 1969 bis 24. Januar 1972), 3¼% (vom 25. Januar 1972 bis 29. Februar 1972), 3¾% (seit 1. März 1972); übrige Pflichtlager 3½% (vom 1. Oktober 1966 bis 10. November 1969), 4% (vom 11. November 1969 bis 24. Januar 1972), 3¾% (vom 25. Januar 1972 bis 29. Februar 1972), 3½% (seit 1. März 1972).

⁶ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 3¼% (vom 1. März 1972 bis 1. Januar 1974), 3¾% (vom 2. Januar 1974 bis 15. April 1974), 4% (seit 16. April 1974); übrige Pflichtlager 3½% (vom 1. März 1972 bis 1. Januar 1974), 4% (vom 2. Januar 1974 bis 15. April 1974), 4½% (seit 16. April 1974).

⁷ Bis 31. Dezember 1974.

Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane

auf 1. Januar 1975

Beilage Nr. 7

Präsidium der Generalversammlung (Amtsperiode 1971–1975)

Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident

Dr. Dr. h. c. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

Bankrat (Amtsperiode 1971–1975)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident

* J. Michaud, Ing. agr., Präsident der «Provins» Fédération des Caves de producteurs de vins du Valais, Präsident des Verbandes der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Sitten

Dr. Dr. h. c. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

* G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie, Aktien-Gesellschaft, Corsy-La Conversion

* F. Moser, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Stettlen

* L. Bühler, Direktor der Thurgauischen Kantonalbank, Weinfelden

* Ständerat F. Muheim, Fürsprech und Notar, Altdorf

Dr. W. Bühlmann, Rechtsanwalt, Präsident des Bankrates der Luzerner Kantonalbank, Kastanienbaum/Horw

* Dr. K. Obrecht, Fürsprech und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (Asuag), Küttigkofen

* Dr. A. Edelmann, Direktor des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen, St. Gallen

Dr. Dr. h. c. L. von Planta, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA-GEIGY AG, Basel

* Dr. M. E. Eisenring, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft, Rüslikon

A. Richner, Vizepräsident des Verwaltungsrates des Aargauischen Elektrizitätswerkes (AEW), Oftringen

* Nationalrat R. Etter, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Aarwangen

* Dr. W. Rohner, a. Ständerat, Altstätten

Dr. A. Furer, Generaldirektor der Nestlé Alimentana A.G., Chardonne

Dr. A. Schaefer, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bankgesellschaft, Zollikon

P. Gaibrois, Delegierter des Verwaltungsrates der Tornos S.A., fabrique de machines Moutier, Moutier

Dr. F. Schaller, Professor an den Universitäten Lausanne und Bern, Epalinges

Dr. R. Givel, Direktor der Banque Vaudoise de Crédit, Lausanne

E. Scherz, Ehrenpräsident des Schweizer Hotelier-Verbands, Gstaad

* Ständerat C. Grosjean, Regierungspräsident, Vorsteher des Baudepartements und des Polizeidepartements des Kantons Neuenburg, Auvornier

F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich

* Dr. J. E. Haefely, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Emil Haefely & Cie. A.G., Binningen

* Dr. H. R. Schwarzenbach, in Firma Robt. Schwarzenbach & Co., Horgen

Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heintz Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich

* Ständerat A. Stefani, Advokat und Notar, Giornico

Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Collonge-Bellerive

G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, Winterthur

Dr. W. Jucker, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bremgarten bei Bern

Nationalrat Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern, Interlaken

R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Le Mont-sur-Lausanne

* Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Inhaber Vischer & Cie., Basel

E. Kronauer, Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf

Staatsrat Dr. A. Waeber, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Tafers

R. Lardelli, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Chur

Nationalrat E. Wüthrich, a. Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern

Dr. E. Leemann, Hauptdirektor der Genossenschaftlichen Zentralbank Aktiengesellschaft, Basel

Dr. h. c. R. Meier, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen, Eglisau

Regierungsrat Dr. E. Wyss, Vorsteher des Departementes des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel

Bankausschuss (Amtsperiode 1971–1975)

Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident von Amtes wegen

Dr. Dr. h. c. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident von Amtes wegen

Dr. W. Bühlmann, Rechtsanwalt, Präsident des Bankrates der Luzerner Kantonalbank, Kastanienbaum/Horw

Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Collonge-Bellerive

R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Le Mont-sur-Lausanne

Dr. h. c. R. Meier, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen, Eglisau

Dr. K. Obrecht, Fürsprech und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (Asuag), Küttigkofen

Dr. W. Rohner, a. Ständerat, Altstätten

Nationalrat E. Wüthrich, a. Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern

Regierungsrat Dr. E. Wyss, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel

Revisionskommission (Amtsperiode 1974/1975)*Mitglieder*

J. Iten, Direktor der Zuger Kantonalbank, Zug, Präsident

A. Cornaz, Mitglied des Verwaltungsrates der Caisse d'Épargne et de Crédit, Lausanne

W. Staub, Direktor der Bank in Gossau, Gossau

Ersatzmänner

S. Lutz, Direktor der Appenzell-Ausserrhodischen Kantonalbank, Herisau

M. Meier-Milt, Direktor der Basellandschaftlichen Hypothekenbank, Bottmingen

G. Grenier, Direktor der Caisse d'Épargne de la République et Canton de Genève, Genf

Lokalkomitees (Amtsperiode 1971–1975)*Aarau*

K. Oehler, Mitglied des Verwaltungsrates der Oehler Aarau AG., Aarau, Vorsitzender

Dr. O. Seiler, Kaufmännischer Direktor der Kabelwerke Brugg A.-G., Brugg, Stellvertreter des Vorsitzenden

P. H. Kern, Delegierter des Verwaltungsrates und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Kern & Co. A.-G., Aarau

Basel

H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A.G., Basel, Vorsitzender

Dr. H. Gürtler-Meyer, Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Ziegelhof A.G., Seltisberg, Stellvertreter des Vorsitzenden

Th. Müller-Kriegel, Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Kriegel & Schaffner A.G., Basel

Bern

P. Gerber, Ing. agr., Verwalter des Alters- und Pflegeheims Frienisberg, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, Frienisberg, Vorsitzender

B. Leimgruber, Direktor der Lamelcolor S.A., Estavayer-le-Lac, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. M. Frölicher, Fürsprecher, Direktor der Wander AG, Präsident des Handels- und Industrievereins der Stadt Bern, Ursellen bei Konolfingen

Genf

Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf, Vorsitzender

Dr. Ch. Aubert, Direktor der Chambre de Commerce et d'Industrie de Genève, Petit-Lancy, Stellvertreter des Vorsitzenden

J. Pfau, Generaldirektor der Charmilles Maschinenbau A.G., Collonge-Bellerive

Lausanne

A. Langer, Mitglied des Verwaltungsrates der Aliments Lacta S.A., Gland, Vorsitzender

R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne, Stellvertreter des Vorsitzenden

Nationalrat F. Carruzzo, Stadtpräsident, Sitten

Lugano

L. Antonini, Direktor der Firma Michele Antonini & Co., Präsident der Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del Cantone Ticino, Bellinzona, Vorsitzender

Dr. D. Poggioli, Treuhandbüro, Lugano, Stellvertreter des Vorsitzenden

P. Melera, Direktor der Saceba S.A., Castel S. Pietro

Luzern

Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- & Biscuitfabrik Hug A.G. Malters, Luzern, Vorsitzender

Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

F. Stöckli, Ing. agr., Direktor der UFAG, Sursee

St. Gallen

Dr. R. Perret, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Roco Conserven Rorschach, Horn, Vorsitzender

Th. Ruff, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der J. Huber & Co. A.-G. St. Gallen, Niederteufen, Stellvertreter des Vorsitzenden

V. Widmer, Verwaltungsrats-Präsident der Union A.G., St. Gallen

Neuenburg

A. Grisel, Generaldirektor der Société des fabriques de spiraux réunies, La Chaux-de-Fonds, Vorsitzender

P. Kiefer, Mitglied des Verwaltungsrates der Chocolat Suchard Société anonyme, Delegierter des Verwaltungsrates der Schweizerischen Interfood-Zentrale A.G., Colombier, Stellvertreter des Vorsitzenden

E. Haas, Generaldirektor der «Neuenburger» Schweizerische Allgemeine Versicherungsgesellschaft, St-Blaise

Zürich

Prof. Dr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur, Vorsitzender

Dr. L. Granzio, Präsident des Verwaltungsrates und kaufmännischer Direktor der Spinnereien Aegeri, Zug, Stellvertreter des Vorsitzenden

W. Baumann, Mitinhaber der Firma Baumann & Co., Rolladen- und Lamellenstorenfabrik, Horgen

Direktorium

Dr. F. Leutwiler, Zürich (Präsident); A. Hay, Rechtsanwalt, Bern (Vizepräsident); Dr. L. Schürmann, Zürich

Departemente

I. Departement in Zürich

Departementsvorsteher:

Dr. F. Leutwiler, Präsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Dr. P. Ehsam, Direktor, Dr. J. Lademann, Direktor

Abteilungsdirektor: Dr. H. R. Läng

Rechtskonsulent: Dr. P. C. Gutzwiller

Vizedirektoren: E. Brunner, Chefrevisor, D. Kaeser, M. Thomann

Abteilungsvorsteher: J. Bertschi, Dr. J. Bonorand, Dr. A. Frings

Prokuristen: R.-M. Chappuis, Dr. A. Föllmi, R. Schibli, K. Stämpfli

Handlungsbevollmächtigte: A. Galli, Fr. A.-E. Heeb, W. Hegnauer, Dr. P. Klauser, W. Küng, L. Lukacsy, K. Martin, Dr. K. Schiltknecht, Frau E. Schürch, Frau H. Stahel, R. Stutz, Dr. M. Unteregger

II. Departement in Bern

Departementsvorsteher:

A. Hay, Rechtsanwalt, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Dr. M. de Rivaz, Direktor

Abteilungsdirektoren: Dr. J. Ammann, W. Bretscher

Hauptkassier der Bank: R. Aebersold

Vizedirektoren: H. Baumgartner, H. Hulliger, M. Isenschmid, R. Raschle, Ch. Schweingruber

Prokuristen: R. Bourqui, H.-P. Dosch, Fr. S. Grandjean, W. Gutmann, R. Kuhn, A. Lerch, B. Siegrist, H. Spahnj, W. Wey, V. Zumwald

Handlungsbevollmächtigte: D. Ambühl, E. Berthoud, Fr. L. Dubied, E. Maibach, Fr. M. Merkli, J.-P. Michellod, W. Streuli

III. Departement in Zürich

Departementsvorsteher:

Dr. L. Schürmann, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Dr. P. Flückiger, Direktor

Stellvertretender Direktor: H. Stahel

Vizedirektoren: A. Kunz, W. Obi, H. Schmid, R. Würmli

Abteilungsvorsteher: W. Bächtold, E. Guyer, H. W. Preisig

Prokuristen: G. Allenbach, E. Altorfer, Th. Benz, W. Blumer, W. Bolliger, W. Brunner, A. Grolimund, J. Knecht, H. Siegfried, E. Studhalter, M. Wichser, W. Wunderli, E. Zangger

Handlungsbevollmächtigte: E. Ammann, E. Frei, W. Frischknecht, K. Furrer, O. Hofmann, F. Oberholzer, R. Perret, Fr. E. Rellstab, A. Schärer, F. Steinmann, M. Stutzmann, A. Wartmann, G. Weber, H. Wenziker

Generalsekretariat in Zürich und Bern

Generalsekretär: Dr. H. Meyer, Abteilungsdirektor, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: S. Delémont, Bern

Abteilungsvorsteher: Dr. G. Jaquemet, Zürich

Zweiganstalten

Aarau

Direktor: R. Winteler
Stellvertreter des Direktors: F. Merz
Prokuristen: A. Walz, A. Widmer
Handlungsbevollmächtigter: A. Rösli

Basel

Direktor: A. Bertschinger
Stellvertreter des Direktors: K. Schär
Prokuristen: E. Hess, M. Loehler
Handlungsbevollmächtigte: H. Grüninger, M. Joho,
J. Strub

Genf

Direktor: J. Terrier
Stellvertreter des Direktors: C. Gaggini
Prokuristen: E. Bänninger, J.-P. Borel, J. Rossi
Handlungsbevollmächtigte: D. Allamand, P. Beck,
P. Christinaz

Lausanne

Direktor: W. Schreyer
Stellvertreter des Direktors: A. Weiss
Prokuristen: A. Delacrétaz, G. Mounoud, F. Verdon
Handlungsbevollmächtigte: Ch. Goy, R. Kellenberger,
J.-P. Rod, N. Zanini

Lugano

Direktor: Dr. P. Cioccarì
Stellvertreter des Direktors: B. Rütsch
Prokurist: A. Balmelli
Handlungsbevollmächtigte: E. Gianinazzi, F. Poretti,
A. Sassi

Luzern

Direktor: Dr. H. Aepli
Stellvertreter des Direktors: J. Burri
Prokuristen: K. Camenzind, J. Huber, W. Imboden,
J. Immoos
Handlungsbevollmächtigter: W. Kreyenbühl

Neuenburg

Direktor: R. Hügli
Stellvertreter des Direktors: Ch. Girod
Prokuristen: A. Tribolet, J.-P. Veluzat

St. Gallen

Direktor: R. Sutter
Stellvertreter des Direktors: E. Schöbi
Prokuristen: A. Geiger, H. P. Menet
Handlungsbevollmächtigte: A. Keller, W. Stieger

Eigene Agenturen

Biel

(dem Sitz Bern unterstellt)

Agenturführer: J. Messmer, Vizedirektor
Prokurist: P. Bürgi
Handlungsbevollmächtigter: R. Januth

La Chaux-de-Fonds

(der Zweiganstalt Neuenburg unterstellt)

Agenturführer: F. von Arx
Prokuristen: J. Henny, J. Jolidon
Handlungsbevollmächtigter: P. Benguerel

Winterthur

(dem Sitz Zürich unterstellt)

Agenturführer: E. Maurer, Vizedirektor
Prokurist: E. Willi
Handlungsbevollmächtigter: K. Rietmann